

Crim.

68

h

Crim.
68^h

Daniels

6

Ursprung und Werth

der

Geschwornenanstalt.

Ausführung eines den 11. Februar 1848 in dem
Juristenvereine zu Berlin gehaltenen Vortrages.

Von

Dr. A. v. Daniels,

Königl. Preufs. Geheimen Ober-Revisions-Rath
und Professor der Rechte.

Berlin, 1848.

Mylius'sche Verlagshandlung.

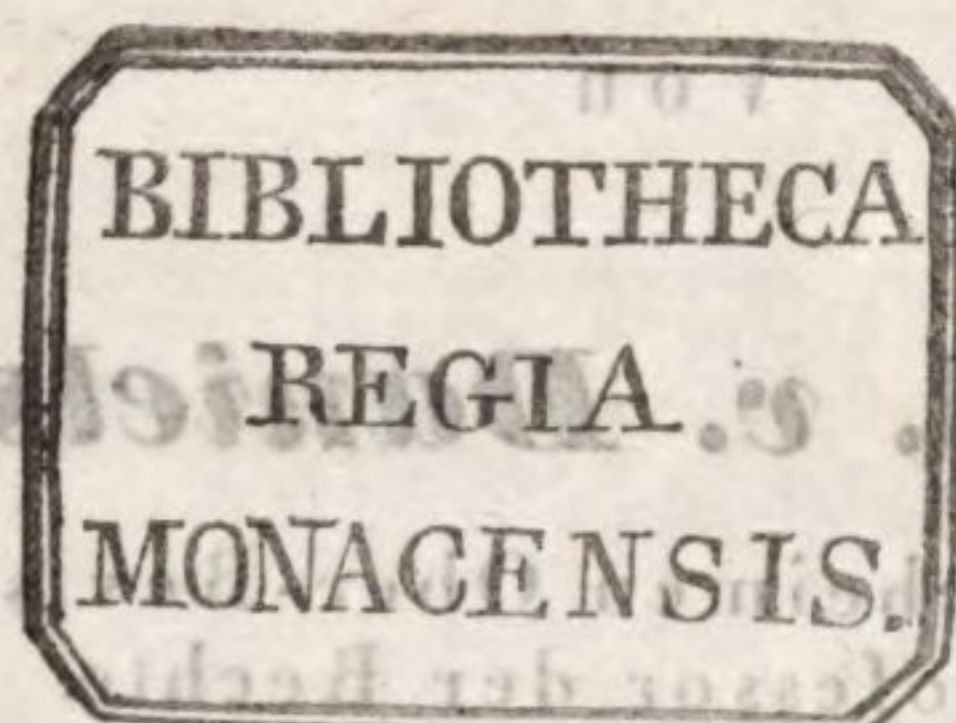
208. 87.

Ursprung und Werth

der

Geschworenengericht.

Ausführung eines den 11. Februar 1848 in dem
Juristenvereine zu Berlin gehaltenen Vortrages.



Berlin, 1848.

Mylina'sche Verlagsbuchhandlung.

telte Vorstellungen gegründeten Meinungen durch ihre Ansprüche anrecht zu erhalten.
Ergänzung des Rechtes in der Vernunftnothwendigkeit seiner Zwecke, Unterscheidung des inneren Gehaltes von der Unvollkommenheit der Erscheinung, Beherrschung überliefelter Formen für den Fortschritt der Bedürfnisse — das bildet den Kern und den un-
vergänglichen Werth einer Wissenschaft, welche den Stand des Rechtsgelehrten am höchsten in der Achtung bei dem Volke stellen wird, welches am vollkommensten von dem eigenen Bewusstseyn des Erfordernisses einer wahren Rechtsgleichheit durchdrungen ist.

Das Recht hat seine Wahrheit nur dadurch, daß es in dem Kreise seiner Herrschaft als ein vernunftnothwendiges mit freiem Bewusstseyn geübt wird.

Von dem Begriffe ausgehend müßten wir daher denjenigen Zustand des Rechtes für den vollkommensten halten, in welchem dasselbe unmittelbar durch das Volk erzeugt, ausgelegt, überliefert und in dem Kampfe gegen das Unrecht gehandhabt würde. Aber die Geschichte zeigt, daß sich überall die unmittelbare Theilnahme des Volkes an der Pflege des Rechtes in dem Maasse gegen die Wirksamkeit gesonderter Berufskreise zurückzieht, in welchem geistiger Fortschritt die persönlichen Zwecke vervielfältigt, und in schaffender Thätigkeit die Richtung der Kräfte auseinanderreibt. Es liegt in dieser Sonderung der Wissenschaft von dem ungelehrten Bewusstseyn kein Widerspruch mit dem Begriffe des Rechtes. Das Recht beruht auf dem gegenseitigen Vertrauen, welches die Glieder seiner Genossenschaft zu einander in Verhältniß setzt. Wie das Recht nicht bestehen kann ohne Unterwerfung unter eine höchste Staatsgewalt, welche es frei vor dem Zwiespalte einseitiger Lebensrichtungen schützt, so muß sich das allgemeine Rechtsbewusstseyn auch vertrauend der anschauenden Thätigkeit unterordnen, für welche es Beruf ist, das Rechtliche in den Verhältnissen des Lebens unbefangen von theilenden Bestrebungen zu erkennen und die Einheit des Grundsatzes gegen das Schwanken der auf unvermit-

telte Vorstellungen gegründeten Meinungen durch ihre Sprüche aufrecht zu erhalten.

Ergründung des Rechtes in der Vernunftnothwendigkeit seiner Zwecke, Unterscheidung des inneren Gehaltes von der Unvollkommenheit der Erscheinung, Beherrschung überlieferter Formen für den Fortschritt der Bedürfnisse — das bildet den Kern und den unvergänglichen Werth einer Wissenschaft, welche den Stand des Rechtsgelehrten am höchsten in der Achtung bei dem Volke stellen wird, welches am vollkommensten von dem eigenen Bewußtseyn des Erfordernisses einer wahren Rechtsgleichheit durchdrungen ist.

Aber es pflegt der Rechtsgelehrte seine Wissenschaft nur, damit sie für die Anwendung Gemeingut werde. Er kann einen ausschliessenden Antheil an der Handhabung des Rechtes nur in Anspruch nehmen, wo nicht das Maass der Einsichten hinreicht, die jeder haben muß, dessen Handlungen auf der Wage des Rechtes gewogen werden sollen. Dafs diese Gränze unserer Wissenschaft nicht verkannt werde, beweist die unverkennbar steigende Aufmerksamkeit, welche in neuester Zeit der Theilnahme des Volkes an der Entscheidung über die höchsten Güter des Lebens in der Geschwornenanstalt von den Rechtsgelehrten aller Theile des grossen deutschen Vaterlandes zugewendet wird.

In der Wirklichkeit beschränkt diese Theilnahme sich gegenwärtig noch auf die wenigen deutschen Landestheile, für welche die französische Gesetzgebung aus der Zeit der Fremdherrschaft beibehalten worden ist. Auch hier ist ihr Bestehen in der Verbindung mit Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens nicht ohne Gefahr und Anfechtung geblieben ¹⁾.

Es ist erklärlich, dafs der Werth einer Einrich-

¹⁾ Vergl. die Literatur der Streitschriften über das gerichtl. Verfahren nach rheinischem Rechte in des Verf. Handb. der Ges. aus der Zeit der Fremdherrsch. Bd. VII. S. 524. N. 2. und vorzüglich die historische Darlegung des Ganges, welchen die Angelegen-

tung in Frage gestellt wurde, welche sich uns zunächst als eine willkürlich unter der Fremdherrschaft aufgedrungene darstellt. Vertheidiger der Geschworenenanstalt haben geglaubt, dem hierauf gegründeten Zweifel an dem inneren Bedürfnisse den Nachweis eines einheimischen Ursprunges entgegensetzen zu können. Man ist auf germanische Urzustände zurückgegangen, und hat in verwandten Erscheinungen der nordischen Rechte unterstützende Beweise aufgesucht. Es konnte die Schwäche der dahin zielenden Aufstellungen nicht unbemerkt bleiben. Deshalb hat sich die Wissenschaft berufen gefühlt, neben der Erörterung des Für und Wider aus Sachgründen auch die geschichtlichen Grundlagen der Einrichtung einer tieferen quellenmäßigen Untersuchung zu unterwerfen²⁾.

Das Gründlichste und Vielseitigste, was die deutsche Forschung auf diesem Felde geleistet hat, ist von Biener und von Mittermaier³⁾ zu Tage gefördert.

Die folgende Erörterung wird den Versuch machen, die Erscheinungen des englischen Rechtes mit den gleichartigen in Frankreich auf ihre gemeinschaft-

heit wegen Einführung des preussischen Rechtes in der Rheinprovinz genommen hat in v. Kamptz Jahrb. 56, 333. Auf dem rechten Rheinufer ist das Institut der Geschworenen von dem Generalgouverneur Justus Gruner durch Verordnung vom 28. Febr. 1814 (§. 2.) abgeschafft und erst von des höchstseligen Königes Majestät in der Instruktion zur Justizorganisation für den Großkanzler von Beyme vom 19. November 1818 die Wiederherstellung befohlen worden. Lottner I, 528.

2) Die Hauptmeinungen über Entstehung des Geschwornengerichtes finden sich zusammengestellt bei Biener Beitr. zu der Geschichte des Inquisitions-Prozesses und der Geschwornengerichte. Lpz. 1827 S. 234. und in desselben Abh. aus d. Gebiete der Rechtsgeschichte. Lpz. 1846 S. 16 — 22. Die Germanistenversammlung zu Frankfurt am Main hat in der Versammlung vom 20. September 1846 eine Commission gewählt, welche über das Geschwornengericht und seine Einführung in Deutschland, über Geschichte, Art der Ausbildung in den verschiedenen Ländern, über die Vortheile des Instituts, sowie über die Voraussetzungen seiner Wirksamkeit berichten solle. Zu Mitgliedern wurden gewählt Beseler, Dahlmann, Heffter, Jung, Michelsen, Mittermaier, Welcker und Wilda. Verhdl. d. Germ. S. 177.

3) Mittermaier das deutsche Strafverf. Heidelb. 1845 Th. I. §. 21. vrb. mit §. 5. u. X, §. 41. u. 42.

liche Quelle zurückzuführen. Die Hauptergebnisse der Untersuchung sind in dem folgenden Paragraphen zusammengefaßt.

§. 1. Verhältniß der Untersuchung zu den bisherigen Annahmen.

I. Die Geschwornenanstalt in der Bedeutung, in welcher sie von der französischen Nationalversammlung für Strafsachen auf das europäische Festland übertragen worden ist, hat ihre Ausbildung erst seit dem dreizehnten Jahrhundert allmählig und in England erhalten. Ihr Ursprung geht weiter in die Vergangenheit zurück; allein es ist die Einrichtung nicht skandinavisch, wie nach Rogge von Dahlmann¹⁾, nicht den Volksstämmen, welche die deutsche Nordsee umwohnten, gemeinschaftlich wie von Michelsen²⁾ behauptet wird. Sie ist nicht ein Rest der römischen Gerichtsverfassung, der in Britannien unter den Angelsachsen in das germanische Gerichtswesen übergegangen wäre, wie ein ungenannter Beurtheiler der Schrift von Rogge auszuführen sucht³⁾; nicht angelsächsisch, wie Blackstone annimmt⁴⁾; nicht eine eigne Schöpfung der normannisch-englischen Könige, wie Meyer behauptet hat⁵⁾. Der Ursprung des Geschwornengerichtes läßt sich mit vollkommener Sicherheit auf karolingisch-fränkische Anordnungen zurückführen.

II. Die Geschwornen können nicht, wie es Dahl-

1) Verhandl. d. German. Versamml. S. 92—100.

2) Verhandl. S. 170—177. und: Michelsen über die Genesis der Jury. Lpz. 1847. S. 5. „Das Ergebniss unserer historischen Untersuchung ist, daß die Jury bei allen diesen Volksstämmen [den Skandinaviern, den freien Dithmarschern, den Niedersachsen und Friesen], welche die deutsche Nordsee umwohnen, geblüht hat, und daß sie nur in England aufrecht erhalten, bei den übrigen Völkern zum Theil schon im Mittelalter, vorzüglich aber erst im sechszehnten und siebzehnten Jahrhundert einer Umwandlung des prozessualischen Beweissystems hat weichen müssen.“

3) In Hermes Jahrg. 1822 S. 206—209.

4) Blackstone Comm. on the laws of Engl. Seventh. ed. Lond. 1830. Vol. III. p. 349. (Book III. chapt. 23.); vol. IV. p. 414 (Book IV. chapt. 33.).

5) Meyer espr. orig. et progrès des inst. jud. 1819 Tom. II.

mann glaubt, die Zwölferzahl der Urtheiler seyn, deren Einstimmigkeit nach der alten norwegischen Gerichtsverfassung gefordert wurde. Es wird sich diese Meinung am bestimtesten durch den Nachweis widerlegen, daß die Zahl nicht zu allen Zeiten und für alle Anwendungen gleich gewesen ist. Noch weniger Grund hat es, wenn sie von Leue⁶⁾ für altgermanische Schöffen gehalten werden.

Bekanntlich sind die Schöffen keine allgemeine germanische Einrichtung, sondern nur eine karolingische Neuerung, welche sich nicht einmal auf das ganze karolingische Reich erstreckt hat.

Die Geschwornen haben nie wie die karolingischen *judices* oder *scabini* das Recht gewiesen. Nur soweit als die Thatsache auch das Recht außer Zweifel setzt, hat ihr Wahrspruch Entscheidungskraft gehabt. Es konnte derselbe nicht wie der Schöffenspruch durch Zwiespalt der Urtheiler oder durch Schelten des unterliegenden Theiles vor eine höhere Stelle gezogen werden. Es hat unter den Geschwornen nicht wie in den Gerichten des Mittelalters die Mehrheit der Stimmen den Ausschlag gegeben⁷⁾. Sie waren nicht

6) Leue das deutsche Schöffengericht. Lpz. 1847. S. 275 u. ff.

7) Nach der *somma de legibus consuetudinum Normanniae* (I, 19. §. 2.), aus der sich weiter unten die Verrichtungen der Urtheilsgeschwornen (*juratores*) in völliger Bestimmtheit ergeben werden, sind die Urtheiler (*judicarii*) "*discretæ personæ et authenticæ, quæ judicium proferunt in curia de auditis; ut archiepiscopi, episcopi et ecclesiarum canonici et aliae personæ in ecclesiis dignitatem obtinentes, abbates et conventuales, priores et rectores ecclesiarum, quos fama discretionis ac honestatis fide dignos efficit ac commendat; (§. 3.) ballivus atque milites omnes ac servientes spadae principales et senescalli baronum, quos honestas et discretio fecerit fide dignos.*" Ueber diese gemischte Besetzung der placita, ohne Beschränkung auf eine gewisse Anzahl von Urtheilern, welche sich schon in der karolingischen Verfassung vorfindet, beziehe ich mich auf mein Syst. des Franz. (Pr. R.) I, 110, 113, und über den Antheil, welchen neben den Baronen und der Ritterschaft besonders die Stifts- und Ordensgeistlichkeit in dem französischen Mittelalter an Besetzung der Hofgerichte erhielt, auf Beugnot les Olim T. I. préf. LXIV. In England war die *Aula regis* aus den nämlichen Bestandtheilen gebildet. Ueber das Stimmenverhältniß sagt die *somma* §. 7. a. a. O. „*Quod itaque communi assensu judicaverint teneantur. Si vero discordes fuerint, quod a pluribus et discretioribus judicatum fuerit observetur. Si vero discretiores vel majores pauciores fuerint ad alias assisias judicium prorogetur vel ad scaccarium*

wie die Beisitzer der karolingischen Grafengerichte der Gerichtsobrigkeit durch dienstlichen Eid verpflichtet. Ihr Beruf blieb beschränkt auf Erklärungen, welche sie durch einen besonderen Wahrheitseid zu bekräftigen hatten. Sie hatten nicht wie die Sachibaronen des salischen Rechtes⁸⁾, die den karolingischen Grafen zur Seite gesetzten Vassi, der Saio in dem südwestlichen Frankreich, die gräflichen Diener (juniores) und im Nothfalle auch die Schöffen; oder wie in dem nachkarolingischen Mittelalter die Barone des Königshofes, die Vasallen der seigneurs und die Stadtschöffen die Pflicht bei der Vollstreckung ihres Spruches Hülfe zu leisten. Der Beruf der Geschworenen war nicht wie der Beisitz in den Gerichten des Mittelalters ein Standesberuf. Der Satz, daß der Höhere nicht von dem Niederen gerichtet werden könne, ist nie für ihre Auswahl beschränkend geworden⁹⁾.

III. Es waren die Geschworenen ebensowenig Eideshelfer; weder Eideshelfer des Klägers, wie Maurer glaubt¹⁰⁾, noch Eideshelfer des Angeklagten, wie Rogge¹¹⁾ aufstellt. In England, wo die Geschworenenanstalt ihre Vollendung erhielt, kommen bei An-

si necesse fuerit.“ Die majores in dieser Stelle sind der hohe Clerus und die Barone im Gegensatze zu den Rittern und den niederen clerici, welche anfänglich nur als Rathgeber ihrer Landes- und Lehnsherrn oder Oberen in dem Gerichtshofe Zutritt erhielten. So lange die Könige und Landesherrn noch von ihrem Vasallenstande abhängig waren, gab weniger die Rechtsansicht als die Macht derjenigen, welche dem Urtheile zugestimmt hatten, und welche aus diesem Grunde zu der Vollstreckung helfen mußten, den Ausschlag. Wie hier, so kommt auch in den französischen Rechtsquellen des Mittelalters immer die „greigneur et la plus saine partie“ in Verbindung vor.

8) Die nähere geschichtliche Begründung dieser Annahme enth. des Verf. Syst. u. Gesch. des franz. u. rhein. Civ.-Proz. I. S. 78, 79.

9) Daß man auch bei der Wahl der Geschworenen den Standesunterschied, der die vilains von dem Gerichtsbeisitze ausschloß, anzuwenden suchte, geht aus Stellen hervor, nach welchen nur, wenn keine Edelleute zu haben waren, auch andere Nachbarleute zugezogen werden sollten. Somma de leg Norm. II, 42. §. 14. „si milites vel nobiles infra visnetum non valeant inveniri per alios de vicinio quos fide dignos fama fecerit inquisitio teneatur.“

10) Maurer Geschichte des altgermanischen Gerichtsverfahrens S. 108.

11) Rogge über das Gerichtsw. d. Germ. S. 246.

klagen gegen Freie ¹²⁾ Eideshelfer nicht als Ueberführungsmittel, sondern nur zu Unterstützung des Reinigungseides vor. Es galt das Reinigungsmittel als mißlungen, wenn die Bekräftigung des Eides von einem einzigen der nöthigen Helfer versagt wurde. Umgekehrt dagegen kann nach englischem Rechte Annahme der Schuld nur durch Einstimmigkeit der Geschworenen begründet werden. Das Ueberschwören des Angeklagten durch Eideshelfer des Klägers mit dem gegenseitigen Ueberbieten, wie es in cap. 18. der Zusätze zu der lex salica vorkommt, hat sich nur in Deutschland in den Vehmgerichten erhalten ¹³⁾. Bei dem Uebersiebnen und in leichteren Fällen dem Ueberzeugen mit drei Mannen, welches außer den Ländern des Sachsenrechtes in dem gemeinen Rechte des deutschen Mittelalters vorkommt, sind die Mitschwörenden des Klägers gar nicht Eideshelfer, sondern Zeugen der That ¹⁴⁾. Wo diese Erscheinungen sich darbieten, suchen wir vergeblich eine Einrichtung, welche den Urtheilsgeschworenen verglichen werden könnte. Es ist die Herleitung der Geschworenen aus Eideshelfern auch darum unhaltbar, weil sich durchgängig die Zahl derselben nach der Beschaffenheit der Anklage und nicht selten auch nach den Verhältnissen der Personen richtete. Bei den Geschworenen war dies nie der Fall, vielmehr hat sich frühzeitig eine für alle Fälle gleiche Anzahl festgestellt. Es kann endlich:

IV. das Geschwornengericht nicht mit Phillips ¹⁵⁾ und Grimm ¹⁶⁾ aus einer Verschmelzung des Berufes der

12) Anders verhielt es sich freilich mit dem wite-theowne monnan oder dem Strafhörigen („libertate mulctatus“ Ines Domas 48; *Judicia civitatis Londoniae* VI. §. 3.), der durch einen Zwölf-Hynden-eid des Klägers überwiesen werden konnte. Ines Domas 54.

13) v. Wächter Beitr. zur deutsch. Gesch. S. 33. u. 226.

14) Landrechtbuch (s. g. Schwabenspiegel; Ausg. v. Lafsberg, Tüb. 1840) Art. 99, 100. „Swaz eht ist ane Diepheit und ane roup daz sol man selbe dritte erziugen; gat ez im an den lip wen sol ez mit siben mannen vberziugen.“ Art. 225. „— ist daz guet nuit zegeben, so muoz er in vberziugen mit siben mannen, die daz fuir war wissen vnd ouch sahen daz er im sin guot versto-len hat.“

15) Philipps engl. Rechtsgesch. II, 129, 283 ff.

16) Grimm Rechtsalterth. S. 785, 956.

Schöffen und Urtheiler erklärt werden. Wenn auch anerkannt werden muß, daß der Beruf der Weisung des Rechtes und der gerichtlichen Bewahrheitung von Thatsachen in dem älteren germanischen Gerichtsweisen als ein sich nahe verwandter hervortritt, was vorzüglich in den Verhältnissen der fränkischen Rachinburgi erkennbar ist, so hat doch grade die Ausbildung der Gerichtsverfassung durch Einführung ständiger Urtheiler eine schärfere Sonderung zu Wege gebracht. Es verschwindet sodann jeder Schein dieser Ansicht gegen die Thatsache, daß Gerichtsbeisitzer, Eideshelfer und Geschworene in den Quellen gleichzeitig, die beiden letzteren als einander in dem besonderen Falle ausschließend, die Gerichtsbeisitzer als neben den Geschworenen in der nämlichen Sache nothwendig vorkommen.

Es findet sich in der heutigen englischen Gerichtsverfassung die Zuziehung von Geschworenen in zwei Hauptanwendungen. Es ist:

A. der Wahrspruch der kleinen Jury Beweismittel der Thatsachen, auf welche eine Rechtsanwendung gegründet werden soll; sowohl bei Streitigkeiten über Mein und Dein als in dem Verfahren vor dem Strafrichter.

Es dient: B. bei Verbrechen die Erklärung der großen Jury zu der Anerkennung der Verdachtgründe, wegen deren ein Beschuldigter dem Wahrspruche der Urtheilsgeschworenen unterworfen wird.

Beide Anwendungen sind aus karolingischen Vorschriften hervorgegangen, welche ihren Grund in der Unvollkommenheit der altfränkischen Beweisführung haben. Es waren zwei aus dieser Quelle entsprungene Uebel, denen gesteuert werden sollte: der Mißbrauch des Eides und die Straflosigkeit der Verbrecher durch Erschwerung des Anklagebeweises.

§. II. Beweisführung nach den Volksrechten.

Es wird als Grundlage für die weitere Ausführung auf die altgermanischen Beweisgrundsätze ein Rückblick geworfen werden müssen.

Man pflegt anzunehmen, es sey ursprünglich nur das Finden des Rechtes Beruf der Urtheiler gewesen; die Thatsache der Beurtheilung habe ihnen ohne eigene Prüfung in einer formel erkennbaren Weise wahr gemacht werden müssen. Bei Verbrechen wird behauptet habe das Wort des freien Mannes zu Begründung der Anklage hingereicht, wenn dasselbe von dem Angeklagten nicht durch Eid mit Eideshülfe oder durch Gottesurtheil entkräftet worden sey ¹⁾.

Nur bei Gegenständen der Gemeinkunde soll das Zeugniß der Nachbarleute und bei dem Streite über Rechtshandlungen die Aussage von Gedächtniszeugen und zwar mit der Kraft eines richterlichen Spruches als Entscheidungsmittel anerkannt worden seyn. Die Bestimmungen der *lex salica* werden als eine Abweichung von dem allgemeinen Grundsatz aufgefaßt. Diese Annahmen haben keine andere Stütze, als daß in einem Theile der Volksrechte (der *lex Saxonum*, *Anglorum et Werinorum* und *Frisionum*) nur gesagt wird, der Angeklagte solle, „*si neget*“, allein oder mit Eideshelfern schwören. Allein keine dieser *leges* giebt ein ausgeführtes Bild des Verfahrens. Auch die *lex salica emendata* bedient sich in der Regel dieser Wendungen; obwohl es in den alten Texten überall heisst: „*cui adprobatum fuerit, si probatio certa fuerit*“ u. s. w. Wir finden in dem salischen und ripuarischen Rechte Zeugen, welche angehalten wurden „*ut ea quae noverint jurati dicant*“ ²⁾. Es ist Rede von der Ueberweisung des Angeklagten, welcher läugnet ³⁾, und es wird ausdrücklich die Ueberführung durch Zeugen er-

1) Rogge S. 95. Eichhorn deutsche Staats- u. Rechtsgesch. §. 77.

2) Tit. XLIX. (ed Waitz) §. 1. „*Si quis testes necesse habuerit ut donet et fortasse testes nolunt ad placitum venire, ille qui eos necessarios habet satisfacere manire illos debet cum testibus ad placitum, ut ea quae noverint jurati dicant.*“ Vergl. §. 3. *ibid.* und *lex Rib. tit. 40. (52.) §. 1.* — „*quod sciunt jurati dicant.*“ Der Zeuge wurde gestraft, wenn ihm bewiesen werden konnte, daß er eine falsche Aussage gemacht habe. *Lex Sal. ed Waitz tit. XLVIII.*

3) Tit. LXV. §. 2. „*Si vero negare voluerit et ei adprobatum fuerit.* —“

wähnt ⁴⁾. Reinigung mit Eideshülfe ist der *lex salica* (außer dem was nach den Zusätzen bei *Antruscio-*nen vorkam) unbekannt ⁵⁾.

Vollbeweisend waren das eigene gerichtliche Bekenntniß und die Ueberführung durch Augenzeugen der That oder der Betretung auf der Flucht von derselben, ehe das Verbrechen übernächtigt geworden war. Die *decretio Childeberti regis* von 595 fordert zu der Ueberführung sieben oder mindestens fünf Zeugen. Es ist diese Zahl ein Beweiserforderniß, welches gegen den Grundsatz des römischen und kanonischen Rechtes, daß mit zwei oder drei Zeugen ein Beweis geführt werden könne, in der *lex Burgundionum* ausdrücklich als altgermanisch anerkannt wird ⁶⁾.

War die Verhaftung (das „*ligare*“) des betretenen Verbrechers zureichend erwiesen, so wurde der Angeklagte zu keiner Reinigung zugelassen ⁷⁾. Eine geringere Anzahl von Beweiszeugen außer diesem Falle ist wohl schwerlich als zureichend angenommen worden. Aber es konnte der Angeklagte von dem Ankläger zu dem Kesselgriffe ⁸⁾ gefordert werden. Es

4) Tit. IX. §. 11. „— si convictus fuerit cum testibus.“

5) Die Eideshelfer, welche in einigen Handschriften vorkommen, z. B. XIV, 2, 3; XVI, 3. b. sind Zusätze, welche einer späteren Rechtsentwicklung angehören. Bedeutend für die oben gegebene Ausführung sind in denselben die Worte: „— si probatio certa non fuerit.“

6) Tit. „— quia aliquos Barbarorum per duos aut tres testes conlatas sibi — facultates adversus morem veterum usurpare velle cognovimus eorum primitus praesumptionem corrigimus, constituentes ne tam paucis testibus commissa res valeat. Ceterum aut scripturis legitimis teneatur, aut certo quinque ingenuorum testimonio quod dimittere voluerit — robur accipiat.“ Tit. LXXXVIII. §. 2. „— manumissio — quinque aut septem ingenuorum hominum testimonio roboretur.“

7) C. 7. „De furibus et malefactoribus ita decrevimus observare ut, si quinque aut septem bonae fidei homines absque inimicitia interposita criminosum cum sacramenti interpositione esse dixerint, quomodo sine lege involavit sine lege moriatur; et si iudex comprehensum latronem convictus fuerit relaxasse, vitam suam amittat, et haec disciplina in populo modis omnibus observetur.“

8) Daß auf das Gottesurtheil wie auf Reinigung durch Eid jedesmal durch eigenes Urtheil erkannt werden mußte, ist außer Zweifel Marc. app. 2. „ei fuit iudicatum ut hoc debeat conjurare.“ Vergl. 5. und Form. Sirm. 40. „— sic ipsi viri decreverunt iudicium, ut in noctes tantas — apud homines tantos sua manu tanta in Ba-

war dies sogar bei den geringeren Straffällen zulässig, welche in der *lex* nur mit einer Busse bis zu fünfzehn *solidi* bedroht sind. Es ist ganz undenkbar, daß das Wort eines Anklägers genügt haben solle, den Angeklagten der so gefährvollen und im günstigsten Falle so lästigen Probe, welche in dem salischen Rechte die Stelle der Reinigung durch Eideshülfe einnimmt, zu unterwerfen. Der Gebrauch wird nur erklärlich, wenn man annimmt, es sey auf das Gottesurtheil allein erkannt worden, wenn der Kläger durch seine Beweismittel wenigstens einen Verdacht dargethan hatte, den in anderer Weise abzuwenden dem Beklagten nicht gelungen war ⁹⁾.

Wollte der Angeklagte es nicht auf die Gefahr dieser Entscheidung ankommen lassen, so mußte er suchen, sich mit dem Kläger abzufinden. Dies konnte auch noch geschehen, wenn wirklich auf die Probe erkannt war. Die Abfindung betrug bei Bussen von fünfzehn *solidi* drei, bei höheren fünfzehn, bei den höchsten dreißig *solidi*, für deren Zahlung Bürgschaft unter Eid (durch *juratores*) bestellt werden mußte. Traute der Angeklagte seiner Sache so wenig, daß er in eine höhere Abfindung einwilligte, so mußte er wie ein Ueberwiesener außer ihr das nach der vollen Busse berechnete Friedensbruchgeld entrichten ¹⁰⁾. Das ripuarische Recht hat zwar, wie die übrigen Volksrechte als Regel Reinigung durch Eideshelfer. Aber darin daß in den meisten Volksrechten den schwersten Anklagen das Gottesurtheil vorbehalten bleibt, liegt ein

silica Sancti illius, in loco nuncupante illo taliter debeat conjurare u. s. w. Nach der *Lex Frisionum* konnte in gewissen Fällen selbst die Bestimmung der Anzahl der Eideshelfer von dem Richter abhängen. Tit. IV. §. 3. „Aut si negaverit juxta quod judex dictaverit juret.“ Vergl. tit. II. *Wlemar. addid.* Daß der Richter ein Verhör mit dem Angeklagten abhielt, setzen das salische und ripuarische Recht außer Zweifel. Der Bekennende wurde in gewissen Fällen gelinder bestraft als der welcher geläugnet hatte und überwiesen wurde. *Lex sal.* LXV. §. 1. „Si — interrogatus confessus fuerit.“ §. 2. „Si vero negare voluerit, et ei fuerit adprobatum —.“ *Lex Rib.* tit. 54. „Si — interrogatus confessus fuerit —; si autem negaverit et postea convictus fuerit —.“

9) *Lex sal.* tit. LIII.

10) Tit. VIII. c. 16.

neuer Beweis für die Behauptung, daß das Wort des Anklägers nicht genügt habe, der Pflicht zu der Reinigung zu unterwerfen; denn die Nöthigung zu dem Gottesurtheile konnte nicht mit der Schwere der Anklage in den einseitigen Willen des Anklägers gestellt werden.

Auf die Hauptstelle der *lex Bajuvariorum* gegen den Satz daß die Reinigung ohne vorherige Beweis-erhebung stattgefunden habe, lege ich hier kein besonderes Gewicht, weil darin ein Zusatz aus der karolingischen Gesetzgebung kaum zu verkennen ist. Desto entschiedener dagegen zerfällt die bisherige Annahme, daß der Kläger nicht zu beweisen gehabt habe, durch Stellen der *lex Burgundionum* ¹¹⁾, in der nicht allein

11) Die Hauptstelle über den Beweis der Anklage gegen *ingenui* ist tit. VIII. Hier heißt es gleich in §. 1. „*Si ingenuus per suspicionem vocatur in culpam — sacramenta praebere et cum uxore et filiis et propinquis sibi duodecim juret u. s. w.*“ Aus §. 3. geht hervor, daß auf die Reinigung durch Eid erkannt wurde. „*Si hi quibus praesentibus iudex iusserit dare sacramenta u. s. w.*“ Daß zuerst der Kläger den Beweis anzutreten hatte, geht ganz unzweideutig aus tit. VII. hervor. „*Si a quocunque crimen objicitur quod ad praesens probare non potest; id volumus custodiri ut sive servus Romani sive Burgundionis sit qui vocatur in culpam, non compellatur dominus sacramenta praebere —; sed cum crimen objectum fuerit seu servi seu coloni pretium juxta personae meritum fiat, quod dominus ejus cujus est servus aut colonus de praesenti percipiat aut mancipium ejus meriti consequatur. Quod cum ita factum fuerit, ille qui vocatur in crimine judici tradatur ad poenam, ut si confessus fuerit se admisisse quod objicitur, pretium recipiat ille qui dederit, et servus de confesso crimine occidatur. — Si autem servus sive colonus in tormentis confessus non fuerit, is qui eum inscripsit domino suo reddat, et dominus ipse aut vicarium servum quem pro poena servi innocentis accepit aut pretium teneat.*“ War ein Schuldner wegen Nichtzahlung von seinem Bürgen wegen der Verpflichtung aus der Bürgschaft ausgepfändet worden, und wurde er angeklagt die Pfänder dem Bürgen mit Gewalt weggenommen zu haben (tit. XIX. §. 5.), so sollte er dem Bürgen dasjenige, was derselbe für ihn gezahlt hatte, dreifach vergelten, wenn er der Anklage überführt werden könne („*si convictus fuerit — pignora per vim abstulisse*“): Der Beweis der Beleidigung einer *mulier ingenua* in ihrem Hause oder auf der Strafe muß von ihr mit Zeugen geführt werden. Tit. XXXIII. §. 1. „*Si qua mulier ingenua in domo sua a quocunque ingenuo aut in via innocens discapillata fuerit aut detracta et testibus hoc potuerit approbari u. s. w.*“ Erleidet Jemand einen Angriff durch Schläge oder Verwundung, und es wird ihm Schuld gegeben, daß er den angreifenden Theil seinerseits wieder verfolgt und ihn in der Aufregung erschlagen habe, so muß er dies mit dem halben

von Wahrheitszeugen die Rede ist, sondern auch von der Ueberweisung des Angeklagten so gesprochen wird,

Wehrgelde des Getödteten büßen, wenn der Hergang durch Zeugen erwiesen wird. „— si — dum insequitur percutientem dolore aut indignatione compulsus occiderit, atque ita factum re ipsa aut idoneis quibus credi possit testibus fuerit comprobatum, medietatem pretii secundum qualitatem personae occisi parentibus cogatur exsolvere. In tit. XLV. sind unter den erbotenen sacramenta, gegen welche man zum Zweikampfe fordern kann, vorgeschlagene eidliche Aussagen von Augenzeugen nicht Reinigungseide zu verstehen. „— unus de eisdem testibus qui ad danda convenerant sacramenta, deo judicante confligat; quoniam justum est ut si quis veritatem rei incunctatè scire se dixerit et obtulerit sacramentum pugnare non dubitet.“ Tit. L. §. 5. „— si quisquam seu nostrum seu privati hominis actorem caede aut vulneribus vexatum occiderit, idque evidenter fuerit adprobatum u. s. w.“ Tit. LXXVII. §. 2. „— si (servus) in quaestionem missus nec convictus nec confessus fuerit;“ §. 3. „si in ejusmodi causis ingenuus convincitur.“ Tit. LXXIX. §. 2. „Si quis vero terram ab altero violenter dixerit et convicerit fuisse sublatam —.“ Addit. I. tit. X. „Si quis canem veltraum vel petrunculum praesumpserit involare jubemus ut convictus coram omni populo posteriora ipsius osculetur.“ Add. II. c. 7. „Quicumque mancipium alienum de Francis comparaverit testibus idoneis haec adprobet — et hoc testes illi jurati dicant: nobis praesentibus pretium dari vidimus u. s. w.“ Tit. LXXX. §. 2. „Jubemus — ut de testibus, qui pro quacunque parte se tulerint, si — divino judicio falsus ibidem relator pugnans occubuerit, CCC solidos mulctae nomine omnes testes partis ipsius a qua parte testis superatus est cogantur exsolvere. Nec multorum male referentium crimen credatur potuisse unius exitu expiari — ne quis audeat propria pravitate mentiri.“ Ich habe diese Stellen, welche sich noch durch einzelne Ausdrücke bestätigen lassen, aus dem Grunde hier zusammengestellt, weil sich Rogge grade auf das burgundische Recht für die hauptsächlich durch ihn in Gang gebrachte Ansicht von der Beweislosigkeit des altgermanischen Rechtes besonders bezogen hat. Die von ihm (S. 90) mitgetheilte Stelle aus der bekannten Schrift des heil. Agobard adversus legem Gundobadam verträgt sich mit den hier hervorgehobenen Stellen sehr wohl, da er im Grunde nur über die Leichtfertigkeit klagt mit der man unter Berufung auf die lex („propter legem quam dicunt Gundobadam“) Reinigungseide zu liefs, wo man Zeugen haben konnte. Das Gesetz stand dem Zeugenbeweise nur durch die Zulassung des Zweikampfes zu Entkräftung der Aussage in dem Wege. Sogar eine Untersuchung ohne Ankläger gegen Personen, welche des Diebstahles mit Einbruch oder des Pferdediebstahles verdächtig waren, wird tit. LXXXIX. vorgeschrieben. Auch der in den Kapitularien charakteristische Ausdruck „discutere“ für das selbstthätige Verhör durch den Richter zum Zweck der Beweisherstellung ist in einzelnen Stellen der lex zu finden; u. a. tit. XXXIX. §. 1. „Quicumque hominem extraneum ad se venientem suscepit discutiendum judici praesentet, ut cujus sit tormentis adhibitis fatentur.“ Tit. 77. §. 1. „Haec habendae discussionis forma servabitur.“

dafs man nicht umhin kann, sie auf die Beweislast des Anklägers zu beziehen.

Eine einzige Ausnahme von dem Grundsatz, dafs der Kläger zu beweisen habe, ist in allen Volksrechten durchgreifend und auf die Rechte des Mittelalters übergegangen. Es ist der Fall, in welchem Jemand Gut bei einem Anderem findet, welches er als gestohlen in Anspruch nimmt. Hier mußte der Beklagte seinen Vor- mann bringen, oder den Ursprung der Sache als sein Eigenthum beweisen.

Der Unterschied der altgermanischen Beweisgrundsätze von den heutigen liegt also nicht darin, dafs man sich nur an äufsere Entscheidungsmittel gehalten habe, ohne eine Aufklärung des Sachverhältnisses zu versuchen. Dagegen ergiebt sich als wirkliche Eigenthümlichkeit der Grundsatz, dafs nie die subjektive auf Schlußfolgen gegründete Ueberzeugung des Richters zu dem Beweise für hinreichend angesehen wurde. Hatte man nicht eigenes Bekenntniß oder einen Offenkundigkeitsbeweis durch Zeugen, so mußten die vorhandenen Beweismittel durch Eid oder Gottesurtheil zu vollständiger förmlicher Gewissheit erhoben werden. Der Besorgniß des Meineides suchte man durch äusserliche Mittel entgegen zu wirken. Es lassen sich diese auf drei Grundeinrichtungen zurückführen. Die Bürgschaften gegen Mißbrauch des Eides lagen in der Unterstützung durch die Anzahl der Mitschwörenden, in der Auswahl der Eideshelfer und in den Vorschriften über die Feierlichkeit der Eideshandlung.

Die Zahl der Eideshelfer steigt in dem ripuarischen Rechte bis auf zwei und siebenzig, in dem alamannischen bis auf achtzig.

Regel war, dafs die Eideshelfer aus der Familie oder der Ortsgenossenschaft genommen werden mußten. Indefs in den wichtigeren Fällen wurde die Wahl besonderen Einschränkungen unterworfen. Die angelsächsischen Rechte legen bekanntlich den Standesunterschied zum Grunde, welcher durch die Gröfse des Grundbesitzes bestimmt wurde. Der Kopf eines Than, der mindestens sechs oder fünf Pflüge Ackers (hyndae)

haben mußte, war sechs mal so hoch geschätzt als der Kopf des Bauern oder Colonen, der weniger hatte. Sein Eid galt in dem nämlichen Maafsstabe so viel als der Eid von sechs Colonen, und die Gesetze verkürzen den Ausdruck dadurch, dafs sie den Eid selbst nach Pflugschaaren oder Hufen berechnen. Der Königseid von dreissig Hynden erfordert einen Eid von fünf Thanen¹²⁾.

Andere Volksrechte haben den gewöhnlich und auch noch von Pardessus mißverstandenen Unterschied der *nominati*, *electi* und *advocati*. Unter *nominati* versteht man Eideshelfer, welche der Richter zuordnet, unter *electi* selbst gewählte. Indefs die *nominati* sind umgekehrt die von einer Partei Ernannten, die *electi* aber haben eine auserwählte Klasse bevorzugten Glauben genießender Männer aus der Rechtsgenossenschaft gebildet. Aus diesen mußten die Mitschwörenden ganz oder in einem bestimmten Verhältnisse (als *toti electi*, *medius*, *tertius electus* u. s. w.) genommen werden; entweder so dafs der Schwörende die freie Wahl unter ihnen hatte, oder dafs er an den Vorschlag des Gegners gebunden war.

Nach der *lex Alamannorum*¹³⁾ konnte in geringe-

12) Das Nähere ergeben die Wehrgeldsätze und Eidesvorschriften in *Ancient laws and institutes of England* (Lond. 1840. Fol.) p. 75 — 83. und nach den *versiones antiquae* p. 509 — 515. Vergl. Schmid, die Gesetze der Angelsachsen S. 211 — 213.

13) Tit. VI. De juratoribus, quales et quantos secundum eüva homo habere debet. Für die nähere Begründung verweise ich auf meine Ausführung in: *System und Geschichte des Fr. Civ.-Proz.* I, S. 81, wo n. c. die Stellen nachgewiesen sind, in denen *electi* den Gegensatz bilden zu den *consimiles* des Beweisführers, zu den *nominati* und den *quales invenire potuerit*. Den *Advocatis* werden nie *electi* sondern nur *nominati* entgegengesetzt. Die *lex salica* hat *electi* in den späteren Zusätzen einiger Handschriften, insbesondere XIV, 2, 3. (ed. Waitz Cod. 2) „— per 25 se juratores exsolbat, *medius tamen electus*." XVI, 3. Ein ähnliches Verhältniß wie den *electi* glaube ich den *sacramentales* in der *lex Frisionum* zuschreiben zu müssen. Die Sorgfalt, mit welcher in derselben die Persönlichkeit der Eideshelfer bestimmt wird, erlaubt nicht es für bedeutungslos zu nehmen, wenn es an einzelnen Stellen nur heisst „*sibi duodecim*“, oder „*sibi sextus juret*“, oder „*cum tribus juratoribus se excuset* (I. §. 4.) während an anderen Stellen gesagt wird: „*adhibitis secum ejusdem conditionis [occisi] hominibus juret* (I. §. 2.), oder umgekehrt „*cum XXXV juratoribus suae conditio-*

ren Straffällen der Schwörende einen Eideshelfer nach freier Wahl (*qualem sacramentalem unum secum habere vult*) stellen.

nis se excuset"; oder „*nobili uno et uno libero juret*" (I, 17); „*cum uno lito juret*" (I, 18.); „*cum tribus aequae liberis juret*" (I, 20; III, 3) endlich: „*cum tribus sacramentibus juret*" (I, 10); „*cum V sacramentalibus juret*" (I, 7); „*cum VII sacramentalibus juret*" (I, 3); „*cum viginti tribus sacramentalibus juret*" (I, 9.) u. s. w. Dafs die sacramentales unter den liberi eine besondere Eigenschaft haben mußten, wird ganz ausser Zweifel gesetzt durch I, 21. „*Si litus erat cum uno libero sacramentati juret.*" In den angelsächsischen Quellen führen die *electi* die Benennung der „gecorene to witnesse." Besonders mußten sie bei Ankäufen als Gedächtniszeugen zugezogen werden, um sich auf sie berufen zu können, wenn eine Sache als gestohlen in Anspruch genommen wurde." Nach Edgars Gesetzen sollten deren in jeder Stadt 33, in kleineren befestigten Ortschaften und in jedem Hundert 12 für immer gewählt werden, wenn die Einwohner nicht eine grössere Anzahl wählen wollten. „*To aelcere byrig XXXIII. syn gecorene to witnesse; to smalum burgum and to aelcum hundrode XII, buton ge ma wyllan.*" Edgars *cyniges geraednes* in den Zusätzen 4 — 11. (*Ancient laws* p. 116.) Das Zeugnis bei Rechtsgeschäften war indess nicht ihre einzige Bestimmung. *Athelstanes Domas* IV, 1. (*Anc. laws* p. 94.): „*And naemne man on aelces gerefan manunge swa fela manna swa man wite that ungelygne syn; that hy beon to gewitnesse gehwylcere spraece. And sien heora adas ungelygnenra manna be thaer feohs wyrde, butan cyre*" d. h. Laßt für eines jedes Gerefen Gerichtsgebot (Ortschaft) die Leute, welche als wahrheitsliebend anerkannt sind, auswählen, um in jedem Rechtshandel Zeugnis abzulegen. Und es gelte der Eid dieser Wahr Männer nach dem Verhältnisse ihres Gutes; ohne Zulassung einer Wahl des Beweisführers. — Es galt insbesondere diese Wahl auch für Anklagen. Nach den Satzungen *Ethelreds* auf der Zusammenkunft mit den Weisen zu Wantage wurde festgesetzt (*Anc. laws* p. 123. unter 3.) „es werde ein Gemot in jedem Wapentak gehalten, und es sollen die zwölf ältesten *Thanes* vortreten mit dem Gerefen und schwören auf das Heiligthum, welches ihnen in die Hand gelegt werde, dafs sie keinen schuldlosen Mann beschuldigen (*forsecgean*) und keinen schuldigen verhehlen wollen." Die gecorene to witnesse mit Philipps für Theilnehmer an der Rechtsweisung zu halten, ist kein Grund vorhanden. Ueberhaupt ging vor der normannischen Eroberung die Rechtsfindung von dem Richter selbst, nicht wie bei den Franken von Beisitzern des Gerichtes aus. *Edgar* (II, 2.). „Laßt den Richter der einem Anderen unrecht spricht, an den König 120 Schilling zur Busse zahlen; es sey denn er bewahrheite mit seinem Eid, dafs er es nicht richtiger wufste; und er verwirke für immer seine Thanschaft." *Sec. laws of Cnut* 15. In *Athelstanes Domas* (*Anc. laws* p. 86 unter 5) wird der Richter angewiesen büßen zu lassen, wie es das „*Doom-boc*" vorschreibe. Nach *Edgar* II, 5. sollen in dem shire-gemot der Bischof und der ealdorman seyn und sie sollen beide sowohl das göttliche als das weltliche Recht weisen. Es mag ursprünglich, wie es für die älteste Zeit *Tacitus* von allen Völkern mit freier Verfassung berichtet, in den Versammlungen

In den zunächst höheren Fällen, wenn der Werthbetrag des Streites einen solidus um zwei saigae überstieg, hatte der Ankläger drei electi vorzuschlagen, von denen der Angeklagte zwei verwerfen durfte. Den dritten mußte er unter seine Mitschwörenden aufnehmen. Nach dem Verhältnisse der nöthigen Anzahl der Schwörenden stieg die Zahl der vorzuschlagenden electi, von denen immer ein Drittel neben den nominati behalten werden mußte. Advocati wurden ohne Verwerfungsrecht dem Schwörenden von dem Gerichte angewiesen. Bei der Anklage wegen Todschlages fordert die lex Reinigung durch zwölf nominati und zwölf advocati. Bei der Anklage wegen Meuchelmordes hat der Angeklagte die Wahl zwischen vierundzwanzig totos electos oder achtzig quales invenire potuerit.

§. III. Formen der Eidesleistung.

Die mannigfaltigsten Verschiedenheiten bezogen sich auf die Feierlichkeit der Eidesleistung. Der formloseste Eid war der, welcher von einer Mehrheit nur durch lauten Bekräftigungsruf geleistet wurde; wie insbesondere das conjurare in haraho der lex Ribuariorum¹⁾. Den Gegensatz zu demselben bildete

jeder freien an der Rechtsprechung Theil genommen haben; und auch unter dem angelsächsischen Königthume den Sapietes (Witan) in den Withen-agemoths neben ihrem Antheile an der Gesetzgebung eine Mitwirkung an der Handhabung des Rechtes verblieben seyn. Aber in den kleineren Kreisen der Schiren, Hundreden, Burgen und Zaungenossenschaften läßt sich neben der obrigkeitlichen Macht der Ealdormans und Gerefen Theilnahme des Volkes an der Rechtsprechung um so weniger annehmen, als wir sogar die einfache Zeugnisfähigkeit beschränkt finden. Wenn daher Grimm (R. A. 778) auf sprachlichem Wege untersucht, wie die Angelsachsen ihre Urtheiler genannt haben könnten, so hat die ganze Erörterung ihre Grundlage nur in dem gewöhnlichen Fehler der Germanisten, daß der Unterschied des Richtens und der Weisung des Rechtes, welcher sich bei den fränkischen Stämmen findet, gegen die Erscheinungen, welche sich in den anderen Volksrechten darbieten, auf das altgermanische Gerichtswesen überhaupt übertragen wird.

1) Grimm (R. Alterth. 794) macht aus haraho den Ablativ von harahus, was er von einem althochdeutschen paro, angels. bearo = heiliger Hain ableitet. Er meint (S. 903) in der lex Ribuariorum brauche der Ausdruck nicht grade auf eine christliche Kirche bezogen zu werden. Was es indess hier Anderes bedeuten

der Eid, der nach einer vorgeschriebenen Eidesformel geleistet werden mußte. Das angelsächsische Recht unterschied das *juramentum planum* von dem *juramentum observatum* oder *frangens*. Bei letzterem mußte *cum verborum observantiis* geschworen werden, und der Schwörende, welcher irrte, wurde beweisfällig; bei ersterem konnte er, wenn er geirrt hatte (bei dem Stammeln oder Wahnsprechen), so oft von vorne anfangen, bis er fehlerfrei zu Ende kam²⁾. Altfränkische

könne, wird nicht gesagt. Allein es kann überhaupt kein besonderer Ort seyn, denn das *haraho* kommt nur in dem *placitum* selbst vor. Wenn ein Herr seinen Sklaven zum Ordal stellen soll, und wenn dieser die Flucht ergreift, so soll ersterer nach tit. XXXII mit drei Zeugen zu dem Gerichte kommen, und in *haraho* schwören, daß er an dem Entkommen nicht schuld sey. Nach tit. 34. §. 2. werden, wenn der Beklagte ausbleibt, von dem Kläger die Vorladungen zu den sechs ersten Gerichtstagen jedesmal mit drei, zu dem siebenten mit sieben Zeugen, die sämtlich *Rachinburgii* seyn müssen, in *haraho* beschworen. Ebenso beschwört derjenige, welcher wegen gestohlenen Gutes als Besitzer angesprochen ist, mit sieben Zeugen in *haraho* die vergebliche Vorladung seines Gewährsmannes. Die letzte Anwendung endlich ist das *haraho* selbsiebt mit dem ein über der That eingefangener Verbrecher vor Gericht gebracht wird (tit. 41. §. 1.), oder das französische *Cri de haro*, auch *ahu* (engl. *hutesia*), anstatt dessen in dem deutschen Mittelalter die Formen des *Mordjo*, *Diebjo* u. s. w. vorkommen. Das *haraho* hat nicht mehr Sinn als das russische *Hurrah*; das *hare* oder *hara*, *hara*, womit der Schluß der Champagner-Mürkte ausgerufen wurde (*Rolandini summa artis not. Pars I. c. 3. „— postquam in ipsis nundinis cridatum fuerit hara, hara“*), das *Har* der rheinischen und das *hari*, *hari* der französischen Fuhrleute, wovon wir die Ableitungen *haridelle* (Schindmähre) und *haranguer* haben. Es ist ebenso ein bloßer Naturlaut, wie das hellere *crier*, wovon in dem Latein des M. A. *crida* und *cridarii*, im Deutschen das Schreien Nebenformen und Ableitungen sind.

2) Es wird dieser Unterschied in der *lex Ribuariorum* ausgedrückt durch — „*verbis dicere*“ (68. §. 1.); „*verba commemorare*“ (60. §. 19.), „*jurare cum contemplatione verborum*“ (66. §. 1.). Die spätere Bezeichnung für den Eid, welcher nach vorgesprochenen Worten geleistet wurde, ist „gestabter Eid“ der schon in der *lex Bajuvariorum* unter dem Ausdrücke „*stapsaken*“ vorkommt. *De pop. legg. c. 6. „De eo quod stapsaken Bajuarii dicunt in verbis quibus ex vetusta consuetudine paganorum idolatriam reperimus ut deinceps non aliter nisi sic dicant: haec mihi injuste abstulisti u. s. w.“* An einen Stab mit dem der Richter bei der Eidesleistung gebährdet habe (Grimm R. A. 902) ist dabei nicht zu denken. Das *stap* ist *vestigium*, wie schon die Römer bekanntlich sagten *praeire verba, sacramentum, obsecrationem*. Der oben gemachte Unterschied wird erklärt in: *Leges Henr. I. c. 64. omnis tihla tractetur ante juramento plano vel observato, saepius aut semel, sicut loci consuetudo erit. §. 1. In Hamtescira qui verborum jurat observantiis semel ju-*

Erhöhungsform der Feierlichkeit des Eides war das *jurare armata dextra*, *per dextra et arma* oder *cum arma sua* ³⁾, welches letztere in der bekannten Marculf'schen Formel des Antruscioneides ⁴⁾ fälschlich in eine *arimannia* verändert worden ist, und die umfangreichsten geschichtlichen Irrthümer veranlaßt hat. In der christlichen Zeit finden sich neben dem Eide, der in volksüblicher Weise ⁵⁾ in dem *placitum* geleistet wurde, der Eid in der Kirche (*super altare*, *evangelio superposito*) oder auf die Reliquien eines Heiligen (*super capsam* ⁶⁾). Auf das Gewissen des Schwörenden suchte man durch die Leistung an dem Orte oder bei dem Gegenstande des Verbrechens einzuwirken ⁷⁾.

ret et in eo lapsus vel delapsus judicetur. In quibusdam locis quotiens velit juramentum repetat, donec efficiat vel deficiat. §. 8. „— *francigenae quoque et alienigenae in verborum observantiis non frangunt.*“ Auch auf den Eid der Mitschwörenden fand der Unterschied Anwendung. §. 9. „*Si quis de homicidio accusetur et idem se purgare velit secundum natale suum, perneget, quod est Werelada, ut qui ex parte patris erunt fracto juramento, qui ex materna cognatione erunt plane se sacramento juraturos advertant.*“

3) S. u. a. Lex Rib. 68. §. 1. „*cum dextera armata*“ und wie es vorher heißt „*aliquibus a dextris seu a sinistris stantibus.*“ Lex Baj. XVI. c. 5. „*Postea donet arma sua ad sacrandum et per ea juret ipsum verbum cum uno sacramentali.*“

4) Marc. I, 18. „*una cum arma sua.*“

5) Z. B. bei den Friesen in „*vestimento.*“ Lex Fris. XII. §. 2.

6) Lex Baj. I. c. 3. §. 2. „— *in altare coram populo et presbytero*“; §. 3. „— *in ipso altare*“; c. 6. §. 2. „— *in altare evangelio superposito.*“ Lex Alam. VII. §. 7. „— *illi conjuratores manus suas super capsam ponunt, et ille solus cui causa requiritur verba tantum dicat, et super omnium manus manum suam ponat, ut sic illi Deus adjuvet et illae reliquiae ad illas manus quas comprehensas habet —.*“ Wer den Eid als falsch angreifen wollte, der mußte die Hand desjenigen der sich zu dem Schwur bereit erklärt hatte, von dem Altare ziehen. Lex Rib. tit. LVIII. §. 5. Bei den Angelsachsen war der Eid auf das Heiligthum üblich. „*On thonne Drihten the thes haligdom is u. s. w.*“ Anc. laws p. 76. Die Eideshelfer mußten schwören: „*On thonne Drihten se ad is claene and unmaene the N. swor.*“ (Bei dem Herrn der Eid ist reine und unmeine den N. geschworen hat.)

7) Lex Baj. I. c. 3. §. 1. „*si negare voluerit secundum qualitatem pecuniae juret in altari de qua ecclesia furavit.*“ L. Rib. LXXII. §. 1. „*si quis hominem intertaverit et infra placitum mortuus fuerit, in quadruvio cum retorta in pede sepeliatur, et ibidem cum testibus accedat et cum ipsis sex qui eum sepelire viderunt in haraho conjuret, quod ibidem ipse intertatus absque interfectione hominum — nisi communi morte consumptus sepultus jaceat, et ipsam retortam in pede habeat u. s. w.*“

§. IV. Veränderungen in der Beweisführung durch die Vorschriften der Kapitularien.

Karl der Große schloß sich in einer Hinsicht den Volksrechten an. Er dehnte die Beschränkungen derselben in der Wahl der Eideshelfer auch auf die Beweiszeugen aus, und zwar so, daß er vorschrieb, es solle sich, weder der Gegner noch der Richter, mit den Zeugen, welche von dem Beweisführer vorgeschlagen würden begnügen. Es sollte vielmehr der Richter die Personen, welche von der Sache unterrichtet seyn könnten, selbst auswählen und von Amts wegen vorfordern. Zur Abgabe des Zeugnisses sollten die glaubwürdigsten Männer der Nachbarschaft ausgewählt werden. Es sind grade die Worte deren er sich bedient für den Zweck der Forschung bedeutend, weil dieselben sich wörtlich oder fast wörtlich bei den Erwähnungen der Geschwornen in späterer Zeit wiederholen. Das Cap. III. von 808 verfügt:

„Ut nullus testes mittere in iudicium praesumat, sed comes hoc per veraces homines circumstantes per sacramentum inquirat; ut sicut exinde sapiunt hoc omnibus modis dicant.“

In dem Cap. III. von 812 c. 3. heißt es:

„Ut quodocunque testes ad rem quamlibet discutiendam quaerendi atque eligendi sunt, a misso nostro et a comite in cuius ministerio de rebus qualibuscunque agendum est tales eligantur, quales optimi in ipso pago inveniri possunt; et non liceat litigatores per plurima falsos testes adducere, sicut hactenus fieri solebat.“

Es gingen aber auch die karolingischen Vorschriften auf das Wesen der Sache. Der Richter sollte nicht die Aussage ohne Weiteres beschwören lassen, sondern er sollte erst die Zeugen genau über das Sachverhältniß vernehmen, und wo es nöthig schien, sie zu diesem Zwecke vereinzelt einem strengen Verhör unterwerfen; er sollte die Umstände erforschen und alle Mittel anwenden, welche dazu dienen könn-

ten, das Sachverhältniß aufzuklären oder die Glaubwürdigkeit der Aussagen zu würdigen. Dies war schon vorgeschrieben, bevor dem Beweisführer die freie Wahl seiner Zeugen benommen wurde.

Cap. II. 805. §. 11. De perjuriis ut caveantur, et non admittantur testes ad juramentum antequam discutiantur. Et si aliter discuti non possunt separantur ad invicem et singulariter inquirentur. Et non soli accusatori liceat testes eligere absente suo causatore. — Et ille qui ad testimonium adducitur si refutatur, dicat ille qui eum refutat et probet quare illum recipere nolit. Et de ipso pago non de altero testes eligantur, nisi forte longius extra comitatum causa sit inquirenda. Et si quis convictus fuerit perjurii perdat manum aut redimat.”

Es sind diese Grundsätze auch in die lex Bajuvariorum übergegangen, in welcher sie zugleich auf das Urtheil über die Zulassung zu dem Reinigungseide angewendet werden.

Lex Baj. Tit. VIII. c. 16. 1. „Ut sacramenta non cito fiant iudex causam suam bene cognoscat et prius veraciter inquireat, ut eum veritas latere non possit. Nec facile ad juramentum veniatur.

2. „Hoc autem volumus inter Bajuvarios custodiri ut causa investigata et veraciter inventa apud iudicem sit iudicata. Nulli liceat perjurare, sed sicut iudicatum est cogatur exsolvere.

3. „In his vero causis sacramenta praestentur in quibus nullam probationem discussio iudicantis invenerit¹⁾.”

1) In tit. 11. c. 5. heisst es: „Si quis in exercitu infra provinciam sine jussione ducis sui per fortiam hostilem aliquid depraedare voluerit — omnino detestamur ne hoc fiat. —” §. 2. „Et si aliquis praesumptuosus hoc fecerit a comite illo sit requirendum cujus homo hoc fecit.” §. 3. „Et si ille comes neglexerit inquirere quis hoc fecit ille omnia de suis rebus restituat.” Tit. 11. c. 1. „Si quis contra ducem suum quem Rex ordinavit in provincia illa — de morte ejus consiliatus fuerit, et exinde probatus negare non potest, in ducis sit potestate ille et vita illius, et res ejus infiscantur in publico. §. 2. Et hoc non sit per occasionem factum [d. h. calumniae causa; das spätere französische *ochoisoner*] sed probata res expediat veritatem nec sub uno teste sed

Es scheint, daß die in dem Kapitulare von 812 gegebene Vorschrift über die Wahl der Zeugen durch den Richter nicht allgemein durchgeführt wurde. Daher hat sie Ludwig der Fromme für Fiskalsachen besonders eingeschärft. Cap. Wormatiense anni 829 rubr. V. c. 6. „Volumus ut omnis inquisitio quae de rebus ad jus fisci nostri pertinentibus facienda est non per testes qui producti fuerint, sed per illos qui in illo comitatu meliores et veraciores esse cognoscuntur per illorum testimonium fiat; et juxta quod illi testificati fuerint vel contineantur vel reddantur.“

Für andere Sachen wurde in den Capitula legalicae addenda das frühere Verfahren wieder hergestellt, jedoch mit einer Ausnahme, welche für die Herleitung der Urtheilsgeschwornen aus der karolingischen Gesetzgebung von besonderem Gewichte ist. Es sollten nämlich die Grafen auch dann von Amtswegen für die Herstellung des Beweises durch Nachbarleute sorgen, wenn Arme oder sonst hilflose Personen Ansprüche in dem Rechtswege durchzuführen hätten.

Cap. II. anni 819. c. 1. „Ut [inter?] pagenses per sacramenta aliorum hominum causas non inquirentur [inquirent?] sed tantum dominicas. Attamen [comes ille del.?] si alicujus pauperis aut impotentis personae causa fuerit, tunc comes ille diligenter et [?sub juris jurandi fide vel etiam] sine sacramento per veriores et meliores personas inquireat.“

Die königlichen Botschafter wurden in dem Capitulare Wormatiense angewiesen, nicht bloß die Grafengerichte von schlechten Schöffen zu reinigen und mit Zustimmung der Gerichtseingesessenen an deren Stelle gute zu wählen²⁾, sondern auch neben densel-

sub tribus testibus personis coequalibus sit probatum. Si autem unus fuerit testis et ille alter negaverit tunc Dei accipiant iudicium. Exeant in campum, et cui Deus dederit victoriam illi credatur; et hoc in praesentia populi fiat, ut per invidiam nullus pereat.“

2) Rubr. II. c. 2. „Ut missi nostri ubicunque malos Scabineos inveniunt, ejiciant et totius populi consensu in loco eorum bonos

ben ein für allemal die vornehmsten und ehrlichsten Leute auszuwählen, deren die Grafen sich bei ihren Beweiserhebungen von Amtswegen und zu anderen gerichtlichen Hülfeleistungen zu bedienen hätten.

Cap. 829. Rubr. II. c. 3. „Ut in omni comitatu hi qui meliores et veraciores inveniri possunt³⁾ eligantur a Missis nostris ad inquisitiones faciendas et ad rei veritatem dicendam; et ut adjutores comitum sint ad justitias faciendas.”

Die Vorschriften Karls des Großen und Ludwig des Frommen werden für den westfränkischen Reichstheil von Karl dem Kahlen wörtlich (873) in den Capitula von Kiersy wiederholt⁴⁾.

§. V. Gerichtlicher Zweikampf.

Als ein zweites Uebel, welchem die karolingische Gesetzgebung neben dem Meineide entgegenzuwirken suchte, ist oben die Straflosigkeit der Verbrecher bezeichnet worden. Die Volksrechte theilten mit dem kanonischen Rechte den Grundsatz, daß ohne einen Ankläger kein Strafverfahren statt finde. Zur Anklage berechtigt waren nur der verletzte Theil, und diejenigen, welche als zu der capitalis inimicitia berechtigt Theil an der Abfindung durch Bußgelder hatten. Eine Ausnahme machten von jeher Landesverrath und Heerflüchtigkeit¹⁾. Mit dem Steigen der fürstlichen und königlichen Gewalt kamen hierzu Verachtung des Königsbannes oder des gerichtsherrlichen Gebotes, und

eligant; et eum electi fuerint jurare faciant ut scienter injuste judicare non debeant.”

3) Das „meliores” geht auf die Vermögensverhältnisse, welche bei den electi neben der persönlichen Vertrauenswürdigkeit in Betracht kommen. Die späteren Quellen verlangen zu dem Beweise durch Geschworne immer diesen Erfordernissen entsprechend „legales homines (hommes de loi)”; denen auch vorzugsweise bewilligt wurde, als Sachführer für andere bei den Gerichten aufzutreten. Aus diesem Berufe ist in der Folge der Stand der procureurs (der normannischen attornati) hervorgegangen. Das veritatem dicere in dem Gegensatze von legem dicere ist das Verdict der Geschwornen.

4) Cap. ap. Car. c. 8—11.

1) Tac. Germ. c. 12.

Unordnungen in dem Heere²⁾. In anderen Fällen war es dem Verbrecher, der einen starken Anhang hatte, leicht, die Anklage durch Reinigung unwirksam zu machen, oder den schwächeren Theil von der Erhebung derselben abzuschrecken. Der Reinigung durch Meineid sollte zwar in den schwereren Fällen das Gottesurtheil Schranken setzen; allein aus ihm entsprang eine neue Erschwerung der Anklage. Altnordische und altgermanische Form des Gottesurtheiles bei der Anklage wegen eines Verbrechens war ursprünglich die Elementarkraft des Feuers, welche einfach in der Probe des Eisentragens und des Gehens über glühende Pflugschaaren oder verbunden mit dem Elemente des Wassers in dem Kesselgriffe mit verschiedenen Abstufungen angewendet wurde³⁾. Es war dasselbe mithin eine Gefahr, der in der Regel der Verdächtige allein unterworfen wurde. Das Mittel-

2) Es waren dieß zugleich die Fälle, auf welchen gegen Freie ursprünglich allein Todesstrafe und Güterverlust stand. Lex Baj. T. II. c. 2. §. 3. „Ut nullus liber Bajuvarius alodem aut vitam sine capitali crimine perdat; i. e. si aut in necem ducis consiliatus fuerit aut inimicos in provinciam invitaverit aut civitatem capere ab extraneis machinaverit et exinde probatus inventus fuerit. Tunc in ducis potestate sit vita ipsius et omnes res ejus et patrimonium. Einer förmlichen Anklage bedurfte es nicht bei der Betretung auf frischer That, und es finden sich auch schon in den Volksrechten Beweise, daß der Fall der Offenkundigkeit dieser gleichgeachtet wurde. Lex Alam. Tit. XLII. §. 1. Si quis interpellatus ante Ducem de qualicunque caussa, quod jam manifestum est tribus vel quatuor testibus, aut de homicidio aut de furto aut de aliquo neglectu, quod illi testantur qui boni testimonii sunt in plebe, non perjuratores, nec fallaces, nec pecuniarum acceptores, sed veritatem volunt dicere, cognoscat hoc iudex; quod tunc licentiam ille homo qui mallatur ante eum de caussa illa potestatem jurandi non habeat, sed sicut lex habet in hoc iudicio persolvat.“

3) Das angelsächsische Recht hatte das einfache Ordal (Ath. I, 7; Eth. I, 1; Can. sec. laws 30.) des Kesselgriffes, bei welchem die Hand nur bis an das Gelenk zu Ergreifung des Steines oder Ringes eingetaucht werden mußte, oder das Dreifache (Ath. I, 4—6; Eth. I, 1; III, 7, 8; V, 29; VI, 37; Can. sec. laws 30, 58.) des Griffes bis an den Ellenbogen, wie es noch allein in dem Sachsen-spiegel (I, art. 39.) neben der Probe des Eisentragens vorkommt. Ebenso unterscheidet sich die Probe des glühenden Eisens, welches ein- oder dreipfündig war (Ath. IV, 6; Edg. 9 ha mon thaet hundred haldan sceal; Henr. I, 67. §. 1.), und die Probe der Pflugschaaren nach der Anzahl, welche betreten werden mußte.

alter setzte ihm den auch für den Ankläger gefährvollen Zweikampf zur Seite. Es wird zwar der Kampf wie die eigentlichen Ordalien als eine göttliche Entscheidung (eine manifestatio oder ein justum judicium Dei aufgefaßt) und beruht auf einem altgermanischen Rechtsgebrauche. Allein die Grundvorstellung des Kampfrechtes ist wesentlich von derjenigen verschieden, welche in den einseitigen Gottesurtheilen hervortritt. Ueberwiegend erscheint der Zweikampf als ein Mittel des Angriffes. Auf dieser Eigenthümlichkeit beruht die Anwendung desselben zu Rechtszwecken. Zunächst verwandt mit der Selbstrache diente er als Mittel in dem Gefühl der Kraft, die aus dem Bewußtseyn des guten Rechtes entspringt, Genugthuung für den Schimpf zu verlangen, den man durch die Anklage oder durch den Vorwurf der Lüge und Eidbrüchigkeit erlitten hatte. Daneben erscheint er als eine rechtlich geregelte Eigenmacht, und als solche dient er zur Behauptung der persönlichen Freiheit oder eines streitigen Gutes, wenn entweder das Recht geweigert wird, oder wenn keine anderen Mittel vorhanden sind, dasselbe wahr zu machen ⁴⁾. Die Geistlichkeit diesseits der Alpen, selbst in Wunderglauben versenkt ⁵⁾, ent-

4) Die verschiedenen Anwendungen desselben nach den Volksrechten (mit Ausnahme des angelsächsischen, dem er, was wegen seines Zusammenhanges mit dem Beweise durch Geschworene nicht zu übersehen ist, gänzlich fremd war), habe ich in Syst. u. Gesch. des Pr. R. I, S. 16. n. a. zusammengestellt.

5) Eine Probe desselben liefert die Erzählung bei Gregor von Tours de gloria martyr. I, 81. Ein Arianer und ein rechtgläubiger Diakonus stritten über die Gleichheit der Personen in der Dreieinigkeit. Der Kesselgriff sollte die Entscheidung geben, in der Art, daß Recht behalte, wer von beiden aus einem siedend erhaltenen Kessel einen lose hineingeworfenen Ring unverletzt heraushole. Als es zur Ausführung kommen sollte, ergriff den Diakonus die Furcht. Er erschien an dem Entscheidungstage, den Arm mit schützenden Salben eingerieben. Der Arianer wollte in dieser Art die Probe nicht zulassen. Ein italienischer Diakonus, welcher zufällig herbeikam, holte den Ring, der von den aufkochenden Fluthen hin und hergetrieben wurde, nachdem er eine Stunde gesucht hatte, unversehrt hervor, und versicherte, das Wasser sey in der Tiefe des Kessels kalt, auf der Oberfläche habe es eine angenehme laue Wärme. Der Arianer, hierdurch kühn gemacht, wagte einen zweiten Griff; aber bei dem ersten Eintauchen wurde das Fleisch bis auf die Knochen verzehrt. Von Rom aus wurden die Gottesurtheile

kleidete das Ordale nur seiner heidnischen Formen, erschwerte es für alle, welche an der Anwendung theiligt waren, und suchte es mit religiöser Erhebung des Gemüthes zu verbinden ⁶⁾.

Der Zweikampf als Angriff auf das Menschenleben wurde unbedingt als unchristlich von der Kirche bekämpft. Die Kapitularien, welche überall sonst die kirchlichen Verbote unterstützen, konnten in dieser Hinsicht den Sinn der Zeit für gewaltsame Mittel nicht überwinden; aber sie suchten das Uebel, welches nicht unterdrückt werden konnte, möglichst so einzurichten, wie es mit den strengen kirchlichen Verböten bestehen konnte. Der Zweikampf mit schneidender Waffe (*cum tracta spata; per arma*), wie er sich noch in den Volksrechten findet, wurde in eine nicht auf Tödtung berechnete aber immer noch hinreichend gefährliche Kraft-

durch Gregor den Großen (603) verworfen. C. 7. §. 1. C. II. Quaest. 5. „Vulgarem denique ac nulla canonica sanctione fultam legem ferventis scilicet sive frigidae aquae ignitive ferri contactum, aut cujuslibet popularis inventionis (quia fabricante haec sunt omnia ficta invidia) nec ipsum exhibere nec aliquo modo te volumus postulare; immo apostolica auctoritate prohibemus firmissime.“

6) Leg. Athelst. (Anc. laws p. 517.). De ordaliis praecipimus in nomine Dei ex praecepto Archiepiscopi et omnium episcoporum ne aliquis intret ecclesiam postquam ignis infertur unde iudicium calefieri debet, praeter presbyterum et eum qui ad iudicium iturus est. Et sint mensurati novem pedes a staca usque ad marcam ad mensuram pedum ejus qui ad iudicium ire debet. Et si aquae iudicium sit calefiat donec excitetur ad bullitum; et sit alfetum ferreum vel aeneum vel plumbeum vel de argilla. Et si anfeald tyhle sit immergatur manus post lapidem vel examen usque ad wriste, et si triplex accusatio sit usque ad cubitum. Introeant totidem ex amba parte et consistent ex utraque parte iudicii de longo ecclesiae; et sint omnes jejuni, et ab uxoribus se contineant ea nocte; et aspergat presbyter aquam benedictam super eos omnes, et humilient se singuli ad aquam benedictam utraque parte, et det eis omnibus osculare textum sancti evangelii et signum sanctae crucis. Et nemo faciat ignem diutius quam benedictio incipiat, sed jaceat ferrum super carbones usque ad ultimam collectam. Postea mittatur super staplas, et non sit illic alia locutio quam ut precentur sedulo Deum Patrem omnipotentem ut veritatem suam in eo manifestare dignetur. Et bibat accusatus aquam benedictam, et inde conspergatur manus ejus, qua iudicium portare debet, et sic adeat. Novem pedes mensurati distinguantur inter terminos. In primo signo secus stacam teneat pedem suum dextrum, in secundo sinistram pedem in tertium signum quando ferrum projiciet; et ad sanctum altare festinet, et insigilletur manus ejus, et inquiretur die tertia, si munda vel immunda sit intra sigillationem.“

probe mit Schild und Knittel (*cum fustibus et scutis*) verwandelt. Der Ausweg war der unglücklichste, welcher gewählt werden konnte. Dadurch wurde die Forderung ein Entscheidungsmittel, welches sich in dem Mittelalter in allen Theilen des vormaligen fränkischen Reiches ausbreitete, und unter allen Volksklassen, die Unfreien nicht ausgenommen, einbürgerte⁷⁾. Die Edelleute ließen sich zwar nicht zu dieser Art des Kampfes herab, wenn sie in einem Falle waren, in dem gedungene Kampfleute nicht zugelassen wurden. Aber auch sie glaubten den Kampf mit standesmäßiger Waffe vor der Kirche verantworten zu können, als sie seit dem elften Jahrhundert von dem Scheitel bis zu der Zehe in Eisen steckten, so daß die Kämpfer mehr Quetschungen und Knochenbrüchen als tödtlichen Streichen ausgesetzt waren⁸⁾.

Von dem zehnten Jahrhundert an bis in das dreizehnte wurden die Gerichtsschranken ein ernsteres Turnier bei Ehrensachen unter Edelleuten, vorzüglich indess der Tummelplatz für gemiethete Klopffechter aus dem gemeinsten Volke, zu großer Belustigung der Barone und der ihnen beisitzenden Edelleute. Noch größer war der Gewinn, den die ersteren als Gerichtsherrn aus den nach dem Kampfrechte vorkommenden vielen

7) In Deutschland kam der Zweikampf in einer eigenthümlichen Form sogar zwischen Mann und Weib als Vertheidigungsmittel zu Rettung der weiblichen Ehre in Anwendung. Gerhard vom Kampf und Kolbengerichte. Lpz. 1732. Cap. III. §. 6. n. c. und mantissa, mit einer Abbildung. In französischen Quellen habe ich von diesem Unsinn keine Spur gefunden. Aber die Hörigen der Stifter erhielten durch königliche Privilegien das Kampfrecht gegen Freie, und der Echiquier der Normandie entschied 1207, daß auch ein Jude den anderen zum Zweikampfe fordern könne, um die Anklage des Ueberfalles auf der Landstraße wahr zu machen. „Il fu jugié que Caloth li juis puet bien sivre Abraham d'assaut de chemin.“ Établiss. et coutumes assises et arrêts de l'Echiquier de Normandie; par Marnier. Paris 1839. Der Herausgeber (intr. p. XXIV.) hat die Stelle dahin mißverstanden, daß den Juden der Zweikampf erlaubt worden sey, „à condition qu'ils le tiendraient en plein chemin.“

8) Die Kirche selbst behandelte die Uebertretung ihres Gebotes gelinder, wenn keine Tödtung oder Verstümmelung erfolgt war. c. IX. de clericis pugnantis in duello. „— dummodo ex ipso duello homicidium vel membrorum diminutio non fuerit subsequuta.“

Versäumnisstrafen außer den Bussen des besieigten Theiles zogen ⁹⁾).

Auf England ist der Gebrauch des Zweikampfes erst durch die Normannen unter Wilhelm dem Eroberer übertragen worden ¹⁰⁾, aber nicht, wie Dahmann meint, als eine norwegische Rechtssitte, sondern genau in der Form und mit den Anwendungen, in denen er in dem ganzen vormaligen karolingischen Reiche üblich geworden war.

§. VI. Karolingisches Rügeverfahren.

Nach den Kapitularien sollte zwar der Zweikampf nur das Reinigungsmittel für Räuber und Diebe seyn, welche schon einmal das Leben verwirkt und Begnadigung erlangt hatten. Außerdem war er allein noch für den Fall verordnet, in welchem die Zeugen beider Theile mit einander in Widerspruch waren, wenn kein Theil nachgeben wollte ¹⁾).

9) Syst. u. Gesch. des Civ. Pr. R. I, 20. —

10) Dafs die Sache in England neu war, geht aus den Bestimmungen König Wilhelms hervor. Dem Engländer wurde, wenn ihn ein Franke unter dem Erbieten zum Kampfe anklagte, die Wahl zwischen Annahme der Herausforderung und dem bis dahin üblichen Ordal gelassen. Trat er selbst als Ankläger auf, ohne den Kampf eingehen zu wollen, so durfte der Franke sich mit dem Eide reinigen. Die Vorschrift lautet nach dem lateinischen Texte der Carta de appellatis pro aliquo maleficio, welche auch angelsächsisch erhalten ist (anc. laws p. 210.): „Mando et praecipio per totam Angliae nationem custodiri: 1. si Anglicus homo compellet aliquem Francigenam per bellum de furto vel homicidio vel pro aliqua re pro qua bellum fieri debeat vel iudicium inter duos homines, habeat plenam licentiam hoc faciendi. Et si Anglicus bellum nolit, Francigena compellatus adlegiet se jurejurando contra eum per testes suos secundum legem Normanniae. 2. Item si Francigena compellet Anglicum per bellum de eisdem rebus, Anglicus plena licentia se defendat per bellum vel per iudicium si magis placeat. Et si unum sit, i. e. invalidus et nolit bellum vel non possit, quaerat sibi legalem defensorem.“

1) Cap. I. a. 819. c. 15. „Si liber homo de furto accusatus fuerit et res proprias habuerit, in mallo ad praesentiam comitis se adrharniat. Et si res non habet, fidejussores donet qui eum adrharniare et in placitum adduci faciant; et liceat ei prima vice per sacramentum se secundum legem idoneare si potuerit. At si alia vice duo vel tres eum de furto accusaverint liceat ei contra unum ex eis cum scuto et fuste in campo contendere.“ c. 10. „Si quis cum altero de qualibet causa contentionem habuerit et testes contra eum

Aber die Möglichkeit, in welche man durch die Anklage versetzt wurde, mit einem begnadigten Diebe sich schlagen zu müssen, um ihn, wenn er besiegt wurde, hängen lassen zu können, war ein unvermeidliches Abschreckungsmittel von der Verfolgung. Noch schwieriger war es, den Räubereien und mannigfaltigen Erpressungen der habgierigen königlichen Grafen, Vassen, Kirchenvögte und ihrer zügellosen Unterbeamten und Dienstleute beizukommen. Die öffentliche Sicherheit und die allgemeine Ordnung machte daher die Erweiterung der Fälle nothwendig, in denen von Amtswegen eingeschritten werden sollte. Den Grafen wurde strenge befohlen, in ihren Diensten nur solche Unterbeamte (*juniore*s) zu haben, welche sich mehr angelegen seyn ließen, grobe Verbrecher anzugeben, als sie zu verhehlen. Ludwig der Fromme wies die königlichen Kreisbotschafter an, ein besonders wachsames Auge auf die Amtsführung der Obrigkeiten und ihrer Diener zu haben. Zu diesem Zwecke sollten sie in ihren Kreisen eine Anzahl glaubwürdiger Männer auswählen, und auf ihren Unterthaneneid verpflichten, Veruntreuung königlichen Gutes, Erpressungen, Ungerech-

judicio producti fuerint, si ille eos falsos esse suspicatur liceat ei alios testes, quos meliores potuerit, contra eos opponere, ut veracium testimonio falsorum testium perversitas superetur. Quod si ambae partes testium ita inter se dissenserint ut nullatenus una pars alteri cedere velit, eligantur duo ex ipsis, i. e. ex utraque parte unus, qui cum scutis et fustibus in campo decertent, utra pars falsitatem utra veritatem suo testimonio sequatur. Et campioni qui victus fuerit propter perjurium quod ante nequam commisit dextera manus amputetur; caeteri vero ejusdem partis testes, quia falsi apparuerint, manus suas redimant; cujus compositionis duae partes ei contra quem testati sunt dentur, tertia pro fredo solvatur. Et in seculari quidem causa hujusmodi testium diversitas campo comprobetur. In ecclesiasticis autem causis, ubi de una parteulare, de altera vero ecclesiasticum negotium est, idem modus observetur. Ubi vero ex utraque parte ecclesiasticum fuerit, rectores earundem ecclesiarum, si se familiariter pacificare voluerint, licentiam habeant. Si autem de hujusmodi pacificatione inter eos convenire non possit, advocati eorum in mallo publico ad praesentiam comitis veniant, et ibi legitimus terminus eorum contentionebus imponatur. Testes vero de qualibet causa non aliunde quaerantur nisi de ipso comitatu in quo res unde causa agitur positae sunt; quia non est credibile ut vel de statu hominis vel de possessione cujuslibet per alios melius rei veritas cognosci valeat quam per illos qui viciniore sunt.

tigkeiten gegen Arme und Hülflöse und andere Mißbräuche der Beamten bei Gelegenheit der Botschafts-gedinge zur Anzeige zu bringen ²⁾).

Eine solche Rügepflicht hatte bis dahin nur in den geistlichen Sendgerichten bestanden ³⁾).

2) Cap. I. a. 802. c. 25. „Ut comites et centenarii omnes ad justitiam faciendam compellant et juniores tales in ministeriis suis habeant, in quibus confidant quia legem atque justitiam fideliter observent, pauperes nequaquam oppriment, fures, latronesque et homicidas, adulteros, maleficos, atque incantatores vel auguratrices omnesque sacrilegos nulla adulatione vel praemio nulloque sub tegimine celare audeant, sed magis prodere ut emendentur et castigentur secundum legem, ut Deo largiente haec omnia a Christiano populo auferantur.“ Cap. II. a. 802. c. 23. „De omni re insuper totum undecunque necesse fuerit tam de justitiis nostris quamque de justitiis ecclesiarum Dei, viduarum, orphanorum, pupillorum et caeterorum hominum inquirent et perficiant. Et quodcunque ad emendandum invenerint, emendare studeant in quantum melius potuerint; et quod per se emendare non potuerint in praesentiam nostram adduci faciant.“

3) Das kanonische Recht machte von dem Grundsatz „Nihil — absque legitimo et idoneo accusatore fiat; nam et dominus noster Jesus Christus Judam furem esse sciebat, sed quia non est accusatus ideo non est ejectus (c. 4. C. II, 9. 1.)“ eine Ausnahme durch die Regel „manifesta accusatione non indigent (c. 15. C. II. quaest. I.). Man rechnete dahin (nach Paul. ad Gal. V, 19 — 21.) insbesondere opera carnis, fornicatio, adulteria etc. Nach Math. XVIII, 15 — 17. soll jedes Mitglied der christlichen Gemeinde seinen Mitbruder, welcher sündigt, erst unter vier Augen, und wenn er von dem lasterhaften Wandel nicht abläßt, vor zwei oder drei Zeugen zur Besserung ermahnen (s. g. admonitio caritativa). Wäre auch diese Ermahnung fruchtlos, so soll es der Gemeinde angezeigt werden (denuntiatio evangelica); damit sie, wenn keine Besserung erfolgt, den Sünder für einen Heiden und Zöllner halte. Auf den Grund dieser Lehren wurde der Angegebene, wenn er nicht freiwillig durch Kirchenbusse Genugthuung leistete, bei offenkundigen Sünden von der Kirchengemeinschaft ausgeschlossen. C. 17. D. XLV. (Origenes). „Neque illud evangelii implere student, ut si viderint peccantem primo secrete conveniant, post etiam duobus vel tribus adhibitis; quod si contempsit et post haec ecclesiae correctione non fuerit emendatus, de ecclesia expulsum velut gentilem habeant ac paganum.“ Schon Karl der Gr. verpflichtete die Grafen, den Bischöfen bei Ausübung dieser kirchlichen Strafgewalt zur Vertilgung des Heidenthumes Hülfe zu leisten. Cap. 769. c. 6. „Decrevimus ut secundum canones unusquisque episcopus in sua parochia sollicitudinem adhibeat, adjuvante Graphione qui defensor ecclesiae est, ut populus Dei paganas non faciat; sed ut omnes spurcicias gentilicias abjiciat et respuat, sive profana sacrificia mortuorum, sive sortilegos vel divinos, sive phylacteria et auguria, sive incantationes sive hostias immolatitias, quas stulti homines juxta ecclesias ritu pagano faciunt sub nomine sanctorum mar-

Die gesetzlosen Zustände in Westfranken während der unruhigen Regierung Karls des Kahlen bewirkten, daß hier die geistlichen Rügegerichte in eine engere Verbindung mit der weltlichen Gerichtsbarkeit gesetzt wurden⁴⁾. Außerdem erweiterte die Gesetzgebung

tyrum vel confessorum domini; qui potius quam ad misericordiam sanctos suos ad iracundiam provocant.“ Den Bischöfen wurde vorgeschrieben, für diesen Zweck eine jährliche zweimalige Rundreise durch ihre Sprengel zu halten. C. 7. „Statuimus ut singulis annis unusquisque episcopus parochiam suam sollicite circumeat et populum confirmare et plebem docere et investigare et prohibere paganas observationes, divinosque vel sacrilegos aut auguria, phylacteria, incantationes vel omnes spurcicias gentilium studeat.“ Das Cap. II. a. 813. dehnte die Vorschrift auf andere Verbrechen und unchristliche Handlungen aus. C. 1. „Ut episcopi circumeant parochias — et ubique inquirendi studium habeant de incestu, de patricidiis, fratricidiis, adulteriis, cenodoxiis et aliis malis quae contraria sunt Deo.“ Zur Ausführung wurden in den Synoden sieben oder mehr glaubwürdige Männer aus der Gemeinde eidlich angehalten, die Straffälle, welche ihnen bekannt waren, oder welche sie künftig erfahren würden, zu rügen. Regino VI, §. 2. „Episcopus in synodo residens post congruam allocutionem septem ex plebe ipsius parochiae vel eo amplius, prout viderit expedire, maturiores honestiores atque veraciores viros in medio debet evocare et allatis sanctorum pignoribus unumquemque illorum tali juramento constringat. §. 3. — quicquid nosti vel audisti aut postmodum inquisiturus es — tantum ut ad tuam cognitionem quocunque modo perveniat — nec propter timorem nec propter praemium nec propter parentelam ullatenus celare debeas episcopo.“ Vgl. c. 7. C. XXXV. q. 6. Der Bezüchtigte mußte (wenn kein delictum notorium vorlag), um der kirchlichen Buße zu entgehen, den Reinigungseid leisten. Regino II, 43, 234. Dem Ausschluss von der Kirchengemeinschaft wurden dann in der Folge auch, wenn keine Abbüßung erfolgte, Strafen und Zwangsmittel des weltlichen Armes hinzugefügt. Fragm. cap. ap. Reg. II, 419. „Quisquis bannum vel excommunicationem episcopi vel presbyteri parvipenderit, hic talis ab ecclesia penitus evellatur. — Et ideo tales celus gravissime vindicandum est.“

4) Cap. syn. ap. Caris. a. 857. c. 2. „— decrevimus ut episcopi quique in suis parochiis et missi in illorum missaticis comitesque in eorum comitatibus pariter placita teneant, quo omnes reipublicae ministri et vassi dominici omnesque quicunque vel quorumcunque homines in eisdem parochiis vel comitatibus commanent sine ulla personarum acceptione vel excusatione aut dilatione conveniant. c. 4. Missi quoque legales sententias sicut eas cognitae habent adnotent —. c. 5. Et si talis persona fuerit ut episcopi vel missi nostri ac comites in illorum ministeriis quod pravum actum fuerit potuerint emendare, secundum praefixum modum illud emendare studeant, aut per fidejussores ad nostram praesentiam venire faciant. c. 6. Si autem aliquis quiscunque inobediens extiterit cum summa

die anfänglich zu Beaufsichtigung der Beamten eingeführte weltliche Rüge auf grobe Friedensbrüche. Auf einer Zusammenkunft zwischen Lothar und Karl dem Kahlen zu Valence war, um Ordnung und Sicherheit in die beiderseitigen Reichstheile zurückzuführen, beschlossen worden, die in Verfall gerathene Einrichtung der königlichen Kreisbotschafter wieder herzustellen⁵⁾. Die Botschafter erhielten aufer einer zu der Bekanntmachung an das Volk bestimmten Zusammenstellung der Beschlüsse Eidesformeln, nach denen die Centenarii und alle franci homines, d. h. nach damaligem Sprachgebrauche alle angesessene nicht hörige Leute, schwören sollten, Verbrechen gegen den Strafsen- und Hausfrieden, welche sie erfahren hatten oder erfahren würden, den königlichen Botschaftern angeben, und die Uebelthäter nicht verhehlen zu wollen⁶⁾.

Die Folge, welche der Rüge gegeben wurde, wenn es an einem Ankläger fehlte, mochte zu Anfange eine sehr willkührliche seyn. Die Kapitularien geben deutlich zu erkennen, daß die bisher befolgten Grundsätze unzureichend waren, da überall für schwierige Fälle der königlichen Macht die Auskunftsmittel vorbehalten werden. Hauptsächlich scheint man gegen verdäch-

festinatione nobis notum facere curent ut quantocius ad nostram praesentiam illum venire jubeamus et digna multationem secundum judicium fidelium nostrorum sustineat. c. 8. Et si aliquis comes fuerit qui hoc in suo comitatu fecerit aut ibi alia increescere permiserit, ut aut ipse illa non emendet aut nobis nota non fecerit, ut nostra auctoritas talia corrigat, sciat quia talem sententiam inde sustinebit sicut tempore antecessorum nostrorum consuetudo fuit.

5) Cap. de missis ap. Silvacum anni 853. „Ista denuncianda sunt populo a Missis nostris. c. 1. Nostri seniores [Lothar und Karl] sicut audistis parabolaverunt invicem et consideraverunt cum communibus eorum fidelibus de Dei servitio et sanctae ecclesiae ac regni statu, et qualiter vos qui in regno consistitis pacem et justitiam habere possitis; et ordinaverunt missos per regnum illorum, qui in hoc decertent, quantum Deus adjutorium dederit.“

6) Der Eid der franci homines lautete: „Ego ille ad salutem, illud malum quod schach vocant vel tesceiam non faciam, nec ut alius faciat consentiam, et si sapuero qui hoc faciat, non celabo, et quem sciam qui nunc latro aut scacchator est vobis missis non celabo, ut non manifestem.“ Die Centenarii wurden überdies verpflichtet, getreue Verzeichnisse aller in ihrem Amtsbezirke angesessenen franci homines zu dem Gebrauche der Missi einzureichen.

tige Leute, welche die Verantwortung weigerten oder für künftige gute Aufführung keine Bürgschaft stellen konnten, das Mittel der Verbannung oder der Einsper- rung auf unbestimmte Zeit, um sie unschädlich zu ma- chen, angewendet zu haben. Nähere Vorschriften für Westfranken geben die Capitula von Kiersi aus dem Jahre 873. Am strengsten war das Verfahren gegen Leute, die in dem Verdacht der Zauberei und des Gift- mischens standen. Die Furcht vor Personen, welche durch einen Bund mit dem bösen Feinde in dem Be- sitze übernatürlicher Kräfte seyen, durch welche Men- schen gelähmt oder getödtet werden könnten, nahm in jener Zeit überhand; vielleicht weil in der That nicht selten Drohungen des Schwächeren gegen den stärkeren Unterdrücker laut werden mochten, die durch irgend eine unerkannte Ursache in Erfüllung gingen. Gegen die Unglücklichen, welche ein solcher Argwohn traf, sollte sich die ganze Kraft des weltlichen Armes richten. Die Grafen wurden angewiesen, sie überall in ihren Sprengeln aufzusuchen und in Haft zu nehmen. Der vermeintlich Ueberwiesene sollte ohne Rücksicht auf den Mangel eines Anklägers, wie es Gesetz und Gerechtigkeit forderten, aus der Welt geschafft werden. Fehlte es an hinreichender Ueberführung, so wurde der Beargwohnte dem Gottesurtheile unterworfen und bei unglücklichem Ausgange gerichtet⁷⁾. Waren da- gegen freie Leute durch den gemeinen Ruf des Dieb- stahles mit Einbruch (*tesceia*), der Räuberei, des Rau- bes im Großen, der Störung des Straßensfriedens oder der *infidelitas*, d. h. hier der Verletzung des Königs-

7) Cap. a. 873. c. 7. „Et quia audivimus quod malefici homi- nes et sortiariae per plura loca in regno nostro insurgunt, quo- rum maleficiis jam multi homines infirmati et plures mortui sunt, quoniam, sicut sancti Dei homines scripserunt, Regis ministerium est de terra perdere maleficos et veneficos non sinere vivere, expresse praecipimus ut unusquisque comes in suo comitatu magnum studium adhibeat ut lates perquirantur et comprehendantur. Et si jam exinde comprobati sive masculi vel comprobatae feminae sint, sicut lex et justitia docet, disperdantur. Si vero nominati et suspecti et non- dum inde comprobati sunt vel per testes veraces inde probari non possunt, Dei judicio examinentur, et sic per illud Dei judi- cium aut liberentur aut condemnentur.“

friedens, bezüchtigt, ohne mit gestohlenem Gute ergriffen zu seyn, so ging zunächst die Bemühung dahin, einen Ankläger ausfindig zu machen. Wagte Niemand die Anklage, so mußte der Verdächtige sich durch Eid mit zwölf vorwurfsfreien Eideshelfern reinigen, und alsdann den Sicherheitseid leisten, Verbrechen der ihm zur Last gelegten Art künftig weder selbst verüben, noch in ihre Verübung einwilligen zu wollen. Zugleich mußte der Gereinigte eidlich versprechen, den wahren Thäter, wenn er ihn erfahre, anzugeben. Leute, denen wegen eines früheren Verbrechens das Leben geschenkt worden war, sollten nach den Vorschriften Karls des Großen und Ludwig des Frommen behandelt werden⁸⁾; d. h. es konnte sie jeder, auch wenn er nicht als verletzter Theil zur Klage berechtigt war, durch Forderung zum Kampfe von der eidlichen Reinigung ausschließen⁹⁾.

§. VII. Aelteste Form des Wahrspruches der Geschwornen.

Die Beobachtung der karolingischen Vorschriften über die Beweisaufnahme in Streitsachen läßt sich bis

8) Cap. a. 873. c. 3. „De illis liberis hominibus qui infames vel clamodici sunt de testiis vel latrocinis et rapacitatibus et assalturis vel de infidelitate nostra, et cum furto non comprehendantur, si eis jam vita perdonata est propter aliquod malefactum, fiat de illis sicut in capitulari avi et patris nostri continetur in libro III. cap. XLVII; et si jam de latrocinio revicti sunt, fiat sicut de revictis. Si autem illis vita adhuc perdonata non fuit et revicti non sunt et res et mancipia vel mobile habent fiat de illis sicut in IV. libro Capitulorum capitulo XXIX. dicitur, cum ad mallum comitis venerint. [Cap. IV, 29. und Cap. I, 819. c. 15: — liceat ei prima vice per sacramentum se idoneare si potuerit. At si alia vice duo vel tres eum de furto accusaverint liceat ei contra unum ex his cum scuto et fuste in campo contendere.] — Et si talis est quem aut parentes aut propter faidam homines accusare noluerint aut ausi non fuerint, et cum malefacto comprehensus non fuerit et negaverit: juret cum duodecim talibus Francis, quorum testimonium leges publicae non rejiciunt, quod testiam vel latrocinium aut rapinam non fecerit; et post haec juret ipse tantum quod deinceps testiam vel latrocinium non faciet neque facienti consentiet; et si scierit qui haec fecerit, illis ministris nostris per quos talis causa emendari debet non celet.

9) Cap. III, 47. ex Cap. I, 809. c. 30. „— si ad sacramentum aliquid ei judicatum fuerit quod jurare debeat, si aliquis ipsum sacramentum falsum dicere voluerit, cum armis contendat.“

in die nachkarolingische Zeit durch zahlreiche Urkunden über Gerichtsverhandlungen aus den verschiedensten Theilen Frankreichs, insbesondere aus der Langued'oc und der Bourgogne, nachweisen. Das Beweisverfahren führt die Benennungen *inquisitio*, *inquesta*, *requistum* oder *recognitio veritatis*. Es wurde nur in Sachen angewendet, für welche es auf die Feststellung gemeinkundiger Verhältnisse ankam, besonders bei Ansprüchen auf unbewegliches Gut, für welche ein Besitzstand geltend gemacht wurde, und bei streitigen Hörigkeitsverhältnissen. Die Zeugen bei Gränz- und Eigenthumsstreitigkeiten waren, wie es in den Kapitularien gefordert wird, Nachbarleute (*homines commanentes* oder *de ipsa villa*), welche von Amtswegen vorgefordert wurden. In anderen Fällen brachte der Beweisführer seine Zeugen mit¹⁾, oder erhielt einen weiteren Gerichtstag zu ihrer Gestellung²⁾. Die Erscheinenden wurden bei ihrem Unterthaneneide und auf ihr Taufbekenntniß aufgefordert *ad veritatem dicendam* oder *ut veritatem manifestarent*³⁾. Hierauf

1) So in der Urkunde aus dem Jahre 821 bei Pérard n. XVII. Fredelus, Sohn von Hildebrannus, nimmt die Beklagte Adalbertane als Hörige der villa Patriciacus, welche er, wie früher sein Vater, als Fiskalgut zum *beneficium* hatte in Anspruch, und bringt acht Zeugen, welche einstimmig aussagen, die Eltern der Beklagten und sie selbst seyen unter Karl dem Grossen hörig zu der villa gewesen, also auf Ludwig den Frommen vererbt „*et plus est drectus ad ancilla essere de beneficio Hildebranno de Patriciaco villa quam ingenua*.“ Hierauf leisten sie den Eid „*super illas sanctas reliquias*“ dahin „*quod vere exinde testes erant*.“

2) Nach einer Urk. von 819 wird dem in der vorigen Note genannten Fredelus aufgegeben, gegen einen Mann mit Namen Adeldardus, den er als Hörigen für die nämliche Villa in Anspruch nimmt „*ut tale testimonia arremisset in proximo mallo post quadraginta noctes, ut secundum legem suam Salicam adprobat, sicut superius postulavit*.“ Eine Urkunde von dem folgenden Jahre hat die Leistung des Eides der neun in dieser Sache beigebrachten Zeugen zum Gegenstande, welche gegen den Beklagten schwören: „*quod servus domno Ludovico Rege de Patriciaco villa, de beneficio Hildebranno, de parte genitori suo Adelberto essere debuisset — et per lege et drecto plus debet esse servus domno Ludovico quam ingenuus*.“

3) Schon Biener (Beitr. 248. n. 10.) muß die Analogie des englischen Geschwornengerichtes in Civilsachen mit einem *placitum* von 890 (in der Hist. de Langued'oc; preuves II, n. 12.) anerkennen. Die obige Ausführung und die nachfolgenden Beläge werden

erfolgte durch die königlichen Botschafter oder die Gerichtsobrigkeit eine Vernehmung (*discussio*), bei wel-

aufser Zweifel setzen, daß hier ein wirklicher geschichtlicher Zusammenhang vorliegt. Nach einer *notitia placiti* von 897 (*Hist. de Langued'oc; preuv. II, n. 18.*) hält der Vicegraf Boso von Bigorre und Agde in einem Streite zwischen Amalrich, Sohn von Adrebalduß und der St. Nazariuskirche *super limites et terminos* eine *inquisitio* an dem streitigen Orte *per homines commanentes*. In der Urkunde heisst es: „*Ad hanc inquisitionem vicecomitis et ad illud bannum quod de parte regis atque vicecomitis huc de sua omnibus misit ut veritatem si sciebant omnibus manifestarent —*“ Eine Urkunde von 898 (*I, n. 21. a. a. O.*) betrifft einen Eigenthumsstreit zwischen Ato, dem Vicarius des Grafen von Toulouse und dem Abte des Castrum Malasti. Der Abt bringt seine Klage in dem *placitum* an, in welchem Ato selbst den Vorsitz führt. Ato sendet seinen eignen Vicarius Oliba ab, um die *inquisitio* „*in terminio Magnanago*“ zu halten. Der Abt erscheint hier in Gegenwart von zwanzig Personen „*et aliis viris qui super scripserunt et firmaverunt*“ und legt seine Urkunden, ein „*praeceptum de Pipino rege*“, ein zu seinen Gunsten von dem Grafen Fredelo gesprochenes Urtheil und die Urkunde über eine frühere eidliche Zeugenaussage („*notitia juramento qui fuerat facta ante Rodegillo vicario*“) vor. Es werden aber auch noch zum Ueberflusse die „*ipsi homines de villa*“ vernommen, welche aussagen, die streitigen Grundstücke länger als dreissig Jahre als *Prekarium* von dem Abte inne zu haben. Pérard (*Récueil des pièces zu der hist. de Bourg. n. XII.*) giebt eine Urkunde aus der Zeit Karls des Kahlen über ein „*requistum*“ vor dem Bischof Leudo und dem Grafen Adelardus als königlichen Missi in der Grafschaft Autün „*in villa quae dicitur in monte*“ zwischen dem Bischofe Vulfard und einem Grafen Heccard über die „*villa quae dicitur Patriciacus*.“ Der Bischof nahm sie unter Beziehung auf Urkunden der Könige Childebert, Chilperich und Pipin mit der Behauptung in Anspruch, daß der Besitzer Nivelong dafür einen Zins an die Kirche entrichtet habe. Heccard brachte eine Schenkungsurkunde des Kaisers Ludwig des Frommen bei. Die Urkunde über das *placitum* liefert nur das Zeugenverhör ohne den Ausgang der Sache. Es wird gesagt, die Missi hätten zur Stelle kommen lassen: „*ipsos pagenses nobiliores et caeteros quam plures de jam dicto comitatu per bannum regis.*“ Das Verhör sey angestellt: „*per illum sacramentum quem domno Carolo Regi habebant jurata et per illam professionem quam in Baptismo promiserunt ut veritatem dicerent.*“ Die Aussagen der Zeugen, von welchen zehn unter allgemeiner Erwähnung der übrigen benannt werden, fielen einstimmig dahin aus, daß das streitige Gut ohne Belastung mit irgend einem Kirchenzins zu dem Fiskus Pipins, Karls und Ludwigs gehört habe, bis es dem Grafen Heccard geschenkt worden sey. Zwei der genannten Zeugen erklärten auf besonderes Befragen, sie und viele Andere hätten zwar gehört, daß das Gut dem Bischofe zukomme, aber erst nach der Zeit, als es streitig geworden. Hierauf wurden ausser den ersteren zehn noch zwei Zeugen namentlich aufgeführt, welche über besondere Umstände befragt die von ihnen erwarteten Aufklärungen zu Widerlegung der Hauptaussage nicht lieferten.

cher die Zeugen sich einzeln sowohl über das Sachverhältniß als über den Grund ihres Wissens erklären mußten. Bei Gränzstreitigkeiten war das Verhör mit einer Ortsbesichtigung verbunden. Nach dem Verhör wurde der Gegner des Beweisführers zur Erklärung aufgefordert, ob er gegen die Zeugen Verwerfungsgründe habe⁴⁾. Waren solche nicht vorhanden oder erledigt und hatte die Vernehmung ein übereinstimmendes und erschöpfendes Ergebniß geliefert, so leisteten die Zeugen den Eid über den Beweissatz im Allgemeinen mit der Schlusserklärung, daß der eine oder der andere Theil das grössere Recht zu der Sache habe⁵⁾. Der Eid selbst pflegte bei Streitigkeiten über die persönliche Freiheit feierlich in der Kirche auf den Altar abgelegt zu werden⁶⁾. Die Zahl der Zeugen, welche beeidigt werden, ist ungleich. Hatte sich das Sachverhältniß vollständig aufgeklärt, so war es nicht selten, daß der beweisfällige Theil sich mit dem Erbieten zu der eidlichen Aussage begnügte, und den gegnerischen Anspruch einräumte. Es dürfte wohl kaum eine Urkunde gefunden werden, nach welcher auf das Zeugniß von weniger als sieben oder mindestens fünf Personen erkannt wäre. Gewöhnlich sind der beeidigten Zeugen mehr als sieben, aber selten steigt die Zahl bedeutend über zwölf. Die

4) Placit. anni 1158 in curia Comitis Tolos. (hist. de Lang. II, pr. 511.) „Datis vero et praeparatis testibus fuit dictum parti adversae si dicerent aliquid damnationis testibus.“ Das praeparare testes ist die discussio, welche der Ausübung des Verwerfungsrechtes vorhergehen mußte. Not. anni 816. „Fredelus in ecclesia S. Johannis in ipsa civitate, ubi alia sacramenta percurrunt, ante ipsos missos duodecim testimonia ibidem praesentavit his nominibus etc. — Ipsa testimonia diligenter discussi fuerunt et super ipso altario manus positas jurati dixerunt: quod nos vidimus Madaleno genitore ipsius Maurino in servitio Hildebranno et Fredelono servire ad servo, et quando domnus Karolus moriens dereliquit domno Ludovico, ad servo de ipso vestito dimisit, et pro haec Maurinus plus debet esse servus Hildebranno et Fredelono quam ingenuus adessere.“

5) Vergl. u. a. die Stellen Note 1. und 2.

6) Die Beschwörung der Aussage in dem N. 2. angeführten Falle erfolgte nach der darüber ausgefertigten Urkunde (notitia sacramentale) „in ecclesia sancti Johannis ubi alia sacramenta procurrant.“ Vergl. die Urk. n. 1. u. n. 4. am Schlusse.

Zahl der vernommenen Personen dagegen konnte weit gröfser seyn; indess man vermied mehr Eide, als der Wichtigkeit des Gegenstandes angemessen waren, zu erheben, und suchte wohl auch von dem Gegner des Beweisführers die Bewilligung zu erhalten, dafs der Eid nur einigen der Zeugen abgenommen werde⁷⁾.

§. VIII. Anwendung des Zweikampfes in dem Mittelalter.

Die Verwilderung der Rechtszustände in Frankreich unter den ersten vier Königen des dritten Geschlechtes brachte in das bisherige Verfahren dadurch eine grofse Umwälzung, dafs jetzt die Forderung zu dem Zweikampfe das ordentliche Beweismittel, sowohl bei Streitigkeiten über Mein und Dein, als bei Anklagen wurde. Bei letzteren entstand die Sitte, dafs es der Kläger nicht darauf ankommen liefs, ob nach den Ergebnissen der Beweiserhebung der Angeklagte zu dem Reinigungseide verstattet werde. War es Ernst eine Anklage durchzuführen, so erbot der Ankläger sich sogleich, sie in dem Kampfringen wahr zu machen. Die Anwendung des Zeugenbeweises und der Eideshelfer kam dadurch ausser Gebrauch. Die Eideshelfer waren überflüssig; denn der Ankläger konnte ja den Angeklagten, wenn er von seiner Schuld überzeugt war, kämpflich begrüfsen. Wagte er diels nicht, so erschien es hinreichend, wenn der Angeklagte sich durch Alleineid reinigte, oder „mit seiner Unschuld entging.“ Diels wurde Recht, soweit sich der Gebrauch des Zweikampfes verbreitete. Dem Verfasser des Sachsenspiegels mußte die Erscheinung unerklärlich seyn, wenn er das Recht seiner Zeit mit der Lex Saxonum verglich, welche wie die meisten Volksrechte Eideshelfer in verschiedenen Zahlenverhältnissen zu der

7) In der ersten N. 4. angeführten Urkunde wird den Gegnern des Beweisführers der Vorschlag gemacht „si — acciperent sacramentum ex duobus testimoniorum.“ Biener (Abhdl. S. 14.) führt aus der Histoire de Langued'oc (II. preuves n. 12.) eine Urkunde an, welche zeigt, dafs von beinahe zweihundert vernommenen Personen vierzehn zu Leistung des Eides ausgewählt wurden.

Reinigung forderte. Er kam deshalb auf den Gedanken, den Satz, daß der Beklagte bei Allem, was nicht vor Gericht geschehen, mit seiner Unschuld entgehe, für ein eigenthümliches und ursprüngliches Sachsenrecht anzusehen, welches die Sachsen wider Kaiser Karls Willen, d. h. gegen den Inhalt der *lex Saxo-* *num* behalten hätten¹⁾. Diese Ansicht wurde dadurch nahe gelegt, daß sich in dem dreizehnten Jahrhundert schon eine Umwälzung in den Beweisgrundsätzen vorbereitet hatte, neben welcher in der That das Entgehen mit der Unschuld als eine Eigenthümlichkeit erscheinen konnte.

Die Aenderung des gerichtlichen Beweisverfahrens nahm schon in dem zwölften Jahrhundert durch die Vereinigung der städtischen Innungen zu allgemeinen Schutzgilden ihren Anfang.

Der Edelmann, wenn er selbst kämpfen wollte, oder wie es bei Anklagen Grundsatz war, selbst kämpfen mußte, stand nach mittelalterlichem Kampfrechte dem minder kampfgeübten Bürger, dem nur Stock und Schild als Standeswaffe vergönnt war, in voller Rüstung gegenüber. Diese Ungleichheit (die *bataille à meschief*)²⁾ machte die Kauf- und Gewerbleute der Städte in ihren beständigen Händeln mit dem unruhigen Adel der Nachbarschaft in vielen Fällen rechtlos. Die ältesten Handvesten, welche den Stadtgemeinden des nördlichen Frankreichs und der Niederlande von ihren Landesherren mit Zustimmung der Ritterschaft abgenöthigt oder frei bewilligt wurden, enthalten daher gewöhnlich Beschränkungen des Zweikampfes. Zu diesen gehört die Wiederherstellung des Zeugenbeweises und der Eideshelfer, welche jetzt in gewissen Fällen sowohl zu der Bewahrheitung von Anklagen als zu der Entkräftung derselben durch

1) *Sachsensp.* I, 15. §. 2. „Sculdeget man den man umme dat, des he nicht hevet, des untgat he mit siner unscult.“ I, 18. §. 1. „Drierhande recht behelden de sassen wider Karles willen. — §. 2. — dat andere: svat so de man vor gerichte nicht ne dut, — svo wetenlik it si, dat he des mit siner unscult untgeit unde man's in nicht vertügen ne mag.“

2) *Des Verf. Syst. u. Gesch.* I, 23.

den Reinigungseid, jedoch mit Ausschluss der Forderung zu dem Kampfe (*absque reprehensione; absque vara*) zugelassen wurden ³⁾. Auch in Deutschland suchten die Städter sich durch verschiedenartige Privilegien die Mittel zu der Verfolgung der Verbrecher ohne Zweikampf zu verschaffen. In dem nördlichen Deutschland, wo das Städteleben in dem dreizehnten Jahrhundert noch weniger allgemein als in den Ländern des fränkischen, alamannischen und baierischen Rechtes auf den Gerichtsgebrauch von Einfluss war, erhielt sich landrechtlich das aus der Zulässigkeit des Zweikampfes hervorgegangene Entgehen mit der Unschuld ⁴⁾.

In dem nördlichen Frankreich wirkte die überhandnehmende Abneigung gegen den Zweikampf auf den Gerichtsgebrauch außer den Städten vorzüglich dadurch, dass dem Zeugenbeweise durch Nachbarleute (*der inquisitio oder recognitio veritatis*) eine erweiterte Anwendung gegeben wurde.

§. IX. Veränderungen der karolingischen Gerichtsverfassung.

Der Darstellung dieser Beweisart in der festeren Form der *jureia* muss ein Rückblick auf die Veränderungen der Gerichtsverfassung unter dem dritten Königsgeschlechte sowohl für die unmittelbar königlichen Landestheile (*terres de l'obeissance le Roi*), als für die Normandie und die anderen landesherrlichen Gebiete des nördlichen Frankreichs zur Grundlage dienen.

Es hat sich gezeigt, dass sowohl die *inquisitio* als die Rüge durch die *pagenses* von den Geschäftsanweisungen (*capitula legationis*) an die ordentlichen königlichen Kreisbotschafter (*missi dominici*) ausgegangen ist. Die Kreisbotschafter verschwinden zwar in Westfranken seit Karl dem Kahlen durch die bald nach ihm eingetretenen Unterbrechungen der karolingischen

³⁾ Syst. u. Gesch. I, 224.

⁴⁾ In dem s. g. Schwabensp., dem wahren deutschen Landrechte des Mittelalters, bildet der Beweis der Verbrechen durch Zeugen die Regel. Schwabensp. (Ausg. v. Lafsberg) art. 99, 100, 225.

Thronfolge, welche die Herzoge, Markgrafen, Grafen und einen Theil der Vicegrafen oder Vassen zu selbstständigen Landesherrn unter Königlicher Oberhoheit machte. Aber die Anweisungen an die missi sind hiermit ebenso wenig wie die übrige karolingische Gesetzgebung außer Gebrauch gekommen. Was die letztere betrifft, so werden die Kapitularien zwar von den Königen des dritten Geschlechtes nicht als eine unmittelbare Rechtsquelle geltend gemacht. Aber sie erhielten sich wegen der vielen darin enthaltenen der Kirche günstigen Bestimmungen zum Theil in kanonischen Sammlungen auszugsweise, zum Theil in ächten Texten bei der Geistlichkeit, welche den Königen und Landesherrn in allen Staatsangelegenheiten als unentbehrlich rathgebend zur Seite stand.

Der Inhalt der Kapitularien wurde, soweit es die Verhältnisse erlaubten, fortwährend zur Anwendung gebracht. Die königlichen Gerechtsame, welche seit Ludwig VI., besonders durch die Rechtsprechung des königlichen Gerichtshofes vor und nach in Frankreich zur Anerkennung gelangten, sind eine stetige Fortbildung karolingischer Verfassungsgrundsätze, und es ist ein Hauptfehler in der Behandlung der französischen Rechte des Mittelalters, daß man sie, ohne diese Anknüpfung zu berücksichtigen, als eine Welt von neuen Erscheinungen zu behandeln pflegt.

In dem Wirkungskreise der missi änderte sich mit der Unabhängigkeit der Barone hauptsächlich nur, daß die in der Folge s. g. seigneurs haut régaliens die Vollmachten, welche sie als Herzoge oder Markgrafen mit den Erzbischöfen und Bischöfen unter der alten Verfassung auf Zeit erhielten, jetzt mit ihrer Würde als erblich verbunden ansahen, und in der alten Weise, jedoch zu eigenem Vortheile ausübten. So bildete sich in den größeren herzoglichen oder markgräflichen Gebieten und in den mehreren unter einem Herrn vereinigten Grafschaften, insbesondere für die Besitzungen der Grafen der Champagne, über der ordentlichen gräflichen Gerichtsbarkeit, welche durch beliehene Vicegrafen und seit dem zwölften Jahrhundert nach Ab-

findung derselben für ihre Gerichtsbarkeitsrechte meist durch auf Zeit angestellte Amtleute (*baillivii*) ausgeübt wurde, an den fürstlichen Höfen eine oberste landesherrliche Gerichtsbarkeit, die nach den Formen und den Gegenständen ihrer Wirksamkeit eine reine Fortsetzung der alten missatischen *placita* ist. Nach dem Grundsatz jener Zeit „*chaque baron est souverain dans sa baronnie*“ sind diese Gerichtsversammlungen ein treues Abbild der Einrichtungen an dem Königs- hofe, dem sie umgekehrt in ihren Einrichtungen mit- unter als Muster gedient haben; wie dies namentlich von der kräftigen Handhabung der landesherrlichen Rechte durch die normannischen Herzoge unverkenn- bar ist.

Die Vicegrafen und Amtleute hielten das gewöhn- liche gräfliche *placitum* an herkömmlich bestimmten Orten ihrer Gerichtsbezirke (*lieux accoutumés*) von sechs zu sechs Wochen oder doch in regelmäsig be- stimmten Zeitabschnitten mit den Lehnslenten, welche zugleich in einem Unterthanenverhältnisse standen, und durch ihre Dienstpflicht wie die karolingischen Vassen zum Beisitze verbunden waren ¹⁾. Das landesherrli- che Gericht wurde an dem fürstlichen Hoflager bei Gelegenheit der Hauptjahresfeste gehalten, in der Nor- mandie zu Ostern und Michaelis. Zu dieser Zeit ka- men die herzoglichen Vicegrafen und Rentbeamten (*praepositi*) einzelner nicht in eine Vicegrafschaft ge- höriger Ortschaften zusammen, legten Rechnung ihrer Einnahmen und zahlten ihre Ueberschüsse ²⁾. Der Ort

1) Die Vassi waren bekanntlich verpflichtet: „*ut adjutores co- mitibus sint ad justitias faciendas*.“ In meiner Geschichte der fran- zösischen Gerichtsverfassung habe ich näher die Mißverständnisse entwickelt, aus welchen man diese Form der Ausübung der Ge- richtsbarkeit als eine eigenthümliche Feudaleinrichtung anzusehen pflegt. Die *cours des Barons* sind in der Regel ebensowohl Land- gerichte als Lehenhöfe gewesen. Syst. und Gesch. I, 192. Ueber die Gerichtstage der Amtleute s. besonders Beaumanoir *cout. de Beauv.* Ch. I. n. 21. suiv. „*Bone coze est à bailli de souvent te- nir ses assises: au mains de six semaines à autre*.“

2) Die Art wie dies Geschäft behandelt wurde, zeigen uns die zahlreichen *rotuli* (die in England s. g. *pipes rolls*) oder aufgeroll- ten Pergamentstreifen, mit den Rechnungsabschlüssen, welche für die Normandie bis in die Zeit der Könige Heinrich II., Richard und

des Rechnungsgeschäftes erhielt seine Benennung *scaccarium* oder *échiquier* von den *scaccae*, d. h. entweder von den farbigen Würfeln, welche als Rechensteine gebraucht wurden, oder von den farbigen Feldern des geschachten Zahltisches, die zu der Sortirung der Münzsorten dienen mochten³⁾. Die Einrichtung wurde von den normannischen Königen nach England herübergenommen, wo dieselbe sich mit der Auszeichnung durch den geschachten Teppich als *court of exchequer* erhalten hat.

Die Feier der Jahresfeste sammelte bei Hofe die Bischöfe, die Aebte und die Barone des Herzogthumes. Diese kamen mit zahlreichem Gefolge aus den Stiftern, der Ordensgeistlichkeit und dem niederen Vassallenstande.

Es waren daher alle Bestandtheile vereinigt, welche seit der Ausbildung der mittelalterlichen Standesunterschiede für nothwendig gehalten wurden um einen allgemeinen Gerichtstag (*ein placitum ad cunctorum causas audiendas et justo judicio terminandas*) in der karolingischen Weise abzuhalten. Die Rechnungsstrei-

Johann zurückreichen. *Magni rotuli scaccarii Normanniae de anno ab incarn. dom. MCLXXXIII, Willelmo filio Rodolfi senescallo.* By M. Petrie, late Keeper of the tower records. Lond. 1830. *Rotuli Normanniae in Turri Londinensi;* acc. Thom. Duffus Hardy, Vol. I. Lond. 1835. *Magni rotuli scaccarii Normanniae op. Thomae Stapleton.* Vol. I. Lond. 1840. Gesammelt sind diese verschiedenen Urkunden in *Mémoires de la société des antiquaires de Normandie.* 2. Série. Ve vol. (XV. vol. de la collect.) Paris 1846. 4. (Vergl. Mém.) *les recherches rel. à l'histoire de France faites à Londres par M. de Bréquigny in: Mém. de l'acad. royale.* Vol. 37. p. 528. Für England sind zu benutzen: *Cooper account of the most import. publ. records.* Lond. 1832. 2 vol. *A Description of the patent roles in the tower.* Lond. 1835.

3) Joa. Sarisber. in *Vita St. Thomae Canterb.* „Erat siquidem Johannes ille coram thesaurariis et caeteris fiscalis pecuniae et publici aeris receptoribus Londoniis ad quadrangulam tabulam quae dicitur a calculis bicoloribus vulgo *scaccarium*; potius autem est Regis tabula nummis albicoloribus ubi et placita coronae Regis tractantur.“ Absurd ist die Ableitung bei le Rouillé (s. le titre 57. de la Cont.): *Scaccarium dicitur ad instar Ludi scaccarum in quo Rex est cum militibus.* Der Ausdruck *scaccarium* findet sich schon in einer Urkunde Heinrich des ersten: „*Ministri mei de illis civitatibus qui firmas meas tenuerint afferent secum hanc pecuniam ad scaccarium meum ad festum S. Michaelis.*“

tigkeiten mit den Rentbeamten wurden in der Schatzkammer selbst (*supra scaccarium*) nach dem Urtheile der Hofleute, welche der Herzog zu dem Geschäfte verordnet hatte, in dienstlichem Wege abgemacht.

Aber es gab das Abrechnungsgeschäft auch zu Streitigkeiten Anlaß, welche nicht in dieser Weise, sondern nur auf einem offenen Gerichtstage erledigt werden konnten. Dahin gehörten die Streitigkeiten mit Drittbetheiligten über herrschaftliche Güter und Gefälle, von welchen die Solleinnahme abhing, die Klagen der Amtleute gegen widerspenstige Vasallen, die gegenseitigen Gerichtsbarkeitsverhältnisse des Herzoges, seiner Barone und der Geistlichkeit, die Entscheidung über gescholtene Urtheile der Amtleute und die vielen Klagen welche gegen sie oder die Gerichtsherrn über Rechtsverweigerung und über Neuerungen oder sonstige Bedrückungen einliefen.

Nach Beendigung der Hoffeste, denen die Beendigung des Rentgeschäftes und die Einzahlungen vorhergingen, verwandelte sich der Rechnungshof in einen allgemeinen Gerichtshof⁴⁾, auf welchen die Benennung des ersteren überging. Man unterschied seit diese Einrichtung regelmäfsig wurde, den *échiquier* des

4) Es läßt sich dieser Ursprung der regelmäfsigen *échiquiers* aus einer Zeit, in welcher die Benennung noch nicht üblich war, urkundlich nachweisen. *Plac. anni 1080 bei Guérard. cartulaires III, 463.* „Anno dom. incarn. MLXXX. in paschali solennitate praesente rege Wilhelmo et regina Mathilde et filiis Rotberto et Wilhelmo ipso rege jubente tenuerunt hoc placitum magnae auctoritatis et praecipuae dignitatis viri tam de ecclesiastico quam de saeculari ordine, qui tunc festivitatis gratia invitante ad curiam Regis convenerant, sc. dominus archiepiscopus Rothomagensis, Ricardus archiepiscopus Bituricensis, Warmundus archiepiscopus Viennae, Goeffredus episcopus Constantiae urbis, Gislebertus episcopus Lisiacensis, Rotbertus comes frater regis, Rotbertus comes de Ou, Wido comes Pontivensis, Rogerius de Bellomonte et filii ejus u. s. w. — et omnes nobiliores curiae Regis.“ Es finden sich in der Aufzählung auch auswärtige Bischöfe und Landesherrn. Diese konnten Theilnehmer seyn wegen der Lehne, die sie in dem Herzogthume haben mochten. Es wurde aber in der curia Regis auch überhaupt mehr auf das persönliche Standesverhältniß als auf die Unterthaneneigenschaft und die hierdurch bedingte Stellung gesehen. Man benutzte Alles, was den Glanz und das Ansehen der Gerichtsversammlung erhöhen konnte.

comptes und den échiquier des causes ⁵⁾). Den Vorsitz führten bei der Eröffnung und in besonders wichtigen Sachen die Herzoge in Anwesenheit des ganzen Hofes und Hofstaates. Diese Sitte haben sie auch nach ihrer Erhebung auf den engl. Thron für England und ihr Stammherzogthum, wo durch das gespannte Verhältniß zu den französischen Kriegen längere Anwesenheiten nöthig waren, beibehalten. Gewöhnlich indess liefs der König sich durch seinen Grofsseneschall vertreten, der in dieser Eigenschaft der capitalis regni oder ducatus justitarius hiefs.

In ganz gleicher Weise war der Hof der französischen Könige eingerichtet. Seit Philipp August 1190 Amtleute über die Haupttheile des Krongebietes setzte, wurden drei Jahresparlamente zu Paris in dem Temple gehalten, wo sich der königliche Schatz befand. Die Rechnungszeit für die Amtleute war zu Lichtmefs, Christi Himmelfahrt und Remigius (1. October). Der offene Gerichtstag führte den Namen parlamentum (von parabolare für colloquium habere ⁶⁾) und folgte

5) Floquet hist. du Parl. de la Norm. I, 236.

6) Der aus der Sprache der Vulgata entlehene Ausdruck, wovon das französische parloir und parler, findet sich aus der karolingischen Zeit schon S. 32. N. 5. Er hat nicht den ausschliessenden Sinn einer Gerichtsversammlung, sondern bedeutete zunächst eine öffentliche Zusammenkunft bei der Staatsangelegenheiten beredet wurden. Das Gericht hiefs das placitum generale und mußte als solches besonders eröffnet (gehegt), d. h. es mußte Jedem, der etwas anzu bringen hatte, die Freiheit hierzu ausdrücklich angekündigt werden, wie dies nach der lex Salica sogar bei Rechtsgeschäften vor dem Tuginus nothwendig war, um als in dem Volksgerichte vorgenommen zu gelten. Lex Sal. tit. XLVI. „de adfathamire.“ Bei den englischen Schriftstellern des dreizehnten Jahrhunderts (Mathaeus Paris Rog. a. Hoveden) ist der Ausdruck conventus, concilium oder concilium generale und synodus noch häufiger als colloquium und parlamentum. Seit sich in Frankreich die Verhandlung der eigentlichen Staatsangelegenheiten in dem conseil privé du Roi von der Oeffentlichkeit zurückzog, blieb der Ausdruck parlamentum nur dem placitum an der curia regis, in welchem die mit dem conseil beschlossenen Verordnungen verkündigt wurden. In England hat die regelmässige Theilnahme der Barone und später auch der Communen an der Staatsverwaltung dem Worte Parlament den ursprünglichen Sinn erhalten. Das Oberhaus ist zugleich Reichsversammlung und höchster Gerichtshof. Das Parlamentum wird in der früheren Zeit in Frankreich noch bestimmt von der curia regis (oder der höchsten Gerichtsstelle) als die einzelne periodische Versamm-

in der Octave des Festes. Unter Philipp dem Schönen verlängerte sich das Winter- oder Hauptparlament, welches jetzt gewöhnlich nach dem Martinfeste anfang, bis in den Spätsommer. — Aus der Zwischenzeit bis zu dem nächsten Parlamente wurden die noch gesetzlichen französischen Gerichtsferien, in denen über dringende Sachen nur ein besonders für sie eingesetzter Feriensenat urtheilt. Wie in England die court of common pleas (das commune placitum), die court of exchequer in der doppelten Eigenschaft einer court of common law und einer court of equity, die high court of Chancery, in welcher der Lord Kanzler als Einzelrichter urtheilt, die court of kings-bench und der Gerichtshof der Schatzkammer, so schieden sich in Frankreich mit ursprünglich gleichen Verrichtungen das Parlament als Landesgerichtshof, die Chambre des comptes als Rechnungshof, die Gerichtsbarkeit der trésoriers de la France und der späteren bureaux de finance, als Stelle, bei welcher wie bei der court of exchequer über königliche Lehns- und andere Gefälle mehr im Wege der Behandlung (finem facere, finare) oder der willkürlichen Beschatzung (taxation des profits) als des eigentlichen Rechtes entschieden wurde; die grande Chancellerie als Behörde von welcher Entscheidungen über Ausfertigungen unter königlichem Siegel und Bewilligung außerordentlicher Rechtsmittel ausgingen; das conseil privé des parties, an welches durch proposition d'erreur und requête civile abgeurtheilte Sachen gezogen wurden, wie sie in England durch einen writ of error an die court of kings- jetzt queens-bench kommen und das grand conseil, welches gleich dem englischen Gerichtshofe der Schatzkammer die Zuständigkeitsirrungen unter den verschiedenen Gerichtsbarkeiten zu erledigen hatte⁷⁾.

lung unterschieden. Daher heisst es „in curia regis definitum est“ aber „in hoc parlamento, in parlamento octavarum Candelosae u. s. w. pronuntiatum est.“

7) Urkundliche Einsicht in die Entwicklung der Gerichtsbarkeit der aula regis für England gewähren. Rotulus cancellarii de tertio anno regni Regis Joannis. Lond. 1735. S. Harles Nicolas proceedings and ordin. of the privy council of Engl. London 1834 —

Für Rechtssachen, die an dem königlichen oder den fürstlichen Höfen in den anfänglich kurzen Versammlungen nicht beendigt werden konnten, erhielten an dem Schlusse derselben einige der Mitglieder (*magistri*) des Hofes aus dem geistlichen und weltlichen Stande Vollmacht in anderen Theilen des Reiches oder Landes in gleicher Weise Gericht zu halten, welches als eine Fortsetzung des bei Hofe gehaltenen *placitum* angesehen wurde. In dieser Art folgten den *échi-quiers* der Normandie zu Rouen regelmäfsig die *Echi-quiers* zu Caen (*Cadomum*) und Falaise (*Falesia*).

Die französischen Könige entsendeten ihre *maîtres du parlements* als stellvertretende Vorsitzter in die *Langued'oc*, zur Abhaltung der *échi-quiers* der Normandie und nach Troyes in der Champagne.

Die Gerichtstage an den fürstlichen Höfen und ausserhalb der *Curia Regis* in dem Krongebiete führten wie die periodischen Gerichtstage der Amtleute und Vicegrafen in dem Latein des Mittelalters die Benennung der *assisiae* (*assises*). Man unterschied indess die ersteren von den letzteren als *magnae assisiae*, *assisiae domini Regis*, *magni* dies von den letzteren oder den *assisiae balliviae* (*petits assises*). An die ursprüngliche Bedeutung als Versammlung, in welcher der hohe Clerus und der Adel durch ihre Sitze ausgezeichnet waren, knüpfen sich alle anderen Bedeutungen nur als abgeleitete. Es wurden in den Versammlungen nicht allein Rechtshandel entschieden, sondern auch sonstige Landesangelegenheiten abgemacht, Landesordnungen mit den Baronen beschlossen, neue Ordnungen verkündigt, und Steuervertheilungen vorgenommen. Daher heisst *Assisia* der ordentliche Gerichtstag, das Statut, was auf einer *assisia domini regis* vereinbart wurde, eine gesetzliche Bestimmung überhaupt (das *statute law*) und die Abgabe, welche auf einer *assisia* veranlagt wurde.

In England hat diese Einrichtung sich in den *circuits* der Mitglieder der Gerichtshöfe zu Westminster 1837. 7 vol. Palgrave an essay upon the orig. auth. of the king council. Lond. 1834.

(judices itinerantes⁸⁾, errantes: justices in yre) erhalten. Der Auftrag wird noch gegenwärtig unter dem königlichen Siegel auf eine Mehrheit von Personen als Theilnehmer der aula regis; den Lordkanzler, den Präsidenten des geheimen Rathes, den Lordsiegelbewahrer, zwei Richter der Gerichte von Westminster und einige königliche Anwälte (kings sergeants), oder mindestens auf zwei dieser Personen in der Art gestellt, daß einer oder einige derselben (als quorum⁹)) nothwendig an den Verhandlungen Theil nehmen müssen. Die Eintheilung der circuitus (iters), welche der Auftrag bestimmte, hat in früherer Zeit vielfach gewechselt. Erst später ist die Eintheilung des Reiches in sechs circuits zur Bereisung durch die Richter von Westminster Regel geworden. Das Alter der Nachrichten über die Einrichtung der judices itinerantes ist zufällig. Ihre Uebereinstimmung mit ähnlichen Anordnungen, nicht allein für die Normandie, sondern auch für die nicht englischen Theile Frankreichs setzt außer Zweifel, daß sie nicht, wie gewöhnlich angenommen wird, eine in England erfundene Neuerung ist. Die Vollmacht der reisenden Richter (commissio, warrantum, breve¹⁰)) enthielt unter der Benennung der capitula itineris Geschäftsanweisungen, welchen unverkennbar die karolingischen capitula legationis als Vorbild gedient haben. Insbesondere beschränkte der Auftrag sich nicht auf die Ausübung der Gerichtsbar-

8) Besonders geschah dies in der Normandie. Die herkömmliche Formel bei der Aufzeichnung war: „de habendo consilio — concordatum fuit.“ Auch bei den Urtheilen in Parteisachen wird in den normannischen Urkunden der Ausdruck concordatum fuit“ angewendet. In Frankreich heißt es „arrestatum est“ oder pronuntiatum est per arrestum curiae. Beispiele allgemeiner Verordnungen über die Judenverhältnisse, über Schuldhaft, über Ausübung des Familienretraktes (mercatum bursae) u. s. w. in der Normandie liefert in Menge das Manuscrit de Rosny aus dem Anfange des 14. Jahrhunderts (bibl. du Roi 2110). Mém. de la soc. des ant. p. VII. und 137. suiv.

9) Nach der bekannten Formel in der Vollmachturkunde: „quorum N. sit unus.“ Vergl. Steffen Handb. des engl. Strafrechts, übers. von Mühry (Gött. 1843.) S. 360. u. folg. und hinsichtlich der heutigen central criminal court Anh. S. 591.

10) Glanvilla VIII, 5.

keit in den Sachen, welche der curia regis vorbehalten waren, sondern umfasste auch Verwaltungsangelegenheiten, für welche eine örtliche Behandlung angemessen schien. Dahin gehörte die Ermittlung des veruntreuten Krongutes und der verdunkelten königlichen Gefälle, die Ausführung neuer Anordnungen zu Wiederherstellung der durch Zeitverhältnisse gestörten öffentlichen Ordnung, die Annahme von Beschwerden über Amtsmißbräuche und die Abstellung von Landesbeschwerden.¹¹⁾ Als durch die Ausbildung des

11) Auch der Ort der Sitzungen wurde willkürlich bestimmt. Schon 1108 gab Heinrich I. eine Versicherung, daß künftig durch die Abgeordneten die ordentliche Gerichtsbarkeit der Grafschaften in ihrer Begränzung zu der Zeit der angelsächsischen Könige nicht beeinträchtigt werden solle. „Concedo et praecipio ut amodo comitatus mei et hundredi in illis locis et eisdem terminis sedeant, sicut sederunt in tempore Edwardi regis et non aliter. Ego enim, quando voluero, faciam ea satis summonere propter mea dominica necessaria ad meam voluntatem.“ Houard anc. lois I, 229. Die ursprüngliche Hauptveranlassung zu solchen außerordentlichen auswärtigen Gerichtstagen lag in den vielen Streitigkeiten unter den Baronen über die königlichen Landvertheilungen, über welche die curia regis zu urtheilen hatte. Es ist ohne Grund, wenn man die Einführung der circuitus dem unter Heinrich II 1176 zu Nottingham gehaltenen Concilium zuschreibt. Damals wurden sechs, bei den 1179 auf dem Concilium zu Windsor ertheilten Vollmachten (Anl. II.) nur vier circuitus oder partes gebildet. Unter König Richard erhielten 1194 die justitarii errantes mit besonders ausgedehnten Vollmachten den Befehl, alle einzelnen Grafschaften zu bereisen um in denselben ihre placita und inquisitiones zu halten. In gleicher Weise wurde 1195 eine allgemeine Rundreise veranstaltet, welche den Hauptzweck hatte, die gestörte allgemeine Sicherheit durch Verfolgung der Verbrecher wieder herzustellen. Im Jahre 1198 sind nur drei iters gehalten worden. Auch die curia regis wechselte mit dem königlichen Hoflager. (Sie wurde z. B. außer Westminster 1195—1196 zu Norwich, Oxford und Worcester; 1197—98 zu Bedford und Shrewsbury; 1198 zu Lambeth, Southwark, Bermondsey, Stratford und Clerkenwell gehalten. Die magna charta König Johannis enthält gegen diesen Wechsel die beschränkende Zusicherung „Communia placita non sequantur curiam nostram sed teneantur in aliquo loco certo.“ — Biener (Beitr. S. 241. N. 83.) bemerkt zwar: es habe der Wirkungskreis der judices errantes mit demjenigen der karolingischen missi mehr äussere als innere Aehnlichkeit, weil von ersteren die jurisdictio ordinaria curiae ausgeübt worden sey. Allein auch in der fränkischen Verfassung dienten die placita der missi zu Ergänzung der Gerichtsbarkeit, welche die Könige bei Hofe (in palatio) persönlich ausübten oder durch ihre Pfalzgrafen ausüben ließen. Der Hauptunterschied liegt nur darin, daß die judices itinerantes Mitglieder der curia regis waren, während

gerichtlichen Verfahrens in der curia regis die Rundreisen ein ständiges Bedürfnis wurden, kamen die erweiterten Vollmachten nur in längeren Zwischenräumen als eine außerordentliche Maafsregel vor; so dafs sich zuletzt die Ansicht bildete, es dürfe eine Untersuchung der Amtsführung in den Grafschaften durch die justitarii regis nicht mehr als einmal von sieben zu sieben Jahren stattfinden. In Frankreich wurden die gewöhnlichen Rundreisen durch Einführung der königlichen Amtleute entbehrlich, welche ausser der Zeit der Parlamente ihren beständigen Aufenthalt in ihren Amtsbezirken hatten und von drei zu drei Jahren versetzt oder in die curia regis zurückberufen wurden. Die mit außerordentlichen Vollmachten versehenen Botschafter finden sich hier unter dem Namen der commissaires pour la réformation des abus wieder, welche vorzüglich in dem vierzehnten Jahrhundert von Hofe aus abgeordnet wurden, um von den Ständen der Provinzen gegen Abstellung ihrer Beschwerden Geldbewilligungen mit Umgehung der gefürchteten Generalstände zu erlangen.

§. X. Normannische Quellen für die Geschichte der Geschwornenanstalt.

Als Hauptquelle für die Geschichte der Urtheilsgeschworenen bietet sich die Bearbeitung des normannischen Gewohnheitsrechtes dar, welche in dem lateinischen Texte den Titel einer somma de legibus consuetudinum Normanniae führt ¹⁾. Biener ²⁾ will

in dem ausgedehnten karolingischen Weltreiche die Vollmachten der ordentlichen missi auf einzelne Grafen und Bischöfe der verschiedenen Landestheile gestellt werden mußten. In dieser Hinsicht lassen sich die reisenden Justitiarien eher den missi discurrentes vergleichen, die unter der fränkischen Verfassung nur bei besonderen Veranlassungen von Hofe aus entsendet wurden.

1) Herausgegeben nach einer Handschrift aus der Sammlung von Pierre Pithou durch de Ludewig in Reliquiae manuscriptorum Tom. VII. p. 149 — 418. Den altfranzösischen Text enthält das Coutumier général von Bourdot de Richebourg (T. IV, 1.); der lateinische ist als der ursprüngliche anzusehen. Syst. u. Gesch. I, 49. n. b. Das Werk ist eine Privatarbeit, welche die Darstellung der

diesem Rechtsbuche zwar nur den Werth einer Nebenquelle zugestehen, und betrachtet das Geschwornengericht als eine von England auf die Normandie übertragene Einrichtung. Allein er selbst muß anerkennen, daß sich in dem normannischen Rechtsbuche Einrichtungen bei den Geschwornengerichten vorfinden, welche in England erst nach der Zeit aufgekomen sind, als Philipp August die Normandie dem Könige Johann schon entrissen hatte. Er nimmt daher seine Zuflucht zu der Annahme, daß die Praktiker der Normandie auch nach der Trennung derselben von England ihren Gerichtsgebrauch unter Berücksichtigung der Fortschritte des englischen Rechtes weiter ausgebildet haben möchten. Allein dieser Erklärungsversuch hat wenig innere Wahrscheinlichkeit. Wir wissen, daß nach Einziehung der Normandie die Lehne der normannischen Barone, welche König Johann nach England gefolgt waren, von Philipp August eingezogen und an seine Vasallen vergeben wurden, wie umgekehrt in England die Einziehung der Lehen des Adels, der sich der französischen Herrschaft unterworfen hatte, erfolgte³⁾. Das Bestreben der französischen Könige ging dahin, die Einrichtungen der Normandie, soweit als möglich, denjenigen der übrigen Theile des unmittelbaren Krongebietes gleich zu stellen. Der *échiquier* wurde bekanntlich unter französischer Herrschaft durch Abgeordnete des Parlamentes gehalten, welche den späteren Entwicklungen des englischen Rechtes wohl schwerlich eine besondere Berücksichtigung zu Theil werden ließen. Im Gegentheil ist erweislich, daß in dem dreizehnten Jahrhun-

Gerichtsverfassung und des gerichtlichen Verfahrens zum Hauptgegenstande hat. Seine heutige Form kann es erst nach dem Tode Ludwig des Heiligen (1270) erhalten haben; indess vor 1280, da es in diesem Jahre von Richard Dourbault in französische Reime gebracht wurde.

2) Biener Beitr. S. 230.

3) Die *Rotuli Normanniae* enthalten unter der Rubrik eines *Rotulus de valore terrarum Normannorum inceptus anno regni Regis Johannis sexto* die Abschätzung der für den König in Beschlag genommenen Güter, welche von der Geistlichkeit und den Edelleuten in der Normandie besessen wurden. Hardy Rot. Norm. p. 122.

dert das Parlament zu Paris seine unmittelbare Wirksamkeit auch auf die Normandie auszudehnen suchte. Die über Vernachlässigung der échiquiers geführten Beschwerden bewogen zu Anfange des vierzehnten Jahrhunderts Philipp den Schönen zu dem Versprechen, daß der Échiquier künftig, zu Rouen wenigstens, nach der alten Regel wieder zwei Mal in dem Jahre gehalten werden solle⁴⁾. Es widerspricht sodann die Annahme Biener's dem ganzen Gange der Rechtsbildung, indem umgekehrt seit der normannischen Eroberung, und besonders unter dem Hause Anjou, das Gewohnheitsrecht des nördlichen Frankreichs als Hauptgrundlage der Verfassung und des gerichtlichen Verfahrens für England erscheint. Die von Marnier herausgegebenen älteren Aufzeichnungen über das normannische Recht und die Rechtssprüche der Échiquiers⁵⁾ und das Manuscrit de Rosny⁶⁾ beweisen, daß der Inhalt der *somma de legibus consuetudinum Normanniae* einer einheimischen Rechtsentwicklung angehört, welche sich ihren Haupteigenthümlichkeiten nach schon in der letzten Hälfte des zwölften Jahrhunderts festgestellt hatte. Ihr innerer Zusammenhang mit dem älteren fränkischen Rechte und dem Gewohnheitsrechte der übrigen Theile des nördlichen Frankreichs wird durch die nachfolgende vergleichende Darstellung der die Geschworenen betreffenden Erscheinungen unzweifelhaft werden.

§. XI. Urtheilsgeschworene in Civilsachen.

Der Wahrspruch der Geschworenen nahm zu Anfange des zwölften Jahrhunderts noch eine sehr untergeordnete Stelle in dem Systeme der Beweismittel

4) Ord. pro reform. regni anni 1303 art. 62. „Praeterea propter commodum subjectorum nostrorum et expeditionem causarum proponimus ordinare quod duo parlamenta Parisius et duo scaccaria Rothomagi et dies Trecenses bis tenebuntur in anno.“

5) Marnier Établissements et coutumes, assises et arrêts de l'Échiquier de Normandie au treizième siècle (1207 — 1245). Paris 1839. 8.

6) Mém. de la soc. des antiq. de Norm. XV, 137.

ein, welche in dem nördlichen Frankreich wie in England nach Verschiedenheit der Fälle angewendet zu werden pflegten. Die einfachste und unmittelbarste der Beweisarten („leges“) war das Recordamentum, oder wie es in der Gerichtssprache des französischen Parlamentes genannt wurde, die recordatio curiae. Man verstand darunter das Zeugniß der Gerichtsbeisitzer über dasjenige, was vor Gericht in ihrer Gegenwart mündlich verhandelt worden war ¹⁾. In der Folge wurde es durch die Berufung auf die schriftlichen records der schon damals üblichen rotuli placitorum ersetzt. Anklagen und Ansprüche, welche auf außergerichtliche Verhältnisse gegründet wurden, konnten in der Regel „per legem apparentem“ oder „per corpus“ wahr gemacht werden. Als einzige Form dieses Beweismittels erscheint aus unten vorzulegenden Gründen in der somma nur noch der Zweikampf oder das duelum, welches, wie es in den Kapitularien vorgeschrieben ist, mit Schild und Knittel ausgeführt wurde ²⁾. Beaumanoir hat dem Beweise par „gages de bataille“, obwohl das Kampfrecht zu seiner Zeit aus den königlichen Gerichten schon verschwunden war, wegen des fortwährenden Gebrauches in den Gerichten der Barone eine sehr umständliche Erörterung gewidmet ³⁾. Ein drittes Beweismittel von eingeschränkterer Anwendbarkeit war der Eid, der allein oder mit Eideshelfern (adjutores) geleistet werden mußte. Die somma un-

1) Somma Lib. II, C. L. §. 1. „De lege autem illa quae fit per recordamentum consequenter agendum est. Recordatio autem in laicali curia dicitur quaedam lex a principibus instituta et a subditis generaliter observata, recitans per expressum testimonium recordatorum ea quae in curia placitando dicta fuerint sive facta, vel quae pronuntiata fuerint ut observentur.“ Bei Beaumanoir heisst sie der Beweis „par recort.“ Ch. XXXIX. n. 6. Recordator oder recors ist überhaupt ein Gedächtniszeuge; wie solche auch bei außergerichtlichen Handlungen zu Rechtszwecken, insbesondere bei Vorladungen und Ortsbesichtigungen zugezogen werden mußten. Die somma behandelt die verschiedenen Arten der recordamenta a. a. O. cap. L—LXI.

2) Somma Lib. II, cap. LXIV. Die Beschreibung liefert L. I., c. 2. §§. 3—12.

3) Chap. LXI. Des appiaux. Auch in England war der von der Forderung hergenommene Kunstaussdruck „appellum.“

terscheidet die *lex disresinae* (*desrene*), nach welcher der Eid ein Läugnungsmittel der Behauptungen des Gegners ist, und die *lex probaliae* oder *monstraliae* (*loi prouvable*), nach welcher der Eid zu der Bewahrheitung einer eigenen Handlung des Beweisführers diene⁴⁾. Das Recht, sich des Eides als Läugnungsmittel zu bedienen, kommt in anderen französischen Quellen unter der Benennung des „*se passer par son serement*“ oder „*par la loi*“ vor⁵⁾. Der Eid des Beweisführers findet sich unter der Benennung des „*s'esgarder par droit*“ in den *Établissements de Saint Louis*, wie in dem normannischen Rechte, als Mittel zu der Bewahrheitung vorgeschützter Hindernisse des Erscheinens vor Gericht⁶⁾. Zu diesen Beweisarten kamen aus dem altfränkischen Rechte der „*clamor de haro*“ oder das Verfolgen mit Gerüfte, welches angewendet wurde, um die Betretung auf frischer That festzustellen⁷⁾, und die „*inquisitio per homines circummanentes*“.

4) *Disresina* kommt von *disrationare* (längnen). *Lib. II. c. LXIII.* Der Unterschied von der *Lex probabilia* (*cap. XLII.*) wird (§. 5. a. a. O.) dahin bestimmt: „*probabilia habet semper fieri ad factum suum probandum; disraisina vero ad factum suum negandum.*“ Beispiele einer Anwendung des Beweiseides sind: die Behauptung einer geleisteten Zahlung (§. 6.), welche halbsechst beschworen werden konnte; das *sacramentum in mercatibus et costumationibus* u. a. wenn ein angeblicher Käufer der Forderung einer Waarenabgabe die Behauptung entgensetzte, daß die Sache seine eigene gewesen sey; der Eid, mit welchem eine Krankheit oder andere Ehehaften (*exonia; essoines*) bewahrheitet werden konnten u. s. w.

5) *Beaumanoir* ch. XXX. n. 68.

6) *Établiss.* I, 120. „*Et si est resnable essoine d'eue ou il n'a port; mès len doit venir à l'eue et faire son poir de passer; et qui l'appelleroit de la défaute et il deist que il fust ainsi venus, et en feroit ce que l'en li esgarderoit, si li porroit len esgarder par droit; que, se il osoit jurer que il eust ainsi alé et qu'il eust fit son pouvoir de passer, si seroit quites de la défaute.*“

7) *Somma I, cap. LVI.* Wer das Gerüfte ohne Veranlassung erhoben hatte der verwirkte hierdurch eine besondere Fiskalbusse. „*Non enim debet exclamari nisi in discrimine; ad ignem videlicet vel ad latronem vel in aliquo hujusmodi imminente periculo, ut si quis accepto gladio irruat in alium furibunde.*“ Auf den Ruf mußte jeder, der ihn vernahm, zur Hülfe herbeieilen. §. 4. „*Ad hunc autem clamorem omnes debent exire qui illum audierint, et si maleficium vitae vel membrorum periculosum viderint vel latrocinium propter quod malefactor poenam deberet reportare amissionis vitae vel membrorum, ipsum debent retinere vel clamorem supra di-*

Die karolingische *inquisitio* oder *recognitio veritatis* blieb zunächst in der Anwendung auf diejenigen Fälle beschränkt, für welche die Kapitularien dies Verfahren (besonders eingeschärft hatten. Vor Allem gehörten hierher die Fiskalansprüche. Es bildete sich der Grundsatz, daß in allen Rechtssachen des Königes das Kampfrecht ausgeschlossen sey⁸⁾. Daher war die *inquisitio* außer dem Urkundenbeweise das einzige auf sie anwendbare Beweismittel. Es wurde dasselbe in großer Ausdehnung bei Herrschaftsveränderungen nothwendig, um verheimlichtes Staatsgut an den Fiskus zurückzubringen, Gerichtsbarkeitsverhältnisse festzustellen und andere herrschaftliche Gerechtsame der Verdunkelung zu entziehen. Hiermit stand eine andere Anwendung in unmittelbarer Verbindung, indem man die *inquisitio* auch zu der Ermittlung des Gewohnheitsrechtes benutzte, an welchem die Landesherrn wegen der herkömmlichen Lehensgefälle, Grundabgaben und Frohnden, der Bannrechte, der Früchte der Gerichtsbarkeit, der Rechte auf herrnloses Gut, der von den Gemeinden behaupteten Waldnutzungsrechte und wegen ähnlicher Verhältnisse fiskalisch auf das mannigfaltigste betheiligt waren. Wir finden *inquisitiones* für beide Zwecke unter Wilhelm dem Eroberer, und unter Heinrich II. aus dem Hause Anjou

ctum post ipsum increocere et levare.“ Der über dem „*présent fet*“ Betretene konnte in den benachbarten Gerichtsbezirk verfolgt werden, und mußte, wenn er hier zur Haft kam, dem Gerichte, von welchem die Verfolgung ausgegangen war, verabfolgt werden. Établ. I, 2. Auch Beaumanoir kennt das Gerüfte noch als Beweiserforderniß bei dem *présent fet*. Ch. XXXIX, n. 43. „*En aucune manière doit on bien croire à aucun par le tesmonage de ses mesnie tant solement aveques le presontion de bone recommée. — Si comme se je sui en me meson manans, loins de gent, et larron viennent en me meson par nuit, et je et ma mesnie [meine Hausgenossen] les apercevons et lor corons sus por penre, et les prenous ou ocions — je doi estre creus par le tesmonage de ma mesnie. Mais se je mandie près de gent, si comme en vile, et je ou ma mesnie ne levions cri par quoi les voisins l'oient, perix seroit c'on ne m'en peust encuper [inculper].*“

8) Den Grundsatz des englischen Rechtes „*dominus rex non pugnat*“ dehnte das französische Recht bei Rechtsstreitigkeiten über Vermögensgegenstände auch auf die Söhne des Königes aus. Beaumanoir ch. I, n. 25. „*— fix de Roi ne se doit pas combattre à son home por plaet de mueble, por catiex ne por heritage.*“

nach ihrer Besteigung des englischen Thrones; von Philipp August nach der Einziehung der Normandie, und von den späteren französischen Königen bei neuen Erweiterungen des unmittelbaren Krongebietes⁹⁾. Sehr bezeichnend für den Zusammenhang der Urtheilsgeschwornen mit dem karolingischen Rechte ist, daß die Geschwornen ihren Ausspruch in der nämlichen Form gaben, in welcher die Aussage schon unter Ludwig dem Frommen nach den mitgetheilten burgundischen Urkunden abgelegt zu werden pflegte, indem die Erklärung dahin geht „cujus terra esse deberet rectius“ oder „utrum A vel B majus jus habeat in

9) „— per praeceptum regis Willelmi electi sunt de singulis totius Angliae comitatibus XII viri sapientiores, quibus jurejurando injunctum fuit coram Rege Willelmo, ut quoad possent, recto tramite neque ad dextram neque ad sinistram declinantes legum suarum et consuetudinum sancita patefacerent, nil praetermittentes, nil addentes nil praevericando mittentes.“ Chron. Lichf. Anc. laws p. V. n. 1. Die ältesten Aufzeichnungen über das normannische Recht, welche Marnier herausgegeben hat, bestehen zum großen Theil aus solchen enquestes, welche hier schon die Benennung der jurée führen. Stücke einer solchen „els tens le roi Henri“ (p. 48—50.) durch zwölf benannte Personen „et par plusieurs autres“ beziehen sich auf die garde féodale, das Strandrecht, die gefundenen Schätze und den Umfang der herzoglichen Strafgerichtsbarkeit. Unter Philipp August kommt eine aus vierundzwanzig Personen bestehende also verdoppelte jurée in dem November 1205 vor (p. 79—85.), welche vorzüglich die Verhältnisse zu der geistlichen Gerichtsbarkeit betrifft. Eine andere jurée von zwanzig Personen (p. 85) hat die Abgaben von den in dem Hafen zu Caen einlaufenden Schiffen zum Gegenstande. Von den Abschriften königlicher Urkunden, welche Philipp Augusts Kanzler Guérin 1220 veranstaltete, haben sich unter der Ueberschrift „inquisitiones factae de mandato domini Regis“ hundert und zweiunddreißig Zeugenverhöre erhalten, welche nach den aus der Sammlung von Beugnot (les Olim Vol. I, p. 959—964.) mitgetheilten Auszügen größtentheils einzelne königliche Gerechtsame und Güterverhältnisse sowohl in der Normandie als in anderen Reichstheilen betreffen. Aus der Abfassung geht deutlich hervor, daß unter den vernommenen Personen eine Auswahl, in den meisten Fällen von einigen über zwölf, getroffen wurde, welche man das Ergebniss der Vernehmung zusammen beschwören liefs. So heisst es z. B. n. VIII. „Inquisitio de valore reddituum Falesiae qui reddebantur tempore quo rex Richardus ivit ultra mare, quam hii juraverunt —“ n. X. „Milites et servientes de Wulquasino Normanniae dicunt jurati —. Milites de Wulquasino Franciae jurati dixerunt —“ und an dem Schlusse: „isti juraverunt“ mit Benennung von dreizehn Personen. N. XII. „Recognitio facta inter dominum Regem et episcopum Ebroicensem super missione de firmitate villae per istos juratos scilicet etc. — qui jurati dixerunt unanimiter.“

terra ista“¹⁰⁾. Die Zwölferzahl, welche in England für die Urtheilsgeschwornen allgemein Norm wurde, erklärt sich daher, daß man wenigstens so viele Personen für nöthig hielt, als auch zu der vollständigen Besetzung eines königlichen oder fürstlichen Hofgerichtes für erforderlich angesehen wurden¹¹⁾. Außer der jureia in Fiskalsachen findet der Wahrspruch von Geschwornen in dem zwölften Jahrhundert fast allein in denjenigen Civilstreitigkeiten statt, für welche ihre Benutzung schon in der karolingischen Periode gesetz-

10) Glanvilla II, c. 13. „Potest autem quis se ponere in assisiam de servitio, de terra, et desuper de Demanda servitii et de jure advocacionis alicujus ecclesiae, non solum versus extraneum sed etiam versus Dominum; scilicet ut cognoscatur quis eorum, videlicet utrum dominus majus jus habeat hanc retinendi in dominico an Vasallus hanc tenendi hanc de eo.“ Vgl. n. 11, 12.

11) Ueber den Zusammenhang dieser Ansicht mit der Annahme der Zwölferzahl für die ursprüngliche Pärre in Frankreich s. das Verf. System I, S. 173. Das Verfahren vor der assisia in England wird von Glanvilla (II, 17.) so beschrieben: „Procedente autem Assisia ad faciendam recognitionem ipsam aut bene notum est jus ipsum ipsis juratoribus, aut quidam nesciunt, aut omnes ignorant. Si nulli eorum rei veritatem inde sciverint et hoc in curia super sacramentum eorum testati sint sive fuerint, ad alios decurrendum erit, donec tales inveniantur qui rei veritatem inde scierint. Sin autem quidam eorum veritatem sciant quidam non, rejectis ignorantibus alii quidam vocandi sunt ad curiam, donec duodecim ad minus reperiantur inde concordantes. Item si quidam eorum dixerit pro uno, quidam pro alio litigantium, adjiciendi sunt alii donec duodecim ad minus in alterutram partem concorditer adquieverint. Jurare autem quilibet eorum debet qui ad hoc vocati sunt, quod non falsum inde dicent nec veritatem tacebunt scienter. Ad scientiam autem eorum qui super hoc jurant inde habendam exigitur quod per proprium visum suum et auditum illius rei habuerint vel per verba patrum suorum et per talia quibus fidem teneantur habere ut propriis. c. 18. Cum autem apparuerint duodecim milites ad recognitionem faciendam de rei veritate certi, tunc procedat assisa, recognitione quis eorum, vel petens vel tenens majus jus habeat in re petita. Quodsi dixerint ipsum tenentem majus jus inde habere, vel alia dixerint per quae sufficienter constet domino Regi vel justitiis suis, quod idem majus jus habeat in terra petita, tunc quidem per considerationem curiae dimittetur ipse quitus a clameo petentis in perpetuum, ita quod petens ipse de cetero nunquam inde audietur in curia cum effectu; lites enim per magnam assisiam domini Regis legitime decisae nulla occasione rite resuscitantur in posterum. Sin autem per assisiam ipsam pro petento fuerit judicatum in curia tunc adversarius suus terram petitam amittet cum fructibus et commoditatibus omnibus in terra ipsa tempore seisinæ inventis eidem restituendam.“

lich oder herkömmlich war. Das Verfahren führt vorherrschend in Privatsachen die schon aus der karolingischen Zeit bekannte Benennung einer *recognitio veritatis* oder *recognitio*; normannisch „*requenoissant*“. Die drei Hauptfälle des Gebrauches, welche aus dem älteren normannischen und englischen Rechte hervorgehen, sind die *nova desseina*, die *sesina antecessoris* und die *ultima praesentatio ad ecclesias* ¹²⁾; also sämmtlich Fälle, welche den jüngsten nur den Merkmalen nach verschieden bestimmten Besitzstand zum Gegenstande haben, und daher besonders geeignet waren durch das Zeugniß der Nachbarleute aufgeklärt zu werden. Unter der *nova desseina* wurde die Störung in dem Besitze einer unbeweglichen Sache verstanden, welche der Kläger Jahr und Tag vor der erlittenen Störung in seiner Gewähre gehabt hatte ¹³⁾. In der Normandie rechnete man ein Jahr rückwärts von dem ersten August, welcher der Störung vorherging. Der Anspruch auf Handhabung in dem Besitze, den der Erblasser Jahr und Tag vor seinem Tode gehabt hatte, beruhte auf dem Grundsatz: „*le mort saisit le vif*“.

12) Als ordentliche Fälle der *recognitio* werden dieselben ausdrücklich in der *magna charta* König Johannis zusammengestellt. „*Recognitiones de nova desseina, et de morte antecessoris et de ultima praesentatione non capiantur nisi in suis civitatibus — et capitalis noster Justitiarius mittet duos justitios nostros per unumquemque comitatum semel in anno, qui cum militibus comitatum capiant in comitatibus assisas praedictas.*“

13) Établiss. (de St. Louis 65. „*Se aucuns hons vient à son seigneur, soit gentishons ou coustumiers pourquoi li sires ait voerie en sa terre, et li die: Sire uns riche hons est venu a moy d'une meson ou de pré ou de vignes ou de terres ou de cens ou d'autres choses, et m'a desseisi de nouvelle desseine, que je exploitié au seû et au veû en servage de seigneur jusques à ore, que il m'en a dessaisi à tort et à force dont je vous pris que vous pregniez la chose en votre main. Li sire li doit respondre: si ferai-je, se vous metez pleiges à poursuivre le plet etc.*“ Vgl. II, 6. Beaumanoir Ch. XXXII. unterscheidet (s. bes. N. 1., 2. und 28, vergl. mit ch. XXXIII. N. 1.) *force*, *novel dessaisine* und *novel torble*, bei welchem der Besitz nicht entzogen, sondern nur durch Eingriffe gestört wird. Die späteren *coutumes* behandeln nur die *complainte en cas de nouvelle dessaisine*, weil das Einschreiten in dem Falle gewaltsamer Entsetzung als Ausfluß der königlichen Justizhoheit nicht Gegenstand der Ortsrechte seyn konnte. Dagegen unterscheidet die *Ord. civ. du mois d'avril 1667* bestimmt die *réinte*

Das Verfahren bei solchen Besitzstreitigkeiten nahm damit seinen Anfang, daß der König oder Herzog einen schriftlichen Befehl (*breve, breve scriptum, writ*) an den Vicegrafen oder Amtmann erließ, welcher dahin ging, den Streitgegenstand an dem Orte durch Besichtigung festzustellen, die Eingesessenen der Nachbarschaft in hinreichender Anzahl vor den nächsten ordentlichen Gerichtstag zu Abgabe ihres eidlichen Zeugnisses zu bescheiden, unterdeß aber die streitige Sache kraft des angenommenen landesfürstlichen Obereigenthumes an dem ganzen Landesgebiete in Beschlag zu nehmen, oder wenigstens kraft der fürstlichen Pflicht zu Handhabung des Landfriedens die streitenden Theile zur einstweiligen Ruhe zu verweisen. Die Beschlagnahme fand in dem mittleren Frankreich, die bloße Verweisung zur Ruhe in der Normandie Anwendung.

In Frankreich nahm das Verfahren in der Folge dadurch eine andere Wendung, daß man bei gewöhnlichen Störungen annahm, die entzogene Gewähre bestehe so lange wirklich fort, bis der Entsetzende durch Besitz von Jahr und Tag selbst eine rechtlich geschützte Gewähre erworben habe. Daher hielt man einen königlichen Befehl nicht mehr zur Einleitung des Verfahrens für nothwendig, sondern ließ die Klage auf Handhabung in der Gewähre zu, wenn sie in Zeit von Jahr und Tag erhoben wurde; wie noch in dem heutigen Rechte die *complainte* bei Besitzstörungen Besitz von mindestens einem Jahre vor der Störung und Anstellung der Besitzklage in dem Jahre nach derselben erfordert. Wenn aber die Störung gewaltsam erfolgt war (*en cas de réintégrande*), so sah man nicht auf die Dauer des der Störung vorhergegangenen Besitzes, sondern es wurde als eine auf das kanonische Recht zurückgeführte landesherrliche Befugniss ange-

grande von der einfachen *complainte* (XVIII. art. 2, 3.). Die heutige Gesetzgebung hat den Besitzschutz auf den Fall der Verletzung einer durch Jahresbesitz erworbenen *saisine* eingeschränkt (C. proc. art. 23.). Der *cas de réintégrande* (C. civ. a. 2060.) ist nur noch dadurch ausgezeichnet, daß wegen der Entschädigungen die Verurtheilung mit Unterwerfung unter den Personalarrest ausgesprochen werden soll.

sehen in der alten Weise mit einem Befehle und der Beschlagnahme einzuschreiten¹⁴⁾.

In dem normannischen und englischen Rechte erhielt sich für alle Fälle die ursprüngliche Form der Einleitung des Verfahrens¹⁵⁾.

14) Das Breve an den Vicegrafen lautete nach der *somma* (II. c. 29. §. 1.) „*Praecipe Titio quod juste et sine mora ressaissiat Sejum [ita leg. pro: betum] de terra apud betum de qua dessaissavit eum injuste et sine judicio post ultimum augustum ante illum. Quod nisi fecerit submone recognitionem de visneto [vicineto], quod sit ad primas assisias bailliviae. Terram interim videri facias et esse in pace.*“ Vergl. mit *Établ. de Norm.* p. 53, 20, 99, 101, 120, 136, 153. Mit der Stelle aus den *Établ. de St. Louis* (N. 104.) ist zu vergleichen p. 17.: „*Le aucuns puissenz plede contre son fueble voisin et li velt tolir sa terre par plet, por ce que il se fie en sa richesse et em force de champions et non pas en notre segneur, e li povres hom est em possession de la terre; il aura le requenoissent de XII chevalier on vavasseurs par leur serement, li quieux a gregneur droit en celle terre, se bataille n'en a ja este' gagiée; mes se il n'est pas em possession il n'aura pas le requenoissant. E se li puissanz homs est convaincu de la cause, il remaint en la merci le duc de toz ses chatex por la fause demande [vergl. Beaumanoir XXXII. N. 28.] et au povre home remaint sa terre.*“ p. 21.: „*Nus requenoissanz ne sera fez forz par le brief le duc ou à sa justice.*“ Die *Visio terae* (le jour de vue) kommt in dem französischen Prozeß des Mittelalters bei allen Streitigkeiten über Grundstücke vor, auch wenn sie nicht durch requenoissent entschieden wurden. *Établ. de Norm.* p. 21. „*De veue de terre. Il convient en toz requenoissenz que cil qui jurent voient les terres et les mesons ou les caves ou les bois ou les autres choses de quoi li seremenz doit estre fez; e autresi li champion ainz que il jurent.*“ Beaumanoir Ch. IX. „— de cas où jours de veue appartient.“ Bei dem requenoissant wurden die Geschwornen an der besichtigten Stelle selbst ausgewählt. *Établ. de Norm.* p. 22. „*Li jureur soient esleu léalment sur la veue de la terre, tel qui ne soient del lignage à l'une partie ne à l'autre, ne leur home, ne qui aient vers aus aucun signe de haine.*“ Vergl. p. 21. Schlusssabs. Das breve de antecessoris saisina lautete (*somma* II. c. 34. §. 1.) „*Si Titius dederit plegios de clamore suo prosequendo submone recognitionem de visneto quod sit ad primas assisias bailliviae ad recognoscendum utrum Cato erat saisitus in hoc anno quo obiit de terra, quam ei disforciat Sejus apud Cambam et quomodo et utrum sit propinquior ad habendam illam exaetam. Terra interim videatur per eos et sit in pace.*“ Vergl. *Établ. de Norm.* p. 54, 118, 123, 170, 187, 188. Die Form für das breve de jure patronatus giebt die *somma* I. II. c. XXXIX. §. 1. „*Si Titius plegios dederit — submone recognitionem patriae ad recognoscendum utrum quis personam ultimo mortuam praesentavit ad ecclesiam Vernolii quam Cato disforciat eidem. Interim ecclesiam videas et sit in pace.*“ Vergl. *Établ. de Normandie* p. 20, 56, 99, 115, 126, 141, 146, 156, 176, 179, 181.

15) Vergl. die in dem Texte §. IV. mitgetheilte Stelle aus dem Cap. II. a. 819.

Eine besondere Begünstigung wurde die Zulassung des Beweises durch Geschworene für Unmündige, für Wittwen und für Unterthanen, welche gegen ihre Grundherrn über Erpressungen Klage zu führen hatten. Der Gerichtsgebrauch steht auch hier in unverkennbarer Verbindung mit der Vorschrift der Kapitularen, nach welcher Armen oder sonst hilflosen Personen durch eine von Amtswegen vorzunehmende inquisitio ihr Recht verschafft werden sollte.

Gegen Eigenthumsansprüche bedurften die Unmündigen eines besonderen Schutzes nicht, weil sich in dem Rechte des Mittelalters der Grundsatz des fränkischen Rechtes erhielt, daß petitorische Klagen gegen dieselben bis zu erreichter Volljährigkeit ausgesetzt bleiben mußten¹⁶⁾. Anders verhielt es sich mit Besitzstreitigkeiten. Hier wurde ihnen während der Dauer der Unmündigkeit das Breve de saisina antecessoris ohne Rücksicht auf die Zeit der Entsetzung bewilligt¹⁷⁾.

Die Wittwen konnten bei allen Streitigkeiten über die Morgengabe und ihr Witthum Beweiserhebung durch Geschworene in Anspruch nehmen¹⁸⁾.

16) Lex Rib. Tit. LXXXIII. „Si quis homo Ripuarius defunctus fuerit vel interfectus et filium reliquerit usque ad quintum decimum annum nec causam prosequatur nec in iudicio interpellatus respondeat. Quindecimo autem anno aut ipse respondat aut defensorem eligat. Similiter et filia.“ Etabliss. de St. Louis 1, 82. Beaumanoir ch. XVII. Etabliss. de Norm. p. 8. „Si orfelins aura la sesine de l'éritage telle comme ses pères ot alior que il morut, ne il n'est pas tenuz a respondre en dévant que il soit de tel aage qu'il puisse desfandre l'éritage de sa main. Li aages est establiz à ce est XXI an; car lors ont il discrécion et pooir.“

17) Somma II. c. 34. §. 3. „Notandum tamen est quod nullus annos discretionis jam attingens ex consuetudine Normanniae hanc recognitionem habebit, nisi breve ceperit infra diem et annum, quo antecessoris illius mors fuerit communiter publicata cujus saisinam nititur obtinere. Illis autem qui nondum annos discretionis attigerunt nulla temporis diuturnitas praejudicat quin habeant inquisitionem supra dictam.“ Établ. de Norm. p. 8. „Que li puissanz ne face al non poant et al innocent outrage il est établi que par la jurée de XII leaus homes del visné sera monstrée la sésine au père tele comm il l'avoit le jor que il morut.“

18) Établ. de Norm. 63. „Toutes les doutes qui nissent de doère sont terminées en jugement par enquestes ou par demandes que li juges fet.“ Die letzteren Worte erklären sich durch die

Zu dem Schutze der Gutshörigen gegen Ueberforderungen wurde das Breve de superdemanda bewilligt ¹⁹⁾.

Wenn zwei oder drei unter zwölf vernommenen Nachbarleuten sich nicht wissend erklärten, so begnügte man sich in diesen begünstigten Streitsachen mit der einstimmigen Aussage von neun derselben ²⁰⁾. Allmählig erhielt die Ermittlung durch Geschworene als Mittel zu Vermeidung des Zweikampfs, dem sich die Sitte schon abzuwenden anfang, eine weitere Anwendung, besonders dadurch, dafs man dem Beklag-

§. IV. angeführte Stelle aus dem Cap. 819. c. 1., nach welcher das Sachverhältnifs von dem Richter auch durch uneidliche Aussagen ermittelt werden konnte. Die Klägerin erhielt ein breve maritagii impediti (somma II. c. 36. §. 7.) dahin: „Si M. tibi dederit plegios de clamore suo prosequendo submone recognitionem patriae quod sit ad primas assisias bailliviae ad recognoscendum, utrum terra quam ei Cato disforciat sit de ejus maritagio vel hereditate ejus, ad quem ea devoluta, et utrum S. maritus ejus, qui in hoc anno obiit, illud eidem impedit et quomodo. Terra videatur et sit in pace.“ Die Erläuterung der Worte utrum S. maritus u. s. w. geben §. 2. „— vir uxori suae dicitur maritagium impedire cum illud a saisina quocunque modo patitur declinare“ und §. 3.: „Nec ea, eo vivente, aliquid de praedictis potest vendere vel impedire in ejus absentia; sed ejus factum potest revocare et irritare.“ Wegen des Witthumes wurde das breve so ertheilt (II. c. 37. §. 8.): „Si M. dederit tibi plegios — submone — ad recognoscendum: utrum N. maritus suus erat saisitus quando eam duxit in uxorem de terra apud Valonium, modo quo eam dotare posset et deberet; cujus dotem ei disforciat T. minus juste, sicut dicit. Visionem terrae u. s. w.“

19) Somma II. c. 43. §. 1. „Et defensione hujusmodi brevii uti possunt omnes illi qui terras vel feoda possident, de quibus domini feodorum faisancias requirunt ampliores quam de feodis habere debent per eorum possessores.“ Die Formel geben §§. 3. u. 4. „Quaeritur N. quod Titius injuste exigit ab eo servitium secandi guerbas suas ratione feodi sui quod tenet de eodem. Unde petit stabilimentum domini regis: quis majus jus habeat, ipse tenens cui disforciat vel exigens, ratione feodi praenotati. Propter quod, si dederit plegios — submone recognitionem de visneto — ad proferendum super hoc veritatem. Interim visio teneatur u. s. w.“

20) Etabl. p. 20. „— si li dui ou li troi se font non sachant de la verité de la chose elle soit terminée par les IX. se il se vent la verité.“ Vergl. p. 18. am Ende. Hieraus erklärt sich das schwankende Zahlenverhältnifs der jurati bei der inquisitio, welches oft um einige Personen hinter zwölf zurückbleibt, oder diese Zahl um einige übersteigt, da man auch wohl der Vorsicht wegen die Zahl der zu verhörenden Personen verstärkte, und wenn der Unterschied nicht erheblich war, alle Wissenden mit dem Eide belegte.

ten gesetzlich freistellte, bei Eigenthumsansprüchen zwischen dem Zweikampfe und der Berufung auf das Zeugniß der Nachbarschaft zu wählen ²¹⁾. Allein in solchen Fällen wurde ein einstimmiges dem Beklagten günstiges Zeugniß der vollen Anzahl von zwölf Geschworenen verlangt. Erklärte sich zwar die Mehrheit für den Beklagten, aber es widersprach einer, oder zwei erklärten sich nichtwissend, so gewann der Kläger hiermit nicht, sondern es konnte von dem Beklagten noch Entscheidung durch das Kampfrecht verlangt werden ²²⁾.

Die Personen, welche ihre Aussage eidlich ablegten, wurden als Wahrheitzeugen, nicht als Urtheiler angesehen. Sie wurden daher als straffällig behandelt, wenn sie des Meineides geständig wurden oder überführt werden konnten ²³⁾.

Die gesetzliche Anwendung der *recognitio* blieb strenge auf Verhältnisse beschränkt, welche ihrer Beschaffenheit nach der Gemeinkunde anheim fielen. So konnten fromme Zuwendungen, welche vor wenigen Personen vollzogen worden waren, nur durch Gedächtniszeugen bewiesen werden. Der Beweis *par requeñois*-

21) Hierauf bezieht sich das s. g. *breve de stabilia*, welches dem Beklagten mit der Formel (*somma II, 42. §. 3.*) ertheilt wurde: „Queritur N. quod S. injuste exigit ab eo quandam terram apud Vallonium, unde petit domini principis Normanniae stabiliam ad recognitionem, quis majus jus habeat in illa, ille qui tenet an ille qui exigit. Plegiis prius receptis de stabilia proseguenda et visoribus ad visionem submonitis visioneque sustentata dies ipsis et adversis partibus assignetur.“ Établ. p. 73.

22) Établ. p. 75. „Cil por qui tuit li jureeur diront par un accort guaengera. Se un des XII. contredit as XI. ou li dui sont non sachant li requeñoissanz ne vaut riens; ainz doit l'en recorre à prover par bataille. Das nämliche war der Fall bei den *brevia de feodo et vadio* (*somma II, c. 40.*) oder *de feodo et firma* (*II, 41.*), welche dem Kläger gegen den Pfandbesitzer oder Pächter gegeben wurden. Établ. p. 76.

23) Glanv. II, 19. „Poena — in hac assisa temere jurantium ordinaria est et ipsi regali institutioni eleganter inserta. Si enim ipsi juratores perjurasse in curia legitime fuerint convicti vel in jure confessi, omnibus catallis et rebus mobilibus spoliabuntur, Domino Regi eisdem applicandis, de clementia autem principis maxima salvis eis tenementis solis liberis. Praeterea in carcerem detrudentur et ibi per annum ad minus in prisona detinebuntur; insuper de cetero legem terrae amittentes perpetuam infamiae notam inde merito incurrent.“

sant war zulässig, wenn die Schenkung in der Kirche vor den Pfarrgenossen stattgefunden hatte ²⁴).

Indefs es blieb den streitenden Theilen überlassen freiwillig Streitigkeiten jeder Art dem Wahrspruche von selbstgewählten Geschworenen zu unterwerfen. Diese Art der Beweisführung war bei jedem Gerichte zulässig, wogegen die *recognitio* ausschliessend vor den landesherrlichen Gerichtshof gehörte, und allein den Namen eines *requenoissent* führte. Erfolgte eine solche Einigung in einer schon anhängigen der königlichen Gerichtsbarkeit unterworfenen Sache, so bedienen sich die englischen Werke späterer Zeit, insbesondere Bracton, Britton und Fleta des Ausdruckes „*assisia vertitur in juratam*“, wobei der Ausdruck *Assisia* nur das gesetzliche dem Falle entsprechende Verfahren der *curia* bedeutet. Der Wahrspruch der selbstgewählten Geschworenen konnte hier nicht durch Beweis des Meineides umgestossen werden, weil es Vertrag unter den Parteien war deren Erklärung als richtig unter sich gelten zu lassen ²⁵).

Als der Zweikampf mit den Zeitansichten nicht länger bestehen konnte, wurde in England, wo die

24) Établ. p. 40. „Il avient sovant que aucun lai donnent à aucune yglise terre en almosne pardevant esvesques et par devant pleuseur clerc et poi de lai; et dedanz l'an que cil dons est fez li laiz veut tolir ou ses oirs cette terre à l'iglise par requenoissant. Savoir mon, se ce est lais fiez ou almosne? il n'aura pas le requenoissant, quar li visnez ne set rien del don, mès la verite sera enquise par le léal testemoine de l'evesque et de ceus qui furent al don. Mès se il avient que li dons soit fez en une yglise par devant les paroissiens, lors en porra requenoissenz estre fez, se plez est meuz entre le lai et le provoire.“ Aus dem nämlichen Grunde konnte nach Bracton III, 18 bei der Anklage wegen des seiner Natur nach heimlichen Verbrechens der Vergiftung der Angeklagte sich nicht auf die *patria* berufen.

25) Die hierher gehörigen Stellen des englischen Rechtes sind bei Biener Beitr. S. 261. N. 73, 74. nachgewiesen. Es findet sich die Unterscheidung indels schon weit früher in derselben Weise in dem normannischen Gerichtsgebrauche. Établ. p. 37. „Des jurées. Il loist à toz homes à tenir jurée en leurs corz de toz chatex et d'éritage, et à eslire les jureeurs par l'assentement à l'une partie et à l'autre. E ce n'apelle l'em pas requenoissent; — mès jurée de défaute et de fame prise à force et de multre, et de roberie fete en tens de pès et de cels qui sont fiutif por aucun crime, cist plez et ces jurées ne pueent estre tenu forz en la cort le duc.“

Aufhebung gesetzlich erst 1819 erfolgte, auf dem Wege des Herkommens die allgemeine Form der Beweisführung in Civilsachen. In Frankreich hat der Gerichtsgebrauch diese Richtung nicht nehmen können, weil bekanntlich schon Ludwig der heilige den Zweikampf in den königlichen Gerichten abschaffte und Philipp der Schöne ihn auch aus den Gerichten der Barone für Civilsachen verdrängte. Es wurde die *preuve par témoins* das gesetzlich allgemeine Beweismittel. Die Form der *enquête* oder *inquisitio* ist in der ersten Zeit der Veränderung noch ganz die ursprüngliche; aber bei der Uebertragung von Besitzstreitigkeiten auf Rechtssachen jeder Art, insbesondere auf Vertragverhältnisse konnte die Wahl der Zeugen aus der Nachbarschaft und das Erforderniß einer größeren Anzahl nicht beibehalten werden. Man nahm vielmehr die Grundsätze des römischen und kanonischen Rechtes an, nach denen schon zwei oder drei Augenzeugen vollständig beweisen; indess ohne den Vermuthungsbeweis auszuschließen und ohne sich an feste Beweisregeln zu binden. Die Gesetzgebung des sechszehnten Jahrhunderts machte den Zeugenbeweis überhaupt zur Ausnahme, und beseitigte also für Civilsachen das Bedürfniß, welchem die Civiljury in England ihre allgemeine Anwendung verdankt. Auf das Verfahren in Frankreich hatte die Aenderung den wohlthätigen Einfluß, daß hierdurch verbunden mit der Errichtung von Provinzialparlamenten die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Verhandlungen erhalten blieb, während die *Olim's* zeigen, daß bei den *enquestes* auf das schriftlich Verhandelte geurtheilt wurde.

§. XIII. Uebertragung des Wahrspruches auf Straffälle.

Auf Verbrechen ist die Beweiserhebung durch Geschworne ursprünglich nur von beschränkter Anwendung gewesen. Am frühesten fand sie statt, wo Reinigungseid und Gottesurtheile unanwendbar waren, wenn ein Erblasser in dem Rufe stand nach damaligen Grund-

sätzen unerlaubte Zinsgeschäfte betrieben zu haben ¹⁾). In diesem Falle glaubten die Könige, und nach ihrem Vorgange die Landesherrn die Erben von dem Gewissensdrucke des unrecht gewonnenen Gutes nicht besser befreien zu können, als wenn sie das sündliche Treiben des Zinsgeschäftes durch eine *jureia super quaestibus illicitis defuncti* anerkennen ließen, und dann das bewegliche Vermögen als verwirkt zu ihrem Vortheile einzögen ²⁾).

Eduard der Bekenner wurde mit diesem fränkischen Grundsatz während seiner Flucht vor den Dänen an dem französischen Königshofe bekannt, und übertrug ihn nach seiner Thronbesteigung auf England. Dem nämlichen Gesetze, durch welches dies geschah, wird auch eine weitere Anwendung der Untersuchung durch Geschworene bei Viehkäufen zugeschrieben. Es sollte der Käufer, gegen welchen ein Stück Vieh als gestohlenen Gut in Anspruch genommen wurde, wenn er seinen Vormann nicht gesetzlich nach-

1) Die Kapitularien bestätigen zwar das kirchliche Verbot der Zinsgeschäfte auch für Laien. Cap. 789. c. 5.; Cap. I. 809. c. 34. Aber die Handhabung desselben blieb zunächst der Anwendung kirchlicher Zwangs- und Strafmittel überlassen. Nur wo diese sich als unwirksam erwiesen, sollte der weltliche Arm den Bischöfen zu Hülfe kommen. Cap. Loth. Tit. III. c. 19.

2) Bei einer *jurée*, welche 1205 zu Rouen gehalten wurde, erklärten die Geschwornen: „que l'usurier tandis comme il est el lit de maladie, se il départ aucune chose de sa main, ce est estable; et après sa mort tout sera le roi, se il peut estre prové que il oit presté à usure dedanz l'an que il mourût." Établ. p. 82. Établ. de St. Louis I, 86. „Quand en la terre au baron a aucun usurier, ou en quelque terre que ce soit, et il en est proové, li muebles si doivent estre au baron, et puis si doivent estre pugnî par sainte église pour le péché." Der usurier wurde hierin dem Ungläubigen und Häretiker gleich gestellt. Das Konfiskationsrecht gegen letztere gründen die Établ. (I, 85.) auf c. 20. X. de V. S. und auf das Herkommen. Die Anwendung der *jureia* auf usuriers ergeben Établ. de Norm. p. 34. „Se aucuns usuriers muert et il est atainz par le serement de XII. de ses voisins que il ait maintenu usure dedanz l'an et le jor que il muert, li dus aura toz ses chatiez." Vergl. Glanvilla VII, 16. Es findet sich aber das nämliche Verfahren auch in anderen Theilen Frankreichs, und war eine der Bedrückungen, gegen welche die Stadtgemeinden sich durch ihre Privilegien zu schützen suchten. Die Charta communiae für Poitiers (1222) sagt art. 15. „Volumus quod nullus eorum possit reptari de usura, nec *jureia* fiat super eam vel super heredes ejus post mortem suam."

weisen konnte, einer Prüfung seines guten Rufes durch Geschworne unterworfen werden, und nur, wenn das Zeugniß günstig ausfiel, zur eidlichen Reinigung von dem Verdachte eines unredlichen Erwerbes verstattet werden. Dies Gesetz, von welchem gesagt wird, daß es große Unzufriedenheit erregt habe, ist die einzige sichere Spur einer Bekanntschaft der Engländer mit der Geschwornenanstalt in der vornormannischen Zeit³⁾.

Die Anwendung der Untersuchung durch Geschworne auf das Strafverfahren gegen Lebende erklärt sich aus dem Gerichtsgebrauche, welcher in Rügenfällen beobachtet wurde. Seit Anklagen jeder Art durch die Forderung zu dem Zweikampfe bewahrheitet werden konnten, blieb, wenn kein Ankläger vorhanden war, das Gottesurtheil das einzige Mittel, welches sich bei der Bezüchtigung eines Verbrechens der Reinigung in dem Kampfringe gleich stellen liefs. Es bildete daher in dem Anfange des dreizehnten Jahrhunderts das Ordale die Regel, sowohl bei der Verfolgung von Amtswegen, als wenn ein Angeklagter kampfunfähig war. Gegen geringere Stände war hierbei anstatt der

3) Leg. Edowardi c. 37. „De Usuariis. Usuarios quoque defendit Rex Edwardus, ne remaneret aliquis in toto Regno suo, et si quis inde convictus esset, quod foenus exigeret, omni substantia propria careret, et postea pro exlege haberetur. Hoc autem asserbat ipse Rex se audisse in curia Regis Francorum dum ibidem moraretur, quod usura radix omnium vitiorum esset. C. 38. De Emptionibus sine fide jussoribus, quod anglice dicitur Fastermannes. Prohibitum erat etiam in eadem lege, ne quis emeret vivum animal vel pannum usatum sine plegiis et bonis testibus. Si esset opus aureum vel argenteum unde emptor dubitare possit, non emeret absque aurifabris vel monetariis; qui, si vidissent quod esset de Ecclesia vel de thesauro, non emisset sine plegio. Si venditor careret plegiis, retineretur cum censu donec venisset dominus ejus, vel alter qui posset bene eum warrantizare. Si quis hominum aliter emeret, quod stulte emisset cito perdet et forisfacturam. Postea inquisisset justitia per Lagamannos et per meliores homines de Burgo vel de Villa vel de Hundredo ubi mansisset emptor, et de quali vita fuisset, et si unquam audissent eum calumniari de exlegalitate; quod si testarentur eum de bona vita et legalitate, purgaret se judicio comitatus quod venditorem nesciret reum de hac venditione nec de aliqua alia exlegalitate: et si sciret venditorem suum, qui esset, vel ubi fuisset, diceret; justitia vero quaereret eum ad faciendam de eo justitiam, qui si inveniri non possit, ut lagaretur.” In c. 39. heisst es „Murmur etiam multus super hoc edicto erat in turba u. s. w.”

alten Feuerprobe die Kaltwasserprobe üblich geworden ⁴⁾. Gründete das Verfahren sich nicht auf handhafte That oder förmliche Anklage, so konnte dem Verdächtigten nicht versagt werden die Veranlassung der Verfolgung anzugreifen und sich gegen die Bezüchtigung zu Vermeidung des Ordale auf das Zeugniß seiner bona patria zu berufen ⁵⁾. Die Ordalien waren schon in dem zwölften Jahrhundert in dem Glauben der Völker gesunken ⁶⁾. Der Strenge, welche Pabst Innozenz III. gegen die Betheiligung der Geistlichkeit an ihnen anwendete ⁷⁾, konnte daher gelingen, was in Ansehung des Zweikampfes noch unmöglich war. In dem gröfseren Theile Frankreichs und in England kamen die Ordalien gänzlich außer Gebrauch. Jetzt entstand die Verlegenheit, wie gegen Personen zu verfahren sey, welche man aus Verdachtgründen eingekerkert hatte, wenn sie nicht frei-

4) Établ. de Norm. p. 36. „Toz mesfez de que homz est mal renommez met le malfeteur em prison par la justice, jà soit ce que nus ne l'en demand riens, si que il sera tant em prison que il soit purgiez par jugement d'eve. Glanvilla XIV. „— in tali autem casu tenetur se purgare is qui accusatur per dei iudicium, scilicet per ferrum calidum si fuerit homo liber, per aquam si fuerit rusticus.“ Wenn ein kampfunfähiger Ankläger ausnahmsweise zugelassen wurde, so hatte ein unbescholtener Angeklagter die Wahl entweder sich selbst dem Gottesurtheile zu unterwerfen, oder zu verlangen, daß der Ankläger sich durch Gottesurtheil von dem Vorwurfe der falschen Anklage reinige; z. B. bei der Anklage wegen Ueberwältigung, welche von einer Frau erhoben wurde. Glanvilla XIV. c. 6. „— in electione accusati erit in tali casu vel onus purgationis subire vel mulieris purgationem contra se sustinere.“

5) In Beziehung auf das Verbrechen der occultatio thesauri sagt Glanvilla XIV. c. 2.: „Ob infamiam — non solet juxta legem terrae aliquis per legem apparentem se purgare, licet aliter per assisam fieri posset, nisi prius convictus fuerit vel confessus in curia aliquod genus metalli in loco proposito invenisse et recepisse.“ Das gleichzeitige Vorkommen der jureia und des Gottesurtheiles bei Verbrechen wird durch die N. 4. mitgetheilte Stelle aus den Établiss. de Norm. vergl. mit der Stelle Établ. p. 119. außer Zweifel gesetzt.

6) Schon Wilhelm der Rothe ließ 1096 als sich fünfzig wegen Frevels in den königlichen Jagden angeklagte Edelleute in seiner Gegenwart durch das glühende Eisen gereinigt hatten, seinen Unwillen in den Worten laut werden: „meo iudicio amodo respondebitur, non Dei; quod pro voto cujusque hinc inde plicatur.“

7) C. 3. X de purg. vulg. (1206); c. 10. X de excess. prael. (1208).

willig ihre Schuld oder Unschuld von dem Zeugnisse der Geschworenen abhängig machen wollten. Heinrich III. beschied 1219 seine *judices itinerantes* dahin: man solle in den schlimmsten Fällen den Verdächtigten, wenn neue Verbrechen von ihm zu befürchten seyen, in gefänglicher Verwahrung halten, in weniger schweren Fällen ihn Landes verweisen und die Rückkehr abschwören lassen, in den leichtesten Fällen dagegen die Entlassung aus der Haft gegen Bürgschaft für gute Aufführung zugestehen ⁸⁾).

In Frankreich und der Normandie wurde die gefängliche Verwahrung nur auf kürzere Zeit für zulässig gehalten. In der Normandie galt Gefangenhaltung für Jahr und Tag als das höchste erlaubte Maafs der Freiheitsberaubung. Unterdeß wurden Bekanntmachungen an den Gerichtstagen erlassen, um wo möglich zu einer Anklage zu veranlassen. Gleichzeitig suchte man den Verdächtigten durch Verhöre zum Geständnisse zu bringen, welches ihn als Selbstanklage richtete, oder ihn durch Härte der Behandlung zu der Unterwerfung unter das Zeugniß der *patria* zu bewegen. Es kommt dieses Verfahren gleichmäfsig in der *somma de legibus consuetudinum Normanniae*, den *Établissements de St. Louis*, bei Beaumanoir und in Gerichtsurkunden aus den Gebieten der französischen Barone vor ⁹⁾. Die normannischen und englischen

8) Spelmanni codex bei Houard anc. lois II, 417. „Rex dilectis et fidelibus suis Philippo de Ulecot et sociis suis, justitiariis itinerantibus in comitatibus Cumberland, Westmerland et Lancaster salutem. Quia dubitatum fuerit et non determinantum ante inceptiorem itineris vestri, quo iudicio deducendi sunt illi, qui rectati sunt de latrocinio, murthero, incendio et his similibus, cum prohibitum sit per ecclesiam romanam iudicium ignis et aquae, provisum est a consilio nostro ad praesens ut in hoc itinere sic fiat de rectatis de huiusmodi excessibus: videlicet quod illi qui rectati sunt de criminibus praedictis majoribus et de eis habeatur suspicio quod culpabiles sint de eo unde rectati sunt etc.

9) „Galterius de Guidonis curiam petebat a domino Poincardo de Exrenis, quod de terra sua — ipsum reciperet in hominem. Idem Poincardus nolebat — quia patrem ipsius Poincardi occiderat. — Idem Galterus — negabat quod patrem ipsius Poincardi non occiderat, et super hoc alias accusatus et diu incarceratus apud Ambianum liberatus fuit per legem terrae et per iudicium ut dicebat.” Olim I. 499. N. VI. (arr. a. 1259.)

Quellen haben für das Vertheidigungsmittel des Angeklagten die Ausdrücke „ponere se super patriam de bono et malo, ponere se super inquisitionem patriae, sustinere inquisitionem patriae, liberari per legem terrae”¹⁰⁾. In französischen Quellen findet sich gleichfalls das liberari per legem terrae. Die gewöhnlichste und technische Bezeichnung ist „se mettre en enquete.”

Der Zwang, welchen man dem Angeklagten in Frankreich anlegte, konnte nicht verfehlen, die gewünschte Unterwerfung herbeizuführen. Nach dem normannischen Rechte hielt man den Verhafteten enge eingekerkert „cum penuria victus et potus.” In England ging man bald zu der nämlichen Strenge über. Man warf den Verhafteten baarfuss mit einem einzigen Kleidungsstücke versehen in einen kalten Kerker, liefs ihm nur den Boden zum Lager und gab ihm aufser Wasser auf zwei Tage ein viertelpfundiges Gerstenbrod zur Nahrung, von dem er nur an dem Tage zu essen erhielt, an welchem ihm kein Trunk gereicht wurde¹¹⁾.

§. XIV. Verfahren in der Normandie und in England.

Wenn Unterwerfung unter das Zeugniß des patriae erfolgte, so schreibt die *somma de legibus consuetudinum Normannicae* das folgende Verfahren vor.

10) Biener Beitr. S. 289.

11) Fleta l. c. 32. §. 33. „Si autem appellatus nihil respondere velit vel si patriam loci in apello contenti refutaverit, quamvis aliam habere petierit, vel si dicat quod omnem feloniam defendit et quod non culpabilis est de sibi impositis — si aliud nolit dicere pro defensione et appellans inde petierit iudicium, indefensus remanebit, morti tamen non condemnabitur, sed gaolae committetur sub diaeta salvo custodiendus, donec instructus petat inde se legitime acquietare. Consideratio vero erit talis, quod unico indumento indutus et discalceatus in nuda terra quadrantalem panem hordeaceum tantum pro duobus diebus habeat ad victum; non tamen quod quolibet die comedat; sed altero tantum, nec quod singulis diebus bibat, sed die quo non comederit aquam bibat tantum, et haec diaeta omnibus legem refutantibus injungatur donec petant quod prius contempserint.”

Der Justitiarius trug einem zuverlässigen sergeans d'épée auf vier und zwanzig ganz unverdächtige homines legales, und zwar nach der schon in den Kapitularien gegebenen Anleitung die veriores et probiores aus der Nachbarschaft (de visneto) des Ortes der That, und außerdem diejenigen Personen, von denen zu vermuthen sey, daß sie von der Sache wissen könnten, vor Gericht zu bescheiden. Die ersteren heißen juratores und hatten die Bestimmung die jureia zu bilden. Bei Raub oder Diebstahl sollten auch Leute der Orte, an welchen der Bezüchtigte sich umhergetrieben oder früher Verbrechen verübt hatte, herbeigezogen werden. Ueberhaupt ging der Zweck dahin „homines juratores veritatem factorum et vitae cognoscentes“ zusammenzubringen. Die Vorladung sollte mit kurzer Frist und unerwartet geschehen, damit jeder Bestechungsversuch durch Verwandte und Freunde des Gefangenen verhütet werde. Die Vorgeforderten wurden von dem Justitiarius in Gegenwart von vier Edelleuten als Beisitzern des Gerichtes vorläufig einzeln und geheim über ihre Wissenschaft unter Aufzeichnung ihrer Aussagen vernommen. Hatte sich dadurch ein Ergebniss festgestellt, so wurden die Geschwornen dem Gefangenen vorgestellt, welcher seine Verwerfungsgründe geltend machen konnte. Nach Ausübung des Verwerfungsrechtes und vollendeter Bildung der jureia wurde das Ergebniss der Aussagen öffentlich verkündigt, und die Geschwornen mußten sich unter Eid zu der Erklärung bekennen. Wenn die Schuld von zwanzig beschworen wurde, so galt dies als ein unumstößlicher Wahrspruch, auf welchen sogleich das Strafurtheil des Gerichtes und die Vollziehung folgte ¹⁾).

Aus der Wichtigkeit des Gegenstandes erklärt sich die Verdoppelung der Anzahl der Geschwornen, welche für Civilsachen die Regel bildete. In England nahm das Verfahren im Wesentlichen den nämlichen Gang. Bei der größeren Ausdehnung des Rei-

1) Somma de leg. Norm. C. II. c. 2. §. 13. S. Anl. I.

ches, welche die Abhaltung der assisia in den Grafschaften nothwendig machte, wurde die Auswahl der Geschwornen dem Vicecomes aufgetragen, der in jedem Falle zu bestimmen hatte, aus welchen und wie vielen Personen die jureia bestehen solle. Nach den vorausgegangenen Verwerfungen verpflichtete der Justitiarius sie eidlich zur Aussage der Wahrheit, und setzte sie dann förmlich von der Beschuldigung in Kenntniß. Von einer vorläufigen Vernehmung ist in den Quellen nicht die Rede. Sie scheint dadurch abgekommen zu seyn, daß es dem mit der Auswahl der Geschwornen beauftragten Vicecomes nicht an Zeit und dem nöthigen Amtsansehen fehlte, die Mühe dieser Vorbereitungshandlung anstatt der vielbeschäftigten reisenden Justitiarien zu übernehmen. Daher wurden nach Mittheilung der Beschuldigung die Geschwornen, wie es schon früher bei den Rügegeschwornen üblich gewesen war, entlassen, um sich ohne Zutritt anderer Personen über einen gemeinschaftlichen Wahrspruch zu verständigen. Wenn eine solche Einigung nicht zu Stande kam, so mußte jetzt der Justitiarius selbst die einstweilen bei Seite gesetzte genauere Vernehmung nachholen, und nach den ursprünglichen Regeln einen Jeden einzeln verhören²⁾.

§. XV. Verfahren in Frankreich.

Die festere Form, welche die inquisitio per patriam in der Normandie und in England annahm, ist in Frankreich nicht zur Ausbildung gekommen, weil schon in der letzten Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts der Uebergang zu einer anderen Art Behandlung, die von der Macht und Willkühr der königlichen Amtleute ausging, zum Vorschein kam¹⁾.

2) Bracton III, 2. c. 22. §§. 3—5. Fleta I, 32. §§. 36. 37. (Anl. II.) Britton ch. IV. (Anl. III.)

1) Ein Beispiel hiervon und zugleich den Beweis, daß auch in der Champagne das Verfahren mit Geschwornen nicht unbekannt war, liefern die von Brussel (usage de fiefs) mitgetheilten Auszüge aus den Gerichtsverhandlungen der grands jour de Troyes der Jahre 1284 — 1294. Die Dame de Chassins, welcher die hohe Gerichts-

Nach den *Établissements de St. Louis* sollten Personen, welche durch Gerüfte oder durch die öffentliche Meinung eines Verbrechens bezüchtigt waren, von der Gerichtsobrigkeit gefänglich eingezogen werden. Das Gericht sollte eine *enquête* über die That und die Aufführung des Gefangenen mit Leuten aus der Nachbarschaft des Ortes der That und des Heimathortes veranstalten. Ergab das Verhör die Schuld eines Verbrechens, welches mit Todesstrafe bedroht war, so konnte diese erfolgen, ohne Anklage und ohne Rücksicht auf Betretung über frischer That oder auf Geständniss; aber nur, wenn der Bezüchtigte sich der

barkeit zustand, hatte Huard Baudier, der eines Mordes verdächtig war, hängen lassen und seine Güter als verwirkt eingezogen. Eine Tochter des Hingerichteten brachte 1286 in dem Wege der Denuntiation ihre Beschwerde wegen Mißbrauches der Gerichtsbarkeit vor die *grands jours* unter der Behauptung, daß gegen ihren Vater weder ein Ankläger aufgetreten noch sonst ein Beweis geführt worden sei, auf welchen nach dem Landesrechte eine Todesstrafe habe erfolgen können. Sie verlangte deshalb Abnahme der Leiche des Hingerichteten von dem Galgen, Gestattung eines christlichen Begräbnisses und Herausgabe der Erbschaft. Die Dame de Chassins setzte zu ihrer Vertheidigung entgegen, sie habe die Hinrichtung „*de bonorum consilio*“ vollziehen lassen, und es sey deshalb schon die Beschwerde einer anderen Schwester enthört worden. Der Gerichtshof wies zwar auch diesmal die Beschwerdeführung zurück, verordnete indess die Rückgabe des Muttergutes an die Tochter des Hingerichteten, und nahm den mit der Beschwerde verbundenen Civilanspruch an, unter dem Auftrage an den Amtmann zu Vitry die Gründe der Hinrichtung durch ein sorgfältiges Zeugenverhör aufzuklären. Nach mehreren Unterbrechungen kamen die Verhandlungen zum Endurtheile. Es ergab sich daß Huard Baudier als der Ermordung Philipp von Moncels verdächtig zur Haft gekommen war. Eine *mise en enquête* war nicht erfolgt. Es hatte aber die Dame de Chassins nach dem in dieser Zeit neu aufgekommenen Gebrauche mit Rath der Beisitzer ihres Gerichtshofes eine Untersuchung durch Zeugen von Amtswegen vornehmen und ihrem Gerichtshofe zur Entscheidung über Schuld oder Unschuld mit dem Bedeuten vorlegen lassen, daß der königliche Amtmann gedroht habe, wenn sie den Gefangenen nicht hinrichten lasse, so werde er selbst befehlen ihn an seinem Thore aufzuknüpfen. Hierauf war auch wirklich die Verurtheilung erfolgt. Bei den *grands jours* wurde jetzt erkannt, daß zwar die Dame de Chassins weder straffällig sey, noch mit einer Entschädigung in Anspruch genommen werden könne. Dagegen würde der königliche Amtmann, wenn er noch lebe, wegen Verschuldung der ungesetzlichen Hinrichtung verantwortlich seyn. Aus diesen Gründen wurde die öffentliche Abnahme der Leiche von der Richtstätte befohlen, das christliche Begräbniss gestattet und die Herausgabe der Güter an die Erbinnen verordnet. Brüssel I, 222—229.

enquête selbst unterworfen hatte. Entgegengesetzten Falles durfte auf eine von Amtswegen veranstaltete Untersuchung (enquête d'office) welche den Verdacht bestätigte, nur Landesverweisung ausgesprochen werden. Kehrete der Verwiesene zurück, so wurde er ohne weiteres Verfahren aufgeknüpft, wofern er sich nicht wenigstens noch jetzt zu der Unterwerfung unter die enquête bereit erklärte.

Bedeutend erweitert erscheinen die Befugnisse der Amtleute schon nach der Darstellung bei Beaumanoir.

Beaumanoir unterscheidet die loial enquête, welche ganz dem normannischen und englischen „se ponere super patriam“ entspricht, und die apprise, welche in den Etablissements de St. Louis die „enquête d'office“ genannt wird.

Wollte der soupsonneux sich der loial enquête nicht unterwerfen, so wurde er eingekerkert gehalten. Die Haft durfte indess nicht über die Dauer der Erscheinungsfristen fortgesetzt werden, vor deren Ablauf gegen einen flüchtigen Verbrecher keine Landesverweisung ausgesprochen werden konnte. Diese waren nach dem Stande verschieden. Gemeine Leute (hons de poeste) wurden dreimal von vierzehn zu vierzehn Tagen vorgeladen, und erhielten dann noch einen letzten Gerichtstag mit Frist von vierzig Tagen. Bei Edelleuten mußte auf die drei Vorladungen von vierzehn Tagen die dreimalige Ansetzung eines Gerichtstages mit Zwischenräumen von vierzig Tagen erfolgen. An jedem Gerichtstage, auf welchen die Vorladung lautete, wurde der Name des Gefangenen und das Verbrechen dessen er verdächtigt war, ausgerufen; mit der Erklärung, daß das Gericht bereit sey, Jedem der wider ihn zu klagen habe, Gehör zu geben. Meldete sich Niemand, und hielt man sich nicht aus den sogleich anzuführenden Ursachen zu einem anderen Verfahren für befugt, so mußte der Gefangene durch Urtheil freigesprochen werden, und wegen des nämlichen Falles war jede spätere Verfolgung ausgeschlossen, vorausgesetzt, daß sich nicht nach Ablauf

der Fristen ein Ankläger einfand, so lange der Gefangene noch in gerichtlicher Haft war.

Während der Haft suchte der Richter von Amtswegen die Schuld zu erforschen. Bei diesem Verfahren, welches den Namen der *apprise* wohl daher führte, daß es seine Veranlassung in der vorhergegangenen Verhaftung (*apprehensio*, *aprisio*) hatte, wurden alle Mittel angewendet, deren sich ein Untersuchungsrichter ohne offenbare Zwangsmittel zu Erpressung eines Geständnisses bedienen kann. Das Bestreben ging dahin, wenn der Gefangene nicht gestehen wollte, durch die Menge der Zeugnisse einen Offenkundigkeitsbeweis zu erlangen. Konnte man diesen beischaffen, so wurde jetzt die ordentliche Strafe, wie früher bei der Betretung auf frischer That, zur Anwendung gebracht. Aber man begnügte sich nicht mit dieser Abweichung von dem alten Rechte. Beaumanoir erklärt schon vier Zeugen zu dem Offenkundigkeitsbeweise für hinreichend. Noch weiter wurde der Begriff eines „*fet tout notoire*“ durch die Zulassung von Vermuthungen ausgedehnt, welche der Gerichtsgebrauch als unzweifelhaft (*présomptions moult apertes*) und zur Ueberführung hinreichend anerkannte. Bei Diebstählen wurde es sogar Grundsatz, daß man auf Vermuthungen überhaupt richten dürfe. Zu den unzweifelhaften Vermuthungen die man bei dem Verdachte anderer Verbrechen für nöthig erachtete wurden die unschlüssigsten Umstände gerechnet. Es bildete sich eine Art von Beweistheorie, wie sie nur in einer Zeit denkbar ist, in der man von dem blindesten Schrecken vor gefährlichen Menschen befangen war. Bei Beschädigungen, besonders durch Brandstiftungen, genügte eine Aeufserung, welche als Drohung gedeutet werden konnte, um der That für überführt zu gelten. Hatte der Beschuldigte ein falsches Alibi angegeben, so forderte man zu der Vollständigkeit des Beweises nichts als Umstände, durch welche der Verdacht einigermaßen unterstützt wurde. Vollständig beweisend war das Ausbleiben eines Flüchti-

gen auf alle ergangenen Vorladungen, und bei denjenigen, welche wegen eines vilain fet im Kerker saßen, der Ausbruch aus demselben.

Es bedarf keiner Ausführung, daß so leichte Bedingungen, unter denen man des Wahrspruches der Geschwornen entbehren konnte, sehr bald die loiale enquete in Vergessenheit bringen mußten. Der Willkühr und Härte gegenüber, mit welcher von unwissenden, hochfahrenden Amtleuten verfahren wurde, würde der in dem folgenden Jahrhundert zur Vollen- dung gekommene Uebergang zu dem kanonischen Inquisitionsprozesse erträglich gewesen seyn, wenn er nicht in Verbindung mit den Scheußlichkeiten der römischen Tortur, zu denen man von der oben beschriebenen Untersuchungshaft nur einen kleinen Schritt hatte, in den Gerichtsgebrauch den Weg gefunden hätte.

§. XVI. Rügeverfahren.

Es ist sehr zweifelhaft ob in England schon unter den angelsächsischen Königen eine den Vorschriften der Kapitularien vergleichbare Rügepflicht bestanden habe. Die Gesamtbürgschaften machten nicht bloß für die Folgen eines Verbrechens bedingt verantwortlich, sondern verpflichteten auch zur Hülfe bei der Entdeckung des Uebelthäters. Hierauf scheint die Anordnung Ethelreds ¹⁾ bezogen werden zu müssen, nach welcher die ältesten Thane schwören mußten, keinen Unschuldigen hehlen zu wollen. Eine weitere Bedeutung kann dieser Verordnung nicht beigelegt werden, weil es an allen Bestimmungen für das Verfahren fehlt, welches auf eine Rüge von Amtswegen hätte gegründet werden können.

Selbst für Frankreich stellt sich die durch das Kapitulare Karls des Kahlen von 853 eingeführte allgemeine Rügepflicht ²⁾ als eine durch die Zeitverhältnisse gebotene außerordentliche Maafsregel dar, welche

1) S. die S. 16. in der Note angeführte Stelle.

2) S. die S. 32. N. 5. mitgetheilte Stelle.

schwerlich unter den weit größeren Unordnungen der folgenden Jahrhunderte von Bestand gewesen ist. Es ergeben sich indess andere Erscheinungen, welche für die Ausbildung des Rügeverfahrens in den weltlichen Gerichten von Bedeutung sind.

Die Unterwerfung eines Beschuldigten unter die Reinigung durch Gottesurtheil setzte Verdächtigung durch den gemeinen Ruf voraus. Allein unter Zeitverhältnissen, in welchen die Zwangsmittel kaum ausreichten, den angeklagten Verbrecher vor Gericht zu stellen, ist es wenig wahrscheinlich, daß man sich von Amtswegen mit Bezüchtigungen durch den üblen Ruf ohne eine dringendere Veranlassung befaßt haben werde. Die Schlaffheit mit welcher von den weltlichen Obrigkeiten dem offenkundigsten verbrecherischen Treiben zugesehen wurde und aus Schwäche zugesehen werden mußte, machte die Ausdehnung der vorzüglich in den Sendgerichten ausgeübten geistlichen Gerichtsbarkeit zur Wohlthat. Es boten sich indess Fälle dar, in denen sich auch die weltliche Obrigkeit nicht unthätig verhalten konnte.

Hatte Jemand einen betretenen Verbrecher verfolgt und gefangen genommen ohne ihn der That mit der nöthigen Anzahl von vollgültigen Zeugen überführen zu können, so wurde er nach den Volksrechten bußfällig³⁾. Hatte aber der Verletzte einen Anderen unter Umständen, in denen er den erforderlichen Beistand der Gemeinde nicht haben konnte, allein mit seinen eigenen Leuten verhaftet, so liefs man den Gefangenen zur Reinigung zu. Nach dem ripuarischen Rechte konnte sich für denselben sogar ein Verwandter in das Mittel legen und die Unschuld selbst beschwören⁴⁾. Die öffentliche Sicherheit vertrug sich nicht mit diesen Beschränkungen einer in vielen Fällen

3) Lex Salica (ed. Waitz) tit. XXXII. „Si quis hominem ingenuum sine causa ligaverit, 1200 dinar, qui faciunt sol. 30. culpabilis judicetur.“

4) Tit. 41. §. 3. „Sed si unus homo cum satellitibus suis hominem ligaverit aut ipsum excusare permittimus aut proximus ejus quod innocens ligatus sit cum sex juret.“

unvermeidlichen Selbsthülfe. Man ging daher, wenn eine wirkliche Verhaftung (in dem Latein des Mittelalters ein „retari“⁵⁾) erfolgt war, auf das Urtheil der Gemeinde über den Grund des Verdachtes zurück. Wurde dieser durch eine hinreichende Anzahl glaubwürdiger Leute bestätigt, so begnügte man sich nicht mit Reinigung des Bezüchtigten durch seinen Eid, oder durch Dazwischenkunft der Verwandschaft, sondern unterwarf ihn strengeren Erfordernissen der Reinigung, insbesondere dem Ordale⁶⁾.

Als sich die Macht der Könige und Landesherrn befestigt hatte, vermehrte die Eifersucht gegen die

5) Retari (entstellt in rectari) ist nicht, wie Biener (Beitr. 270. n. 9.) es versteht, der alte Ausdruck für Rügen, sondern es muß von retis (Netz) abgeleitet werden, und heisst dasselbe was früher ligare genannt wurde, einfangen und fesseln. So kommt es u. a. in Verbindung mit einem förmlichen Anklageverfahren vor in dem Codex von Spelmann (bei Houard anc. lois II, 327). Die in den folgenden Noten angeführten Stellen werden die Bedeutung außer Zweifel setzen, da sie ergeben, daß ihr die Bezüchtigung durch legales homines erst nachfolgte.

6) Nach den leges Willelmi c. 56. sollte ein Verläumdeter, wenn er von wenigstens vier Männern zur Haft gebracht wurde, sich selbst zwölf reinigen. Entfloh ein Höriger aus der Haft, so büßte es der Herr desselben mit dessen Wehrgelde. „Si est ascons qui blamet seit dedenz le hundred, e IV humes le retent [retiennent], si XII main s'espurget; e si il c'en fuist [s'il s'en fuit] dedenz le chalange li Sire rende sun were.“ Nach den assisae regis Henrici factae apud Clarendon, renovatae apud Northamtune von 1176 entschied, wenn Jemand wegen Mordes, Diebstahls, Straßensraubes und anderer schwerer Verbrechen zum Gefängnisse gebracht war, der Spruch von Geschwornen, ob der Gefangene sich durch die Kaltwasserprobe reinigen müsse. „Si quis retatus fuerit coram iustitiis domini Regis de murthero vel latrocinio vel roberia vel receptatione hominum talia facientium vel de falsoneria vel iniqua combustione, per sacramentum XII militum de hundredo, et si milites non adfuerint per sacramentum XII liberorum et legalium hominum et per sacramentum quatuor hominum de unaquaque villa hundredi eat ad iudicium aquae et si perierit alterum pedem amittat.“ Wenn er die Probe bestand und Sicherheitsbürgen stellen konnte, so wurde ihm erlaubt in dem Lande zu bleiben, außer wenn er aus Verdacht eines groben Verbrechens von den Eingesessenen der ganzen Grafschaft und der bewaffneten Macht aufgesucht und zur Haft geliefert worden war. In diesem Falle mußte er auch bei günstigem Ausfall des Ordale in vierzig Tagen das Reich verlassen. „Et si ad aquam mundus fuerit inveniat plegios et remaneat in regno; nisi retatus fuerit de murthero vel aliqua turpi felonia per commune comitatus et legalium militum patriae. De quo nihilominus infra quadraginta dies de regno exeat etc.“

Ausübung der Strafgewalt ⁷⁾ durch die geistlichen Gerichte auch die Thätigkeit der Amtleute in Verfolgung der Verbrechen von Amtswegen. Aber diese entwickelte sich zunächst noch immer in der Angriffsform durch Verhaftungen, welche nicht selten ohne hinreichende Veranlassung vorgenommen wurden. Gegen diesen Mißbrauch enthalten sowohl die magna charta König Johannis als die Verordnungen der französischen Könige auf ständische Beschwerden ergangene beschränkende Zusicherungen ⁸⁾.

Die Rüge in den Assisen des Vicegrafen, der Amtleute und der Justitiarien des Königshofes war anfänglich nicht sowohl eine den geistlichen Sendgerich-

7) Zu den Beschränkungsversuchen derselben gehört in England insbesondere eine beabsichtigte Neuerung durch die Beschlüsse auf der Reichsversammlung zu Clarendon, welche den erklärten Zweck hatten, den Eingriffen der Kirche in die Gerichtsbarkeit des Königes Schranken zu setzen, und welche die bekannten Verwickelungen mit dem Erzbischofe von Canterbury Thomas Beket herbeiführten. Es sollten hiernach die Archidiakonen ihr Sendgericht nur in Beiseyn des Bischofes jedoch ohne Verlust an ihren Gerichtsnutzungen abhalten. Wenn keine Anklage und Ueberführung durch die testes synodales vorliege, vielmehr eine inquisitio famae gegen Laien nöthig werde, so sollte der Archidiakon nicht die Macht haben, diese selbst zu veranstalten und Zeugen zu vereiden, sondern er sollte sich durch Vermittelung des Bischofes an den Vicecomes mit dem Ersuchen wenden, den geistlichen Bußfall in der Art, wie es in den weltlichen Gerichten üblich war, durch Nachbarleute, deren mindestens zwölf seyn müßten, bewahrheiten zu lassen. Conc. Clar. c. VI. „Laici non debent accusari nisi per certos et legitimos accusatores et testes in praesentia episcopi, ita quod archidiaconus non perdat jus suum nec quicquam quod inde habere debeat. Et si tales fuerint qui culpantur, quod non velit vel non audeat aliquis accusare eos vicecomes requisitus ab episcopo faciat jurare duodecim legales de vicineto sive de villa coram episcopo, quod veritatem secundum conscientiam suam manifestabunt.“ Es kann also nicht in dem Anfange der Stelle: „Clerici“ gelesen werden. Der bis dahin unerhörte Eingriff in die Freiheit der geistlichen Gerichtsbarkeit macht den großen Widerstand begreiflich, welcher von dem Clerus dieser Anordnung entgegengesetzt wurde. Das richtige Verständniß der Stelle beseitigt die Annahme, daß die Einführung der Rügejury in England dem Concilium zu Clarendon zugeschrieben werden müsse, dessen Beschluß überdies mit den übrigen Anordnungen nach Bekets Ermordung von Heinrich dem II. förmlich widerrufen wurde.

8) Magn. chart. „Nullus liber homo capiatur vel imprisonetur — nec super eum ibimus, nec eum in carcerem mittemus nisi per legale iudicium parium suorum vel per legem terrae.“

ten entsprechende Anstalt zu Erhaltung der öffentlichen Sicherheit, als vielmehr eine Folge der inquisitiones, welche der landes- und gerichtsherrlichen Gerechtsame wegen veranstaltet wurden. Die Erkundigung betraf vorzugsweise außer den Beschwerden gegen Beamte die geringeren Bruchfälle, die zu Verkürzung der Gerichtsnutzungen außergerichtlich geschlossenen Vergleiche über strafbare Handlungen, die in Rückstand verbliebenen schon erkannten Bußen und die Vermögensverhältnisse der Personen, von welchen diese beizutreiben waren. Kamen hierbei Fälle schwererer Art zum Vorschein, welche immer nach dem Rechte des Mittelalters neben Leibes- und Lebensstrafen auch Einziehung der Güter zur Folge hatten, so schritt man zu Verhaftungen oder verfestete Verdächtige, welche flüchtig waren, und ließ hierauf das besondere Verfahren eintreten, welches nach dem Verschwinden der Ordalien durch den Wahrspruch der Geschworenen oder in Frankreich auf dem neueren inquisitorischen Wege erledigt wurde. In der Normandie waren jene allgemeinen inquisitiones mit den ungebotenen Gerichtstagen verbunden, welche den placita generalia der karolingischen Verfassung entsprechend zweimal oder doch wenigstens einmal jährlich in jeder Vicegrafschaft gehalten zu werden pflegten⁹⁾.

In England bereisten die Vicegrafen zu dem nämlichen Zwecke die einzelnen Hundertschaften ihrer Bezirke, in denen sie ihre Zwangsgedinge hielten¹⁰⁾. Die Gefängnisse füllten sich durch dies Verfahren mit Beschuldigten, über welche nur die curia regis richten konnte, so daß der Auftrag zu ihrer Aufräumung

9) Établ. de Norm. p. 37. „Assises sont tenues une fois ou II par an en chascune visconté [vergl. Cap. 769. c. 12.; Cap. Worm. a. 829. cap. pro leg. hab. 5; System und Gesch. I, 108.], et lors sont li barons juré semonz à tenir les assises et doivent enquerre que li visconte et li sergent n'aient mal fet à leur baillies envers les innocens et que il n'oient receté larrons et autres malfeuteurs par deniers, et que il n'oient fet pés célement d'omeicide, qui soit atainz par le serement de XII chevaliers del visné." Ueber die Ermittlung wegen der verwirkten und rückständigen Bußen s. p. 38. a. a. O.

10) Britton ch. 29.; Fleta II. c. 92.

(ad go alas deliberandas) ein herkömmlicher Bestandtheil der Vollmachten für die königlichen Assisenrichter wurde. Um die Wachsamkeit der Vicegrafen thätig zu erhalten und eigene Unterschleife derselben zu entdecken erhielten die königlichen Justitiarien von Zeit zu Zeit den schon in anderem Zusammenhange erwähnten Auftrag eigene Untersuchungen anzustellen, zu denen eine gewisse Anzahl von königlichen Vasallen oder in deren Ermangelung von anderen freien Eingesessenen aus allen Theilen der Grafschaft versammelt und eidlich nach Anleitung der capitula itineris über die ihnen bekannten Fälle aus denen Fiskalansprüche hervorgingen verhört wurden¹¹⁾).

Als König Richard 1194 seiner Gefangenschaft nach dem Kreuzzuge von Kaiser Friedrich Barbarossa gegen ein Lösegeld entledigt wurde, zwangen die Geldnoth und die durch des Königes Bruder Johann in den Einnahmen herbeigeführten Unordnungen zu einer neuen Maafsregel durch Einführung von Beamten, welche unter dem Namen der custodes placitorum coronae in den einzelnen Grafschaften angestellt wurden¹²⁾, um alle Ereignisse durch welche Gut zum Vortheile der Krone heimfällig oder verwirkt wurde auf der Stelle zu untersuchen und durch ihre Aufzeichnungen festzustellen. Hierdurch wurden die Rundreisen der Vicegrafen in den Hundertschaften entbehrlich. Sie dienten, wie schon in der karolingischen Zeit die willkürliche Ansagung gebotener Dinge durch die Grafen, als ein Mittel zu Erpressungen.

Es war daher eine Wohlthat, dafs unter Eduard III. das Rügeverfahren von ihnen ausschliessend auf die reisenden Justitiarien überging.

In Frankreich blieb die Wahrnehmung der Fiskalrechte den königlichen Amtleuten anvertraut. Das Rügeverfahren ging mit den Urtheilsgeschwornen in der Willkühr des neuen Inquisitionsprozesses unter.

11) Anl. IV. unter 2.

12) Cap. plac. coronae a. 1194 (Houard anc. lois 11, 331). „Praeterea in quolibet comitatu eligantur tres milites et unus clericus custodes placitorum coronae.“

§. XVII. Heutige Stellung der englischen Urtheilsgeschworenen in Strafsachen ¹⁾).

Die Geschworenen erscheinen auf dem bisherigen Standpunkte nur als Männer, welche der Richter aufforderte, eidlich über Thatsachen aus eigener Erfahrung Auskunft zu geben.

Sie waren weder Urtheiler noch gaben sie als Vertreter der Rechtsgenossenschaft eine gemeinschaftliche Erklärung ab. Ihre Aussage galt als ein persönliches Zeugniß, dessen Beweiskraft von Uebereinstimmung mit den Aussagen ihrer Mitzeugen abhing. Die Obrigkeit wählte sie nach persönlichem Zutrauen und in der Voraussetzung, daß ihnen die Wahrheit bekannt sei. Sie wurden zwar aus dem Orte, an welchem sich die festzustellenden Ereignisse begeben hatten, indess, wo es die Aufklärung der Verhältnisse erforderte, auch von auswärts berufen ²⁾. Die nämlichen Personen, welche ein Verbrechen gerügt hatten, durften wiederholt vernommen werden, um die Schuld oder Unschuld des vor Gericht Gezogenen durch ihre Aussage in Gewissheit zu setzen. Ihr Zeugniß konnte nur aus Gründen abgelehnt werden, welche angegeben und in dem Bestreitungsfall bewiesen werden mußten. Ihre eidliche Erklärung wurde von dem Richter nicht angenommen, wenn er gegen die Richtigkeit Bedenken hatte.

Wesentlich anders ist die heutige Stellung. Die Geschworenen können den Verhältnissen, über welche

1) Die einzelnen Statuten über das engl. Geschwornengericht sind zusammengefaßt in der Parl. Acte v. 22. Juni 1825. Uebers. von Foucher Acte du parl. d'Angl. du 22. Juin 1825 etc. Paris 1827.

2) Somma de legg. Norm. II, 2. §. 14. „circa loca et in locis, in quibus factum fuerit maleficium quo reus accusatur.“ §. 15. „de locis in quibus reus conversatus fuerit.“ Es kann also die Aussage nicht als Zeugniß der Gemeinde gelten, wie Biener (Abh. S. 34.) annimmt, abgesehen davon, daß auf das Zahlenverhältniß gar keine Schlüsse gegründet werden dürfen, weil dieses kein ursprünglich bestimmtes war.

sie ihren Ausspruch zu geben haben, persönlich fremd seyn. Sie werden ohne Rücksicht auf Nachbarschaft aus der Gesammtheit der Gerichtseingesessenen genommen. Die Angeklagten haben außer den Einwendungen aus bestimmten Gründen in gewissem Umfange ein ihrer Willkühr überlassenes Verwerfungsrecht (*peremptory challenge*). Der Beruf der Urtheilsgeschworenen wird mit dem eines Rügegeschworenen für unvereinbar gehalten. Die ersteren geben immer, die letzteren in der Regel ihre Erklärung nicht aus eigener Erfahrung, sondern nach den Beweisen, welche ihnen vorgeführt werden. Ihr Wahrspruch soll der Ausdruck einer inneren durch die Verhandlungen begründeten Ueberzeugung seyn.

Dafs diese Veränderung das Werk einer nur allmählichen Entwicklung sey, haben die Kenner der Geschichte des englischen Rechtes einstimmig anerkannt. Das Erforderniß besonderer Verwerfungsgründe wurde nie mit Strenge gehandhabt, und konnte es um so weniger mit Fug als in der ersten Zeit die Unterwerfung unter den Wahrspruch überhaupt eine freiwillige war. Man forderte den Beweis der Verwerfungsgründe nur, wenn nicht eine hinreichende Anzahl Ersatzmänner zur Stelle war, und liefs die Theilnahme an der Rüge als hinreichenden Verwerfungsgrund einer nochmaligen Mitwirkung bei dem Verfahren über Schuld oder Unschuld gelten³⁾. Es mußte dies von selbst zu der Wahl verschiedener Personen für beide Verrichtungen führen, weil nur dadurch Verlegenheiten vorgebeugt werden konnte. Das Verwerfungsrecht wurde im Uebrigen vor und nach durch ausdrückliche Gesetze geregelt.

Zur Erklärung der Eigenschaft des Geschworenen als Urtheiler über die Thatfrage wird angenommen, man sei auf dem Wege der Gewohnheit dazu übergegangen, den Urtheilsgeschworenen welche nicht hinreichend unterrichtet waren, erst amtlich aufgezeichnete Verhandlungen zur Aufklärung vorzulegen, end-

3) Britton ch. 4. (Houard cout. III, 23.)

lich aber auch Zeugen mündlich in ihrer Gegenwart zu hören.

Man will die älteste Spur einer Zeugenvernehmung vor Geschworenen in dem Jahre 1498 finden⁴⁾.

Ich glaube daß sich der Grund der Veränderung bestimmter aus der ältesten Form des Verfahrens herleiten läßt. Die Vernehmung hat sich nie auf dasjenige beschränkt, was der Geschworene als Augenzeuge wußte. Es mußte derselbe auch erklären, was er gehört hatte, und was er nach der Quelle der Mittheilung für wahr hielt⁵⁾. Es ist oben⁶⁾ gezeigt worden, wie man schon in der frühesten Zeit unter den vernommenen Personen die vornehmsten und am besten unterrichteten auswählte, und sie allein ihre Erklärung unter Eid bekräftigen ließ. Das normannische Rechtsbuch schreibt vor, wenn unter den vier und zwanzig Berufenen nicht zwanzig in dem Stande seyen die Schuld zu beschwören, so solle man anstatt der Nichtwissenden Andere zuziehen und vernehmen, bis man zwanzig ermittelt habe, welche den Eid auf die Schuld ablegen könnten⁷⁾. Das nämliche Verfahren, welches die Benennung *affortiare* führte, wurde auch in England beobachtet⁸⁾. Schon bei der ersten Auswahl mußten die angesehensten, als wahrheitsliebend am meisten geachteten Personen berufen werden. Es war daher ein offener Gewinn, wenn man des *affortiare* nicht bedurfte, sondern von jenen selbst ein Anerkenntniß der Schuld oder die Erklärung der Unschuld erlangen konnte. Lieferten die Personen, welche man nachträglich zugezogen hatte, den zuerst Berufenen durch ihre Mittheilungen die fehlende Auskunft zu nöthiger Ueberzeugung, so war es gleichgültig ob diese Hauptgeschworenen ihre Kenntniß der Sache von Hause mitgebracht oder erst in dem Laufe der

4) Mittermaier Handb. des Strafverf. I, 299. n. 71.

5) *Somm. de leg. Norm. II, 5. §. 16.* „*Justitiarius — debet singulatim eos examinare [et] de vita et actibus accusati quid sciunt et quid credunt inquirere diligenter.*“

6) S. §. VIII. n. 7.

7) *Somma a. a. O. §. 18.*

8) *Fleta I, 32. §. 37. Britton ch. 4. (p. 23.)*

Verhandlungen erworben hatten. Es genügte ihr Fürwahrhalten. Wie man den Geschworenen die Besprechung zu dem Austausch ihrer vereinzelter Erfahrungen zuließ, so konnte man sie auch mit den Ergänzungspersonen zusammenbringen oder diese in ihrer Gegenwart verhören. Dies Verfahren bot zugleich den Vortheil dar, daß man sich über die Erfordernisse hinwegsetzen konnte, welche für die Auswahl der Geschworenen leitend und einschränkend waren. Daß man nicht auf das Wissen allein, sondern auch auf die Persönlichkeiten, von welchen der Wahrspruch gegeben wurde, Gewicht legte, beweisen die vielen Stellen, nach welchen die *jureia* aus zwölf Edelleuten bestehen, und nur, wenn diese nicht zu haben seyen, auch aus anderen freien Leuten gebildet werden sollte. Das *affortiare* machte überdies eine neue Unterwerfung unter den Spruch der Ersatzmänner nothwendig, zu welcher ein Beschuldigter nicht leicht zu bestimmen war, selbst wenn die Zwangsmittel, deren man sich vor der ersten Unterwerfung zu bedienen pflegte, gegen ihn erneuert wurden. In dem Weigerungsfalle hielten sich die Justitiarii daher für befugt, auch die Geschworenen, welche sich nicht einigen wollten, durch Gefangenhaltung und Diät zu einem einstimmigen Ausspruche zu nöthigen⁹⁾. Waren sie in der That nicht hinreichend unterrichtet, so blieb ohne Ungerechtigkeit kein anderes Mittel übrig, als daß man sie in den Stand setzte durch die Vorlegung der früheren Verhandlungen oder durch eine vor ihnen erneuerte Untersuchung von Amtswegen sich so aufzuklären, daß die Verständigung über einen gemeinschaftlichen Ausspruch möglich wurde. Was in der ersten Zeit eine Ausnahme bildete, das wurde nothwendige Vorsicht, als bei Zunahme der Bevölkerung auf eigene genaue Bekanntschaft mit den Ortser eignissen und der Persön-

9) Flota I, XXXII. §. 37. „Sic fiat donec veredictum unanimiter proferatur et non per dietam vel prisoniae exactionem, nisi in casu ubi inculpatus in alios se ponere noluerit.“ III. c. 9. „Vicarius videlicet ipsos sine cibo et potu custodiri faciat donec unamines fuerint et concordēs.“

lichkeit der Angeklagten nicht mehr zu rechnen war. Die Sheriffs, durch Abschaffung ihrer gebotenen Gerichtstage, durch die Einführung der Friedensrichter und durch Verwaltungsgeschäfte der Strafgerichtsbarkeit entfremdet, lieferten die Geschwornenverzeichnisse, ohne für die einzelnen Fälle Erkundigungen anzustellen, wie sie früher bei der Auswahl geleitet hatten. Es machte sich also jetzt den ursprünglichen Anordnungen entsprechend eine vorbereitende Vernehmung in den Assisen nothwendig. Aber es wurden nicht die Geschworenen selbst, bei denen Kenntniss des Falles eine Zufälligkeit gewesen wäre, sondern nur die unmittelbaren Wissener der That und der Umstände verhört.

Lange herrschte die Meinung, dass in peinlichen Fällen dem Beschuldigten nicht gestattet sey, Entlastungszeugen vorzuführen und einen Fürsprecher anzunehmen. Man gründete sich dafür auf eine mißverstandene Stelle aus den Gesetzen Heinrich des ersten¹⁰⁾ und auf den Satz die Schuldigerklärung setze eine so unwidersprechliche Ueberführung voraus, dass eine Vertheidigung als überflüssig angesehen werden müsse¹¹⁾. Schon Königin Maria¹²⁾ mißbilligte diese Annahme, welche sie für einen alten Irrthum erklärte. Allein auch jetzt trugen die Richter noch Bedenken Schutzzeugen anders als uneidlich zu vernehmen, bis der Zweifel unter der Königin Anna gehoben und dem Beschuldigten die volle Freiheit der Vertheidigung zugestanden wurde¹³⁾. Das Erforderniss der Einstimmigkeit des Wahrspruches der Geschworenen für Schuld

10) Leg. Henr. I. c. 47. De criminalibus causis vel capitalibus. De furto et murthero et proditione domini et roberia et utlagaria et husbreche et bernet et falsaria et causis criminalibus vel capitalibus nemo quaerit consilium, quin implacitatus statim perneget, sine omni petitione consilii, cujuscunque nationis vel conditionis sit, vel ejus affirmationem vel negationem defensor aut dominus prosequetur competenti termino comprobendam." Es ist hier nur von der auch aus den französischen Prozesswerken des Mittelalters bekannten dilatorischen Einrede des jour de conseil die Rede.

11) Blackstone comm. IV, ch. 28. (ed. 1830. IV, 355. n. x.)

12) Blackstone a. a. O. p. 359.

13) Ann. 1. stat. 2. c. 9. Blackstone a. a. O. p. 359.

oder Unschuld erhielt sich, obwohl es nur Sinn hatte, so lange die Erklärung als ein persönliches Zeugniß galt, welches zu seiner Wirksamkeit der Unterstützung durch übereinstimmende Mitzeugnisse in einer bestimmten Anzahl bedurfte.

§. XVIII. Heutige groſſe Jury in England.

Die vorhergegangene Darstellung hat gezeigt, wie die Geschwornenanstalt in ihren beiden Hauptanwendungen aus Vorschriften hervorgegangen ist, welche auf richterliche Thätigkeit von Amtswegen berechnet waren.

Gegenwärtig indess pflegt in England ein Strafverfahren nur stattzufinden, wenn es von einem klageführenden Theile betrieben wird.

Die Gründe, welchen diese Umwandlung zugeschrieben werden muß, sind von Biener¹⁾ so treffend aufgeklärt, daſs für den Schluß der Untersuchung über das englische Geschwornengericht nur Weniges zu Erleichterung des Verständnisses hinzuzufügen bleibt.

In Civilsachen war die Berufung auf das Zeugniß der Nachbarleute längst als Mittel zu Vermeidung des Zweikampfes anerkannt. In Strafsachen hatte die Rechtsansicht den Wahrspruch der Geschwornen auf eine Linie mit dem verdrängten Ordale gestellt, dessen glückliches Ueberstehen wie der siegreiche Kampf des Angeklagten als Reinigung galt. Es konnte daher die Berufung auf die *bona patria*, obwohl anfangs nur bei dem Verfahren von Amtswegen üblich, auch in dem Falle der wirklichen Anklage dem Angeklagten nicht mehr abgeschlagen werden, wenn er sie der Annahme der Herausforderung des Anklägers vorzog. Daher wurde der Angeklagte gefragt „*quomodo se defendere vellet.*“ Er hatte die Wahl der Antwort „*per corpus*“ oder „*per bonam patriam*“, was als bei dem Verfahren von Amtswegen mit dem Verschwinden der Ordalien

1) Biener Abh. S. 25.

nur das letztere übrig blieb, und der geschichtliche Zusammenhang verdunkelt war, durch den Sprachgebrauch sinnreich in die Antwort „by god and my good country“ verändert worden ist.

Der Ankläger hatte den Vortheil sich dem Zweikampfe zu entziehen nicht. Ihm bot sich dagegen für seinen Zweck ein Ausweg in der Anzeige (dem indictment) bei der großen Jury dar. Wurde sie von dieser als glaubwürdig auf die vorgelegten Beweismittel anerkannt, so fiel das Forderungsrecht des Angeklagten weg; denn es bedurfte nicht mehr des förmlichen Weges der Anklage. Es hätte das Verfahren gegen den Bezüchtigten (als „secta regis“) fortgesetzt werden müssen, auch wenn ein wirklich vorhandener Ankläger sich zurückgezogen hätte.

Man ließ daher dem klageführenden Theile, wenn das indictment als „true bill“ zugelassen war, den weiteren Betrieb der Sache, nicht in der Eigenschaft eines als Anklägers, der für seinen persönlichen Zweck handelt, sondern kraft einer der üblichen Fiktionen des englischen Rechtes als „kings sergeant“, der nur vermöge seiner Unterthanenpflicht eine eidliche Aussage ablegt und durch Herbeischaffung der unterstützenden Beweismittel rechtfertigt.

Der Spruch der großen Jury behielt die Form einer Rüge von Amtswegen (eines s. g. presentment), während in der That Rügen aus eigenem Wissen nur selten („bei common nuisances“) noch wirklich vorkommen²⁾.

Der vielbeschäftigte englische Assisenrichter kann vor der Gerichtsverhandlung von dem einzelnen Falle nicht die Kenntniss nehmen, ohne welche eine materielle Leitung des Ganges der Verhandlungen unmöglich ist. Eine Behörde, welche gleich der französischen Staatsanwaltschaft die allgemeine Verpflichtung hätte, die Beweise der erkannten Anklagen vor den Geschworenen auszuführen, ist in England nicht vorhanden. Daher blieb demjenigen, dessen Indictment

2) Die heutige Formel s. in Stephen engl. Strafr. übers. von Mühry S. 642.

zugelassen worden war, die Sorge für den weiteren Fortgang der Sache überlassen. Der Verfolgende („prosecutor“) legt unter Eid sein eigenes Zeugniß zuerst ab, und er oder sein Sachführer stellt die Fragen an die übrigen Belastungszeugen, wobei der Beschuldigte das Recht der Gegenbefragung ausübt. Erscheint ein prosecutor nicht, so bleibt, obwohl das Verfahren grundsätzlich nicht als Privatanklage zu betrachten ist, dem Gerichte nur die Entlassung des vor Gericht Gezogenen übrig, weil ohne Vorlegung der nöthigen Beweismittel kein anderer Spruch als ein Nichtschuldig erfolgen könnte. Das Recht der Verfolgung hat nicht der Verletzte allein, sondern jeder aus dem Volke. Die Friedensrichter verpflichten bei der Voruntersuchung den verletzten Theil oder im Nothfalle einen der Zeugen durch eine auszustellende „recognizance“ den Betrieb der Sache in dem Interesse der öffentlichen Ordnung zu übernehmen ³⁾.

§. XIX. Niederlande und Deutschland.

Vor Errichtung des Reichskammergerichtes blieb in dem deutschen Reiche die Fortbildung des Gerichtsverfahrens dem örtlichen Herkommen überlassen, welches in den Stadtrechten und bei der Uebertragung auf eroberte wendische und slavische Gränzländer die verschiedenartigsten Formen annahm.

Auf dem Lande erhielten sich die karolingischen placita generalia oder ungebotenen Dinge, welche jetzt unter dem Namen der Jahrgerichte, Botdinge, Goudinge, Zentdinge, freie Himmelgedinge, Vogt- oder Herrngedinge, Kirmes- oder Missenrechte und Jaerwaerheden von den herrschaftlichen Amtleuten, Landrichtern oder Schultheisen und von den Stiftsvögten in hohen und niederen Gerichtsbarkeiten ein-, zwei- oder dreimal zu gewissen Jahreszeiten mit den Schöffen und der Gesammtheit der Dingpflichtigen (heimburgen, gemeindsmännern, eidsmännern, hufern, hofleuten) gehalten

³⁾ Mühry S. 573.

wurden. Sie dienten hauptsächlich zu der Untersuchung und Weisung¹⁾ der Herrnrechte²⁾, mit welcher eine amtliche Erkundigung nach den seit dem

1) Sie sind die Hauptquelle der deutschen s. g. Weisthümer. Weisthümer gesammelt v. Jakob Grimm. Gött. 1840—1842. 3 Th. 8.

2) Einen Begriff von dem Umfange und der Beschaffenheit der Herrnrechte in den kleinen reichsunmittelbaren Gebieten, welche aus der Vermischung von Rechten des freien Grundeigenthums mit gerichtsobrigkeitlichen Befugnissen und der obrigkeitlichen Polizeigewalt hervorgegangen sind, mögen die folgenden aus dem von Grimm gesammelten grossen Vorrathe der westrheinischen Weisthümer herausgegriffenen Beispiele geben. Nach dem Weisthum von Leinigenaltdorf (II, 47.) erkennen die Schöffen „junker Alex. von Braubach zu grundt vnd hochgerichtsherren; gnadt vnd ungnadt zu geben, zu nehmen; zu henken vnd zu ertrenken; zu bennen und zu pfennen [pfänden]; denselbigen gebott vnd verbott, bann, mann (Wsth. im Baltheimer Gericht „den herkommenden man ane navolgenden herrn“ II, 203. a. a. O.), zuck (Vorspann), pfluck (Pflugdienste), wurm, wasser, weidt, hagen, fischen, jagen —. Item wan ein vogell vber das Dorf, bann oder herrligkeit flöge [vnd] ein feder fallen liefse oder sunst fundt in der herren wäldt oder deren Güter hohen Flugs funden würden, gehörte m. g. h. zu; da aber solchs uff der gemeindt bösch oder hecken gefunden solte derselbig der gemeindt zustendig seyn. Was auch uf eins gemeins manns gütter, so V hlir vnd drüber werth d. gn. herrn zustendig; so aber drunter werth, do derselbig gemeindsman schweigen kann, soll ime zugehörig seyn.“ Die Scheffen von Loisheim (II, 99.) weisen ihrem Herrn (dem Abte von Metloch) „man und ban, binden und zu entbinden, pont, sey (in andern Wsth. „seyhe“ s. v. a. Sieb, ein Getreidemaafs) vndt gewicht, alle maß, naß und druken, wie man die geprachen mag; wilbroit in den welden, fisch in dem Wasser, fogel in der Luft, fund und pront (in anderen Weistbümern „pfrundt“ s. v. a. Kirchenpatronat), wie sich das begeben mag, von der erden bis in den himel, vom himell bis vff die Erde.“ Weisthum zu Stellingen (II, 114.) „— den vogel in der luft, das wildt uff der erden, den fisch im wasser, den sand vff dem grundt u. s. w.“ Wsth. zu Aach. (II, 288.) „— den hassen im gras, den fisch in der bach.“ Wsth. zu Martinsdorf (II, 300.) „— den bienpfank an der hecken.“ Wsth. v. Hunsdorf (II, 252.) „die eiche uf dem lande, die vische uf dem sande.“ Wsth. zu Oberdomphan (im Herzogth. Luxemburg, südl. von Grevenmachern II, 260.) „— buesche vnd hecken, gruene vnd duerre, wypell und stronck.“ Wsth. im Beltheimer Gericht (1337; II, 204.) „herburge vnd fleisch zu eines erzbischoff zu Trier vnd des styffts von Trier noeden, wanne sy rysent.“ Zeichen der Schutzhörigkeit war die Hühner- und Haferabgabe von jeder bewohnten Hausstelle „da der rauch ruchet, vnd der eymer druffet (Wsth. zu Neumünster II, 32.). — Auch in Streitfällen wurde zu Feststellung herrschaftlicher Gerechtsame die inquisitio per homines commanentes angewendet. Ein Beispiel dafür liefert u. a. das in Grimms Wsth. (II, 269.) mitgetheilte placitum vor dem Pfalzgrafen Heinrich von 1095, in welchem die Gerechtsame des Grafen Heinrich als Vogtes der Abtei Echternach durch das eidliche Zeugniß der „maiores et meliores natu“ der Gerichtseingesessenen ermittelt wurde.

letzten Jahrgedinge noch ungebüßt gebliebenen Unge-
richteten und Bruchfällen verbunden war³⁾. Die Schöf-
fen gaben gewöhnlich ihre Erklärungen gemeinschaft-
lich, nachdem sie sich vorher zurückgezogen und un-
ter sich oder auch mit den übrigen Gerichtseingeses-
senen über den Inhalt der an sie gestellten Fragen
besprochen hatten⁴⁾. Der Sachsenspiegel und die
Glosse zu demselben erwähnen eine Bauernrüge⁵⁾,
ohne das Verfahren zu beschreiben, welches auf sie
gegründet wurde. Die zahlreichen noch erhaltenen
Oeffnungen, Weisthümer und Hofrodeln aus der
Schweiz, den Neckar-, Main- und Rheingegenden und
Westphalen geben keine genügende Auskunft, weil

3) Der Zusammenhang der Rüge mit den Herrenrechten wird
zuweilen in den Weisthümern ausdrücklich ausgesprochen; z. B.
Wsth. v. Völklingen (1422; II, 9.). „Darnach sol der scholtheis
meyger, scheffen vnd gericht fragen vnd manen: obe sie icht wis-
sen, des myns herrn abegang vnd scheiden sie, oder ander
rugbare Dinge, es sie an luden, gerichtten, welden, wegen, wassern,
weyden u. s. w.“

4) Wsth. v. Eidenborn und Falscheid (II, 52.). „Demnach ist dem
Meiger (dem Scheffenmeister) von wegen der gemein herrn gesagt
worden: nim den scheffen zu dir vnd gang aufs, bring recht,
wer die gemein herrn dieses Dorffs u. s. w.“ Wsth. v. Bacharach
(v. 1407.). „Primo fragte der scholteisz die scheffene uff die eyde,
die sie den herren und dem gericchte getan hant, von heymsuchen,
morden, meszerzucken und fuststreichen, die sie ym gerechte ge-
scheen, sy worden gedagt odir nit gedagt, waz einer dar-
umbe verlore? Des berieden sich die scheffene und quamen
wieder herin und sprachen zum rechten: dornstoszen und
heimsuchen daz were glich einz als daz ander; welcher die dede,
daz man anders herwisen mochte mit erbern unbesprochenen Frau-
wen odir mannen, den zu glauben were, want man die scheffen
nit allezit bij solchen sachen gehaben mochte. Da wisten sie, daz
den were den herren lyp und gut verfallen uf der herren gnade.
Der anderen artikeln, sprechen sie, der weren sie nit wise
uff yre eide, uzgenommen morden, und wolden die herren, waz
sie nyt wisten, sie wolden iz gerne zu hobe holen, so sie licht-
lichste moechten, wan sie vormals auch darumbe gefreget sin und
weren iz nyt wise uff yre eide.“

5) Ssp. I. art. 2. §. 4. Glosse zu Ssp. I. art. 58. „In dessen
achten hebben dy gebure einen wunderliken sede (Sitte), det sy
wol weten wat sy wrugen willen. Dannoeh kommen sy twie wed-
der vn spreken sy weten nicht. Tom druddenmale so brengen
sy yd in wat sy wrugen willen, vn vaerde sy hir de richter vmme,
sy muste alle schverren, dat yd em in der drüdden achte irst tu
weten worden were, oder sy musten wedden, dat sy deme gerichte
twie gelogen hedden; vt. C. de mo. mulctae q. a. jud. infli.“ l. cos
qui [l. 6. C. I, 54.].

die meisten nur in Abfassungen aus der Zeit nach Einführung des inquisitorischen Verfahrens benutzt werden können.

Vereinzelte Andeutungen weisen darauf hin, daß anfänglich ebenso, wie in dem nördlichen Frankreich verfahren wurde. In Fällen, welche mit Lebens- oder Leibesstrafen bedroht waren, wurde der Bezüchtigte festgenommen. Man hielt ihn, wenn er keine Bürgen stellte, in gefänglicher Gewahrsam, und forderte an den nächstfolgenden drei ordentlichen Gerichtstagen zur Anklage auf⁶⁾. Erhob sich kein Ankläger, so wurde der Beschuldigte zur Reinigung nach Verschiedenheit des Gerichtsgebrauches angehalten, und nach dem Ausgange gerichtet oder losgesprochen. Ungehorsame verwies man aus dem Schöffenthume oder Lande und behandelte sie, wenn sie unbegnadigt zurückkehrten, als überführt. Als die Ordalien aufhörten, scheint die Orts- oder Landesverweisung die gewöhnliche Sicherheitsmaafsregel geworden zu seyn, wenn keine hinreichenden Ueberführungsmittel vorhanden waren. Am vollständigsten ausgebildet stellt dieses Mittel sich in den flandrischen Keuren dar. Wurde Jemand durch zwei Schöffen oder gute Leute eines Verbrechens bezüchtigt, ohne sich hinreichend entschuldigen zu können⁷⁾, so konnte er durch Schöffenspruch nach

6) Blutrecht v. Bacharach (Grimm II, 211.). „— so sal der schulteyse uff die bank treden und sol den morder heischen dry stund, dry werve uff syn reicht und uff syne ere. So sol er fragin, obe ymans da sy, der yn borgen wolle? synt nyman ist, der yn borgen wolle, so fragen ich die scheffen und den landman was ich yn vort duon solle; daz ym beyden reicht geschie? so weist der scheffen und der landman, daz er yme einen dag und vertzehn nacht sal stellen, syn recht und syn ere zu verantworten. Enqueme er uff die dage nyt, so sal er yme aber stellen einen dag und vertzehin nacht. Inkumet er aber uff den lasten dag nyt, so hait er syn recht und syne ere verloren, und er mag sich nummermer verantworten. So sal der schulteyse eyne fryhen han, und sal yn vertzelin syn reicht, daz man billich doun sal.“

7) Privilegienbuch der Stadt Alost, gen. het Boek met den Haire. De maniere van den jaerkeure (Warnk. flandr. Staats- u. Rechtsgesch. III, 2. S. 109.): „Twee personen zulcke als men rekenen zoude goede liede, moeten eenen person bedraghen [protrahere], ende dien persoon moeten zy elc bi hem noemen sonder vermaen van scepenen, ende beede ghelyc bedrach gheven, zal dbedrach van

Schwere des Falles auf ein Jahr, drei ⁸⁾, zehn ⁹⁾ oder fünfzig Jahre oder auf ewig ¹⁰⁾ aus dem Schöffenthume ¹¹⁾ oder aus Flandern verwiesen werden. Die verbotwidrige Rückkehr war nach Unterschied der Dauer und des Anlasses der Verbannung mit Lebensstrafen ¹²⁾, Rechtlosigkeit, Verlust der Augen ¹³⁾, der Ohren ¹⁴⁾ oder der Hand bedroht. Es konnten diese Folgen in den meisten Fällen durch freiwillige Unter-

weerden zyn. Ende scepenen bedraghen ooc wel; nemaer een scepene en doet niet meer in bedrachten dan een ander persoon."

Usance van bannen (S. 107. a. a. O.). „Mine voorscreven heeren gaven scepenen in laste ende over hooftvonnese alle de bedrachten uut de ghevene, ende, dat ghedaen, den bedreghenen parsonen zekeren dach te beteekenen te compareerne voor hemlieden, omme hemlieder onscult te doene ende innocentie te tooghene, de comparerende in haerer innocentie te anhoorne ende hemlieden scepenen te informeerne van der waerhede, up dats noot zy, ende naer dat zy bi der informatie hooren zullen recht ende justitie te doen gheschiedene naer costume."

8) Priv. Buch v. Alost.: Usance van bannen (a. a. O. S. 105.): „Arend Pennin, omme dat hy Willeme den pannenmakere als meyere handhaefte in felheden [das engl. feloniously], in presentien van scepenen; III jaer uut Vlaenderen up sine vuyst."

9) Z. B. usance van bannen a. a. O. „So wie bevonden ende bedreghen es van fortsen te doene up der lieder kindere dien bant men x jaer uut den lande van Vlaenderen up x t'hooft."

10) Z. B. „Zo wie eenen anderen steect, quetst ende bloetleesent boven payse ende zoendinghe, es hy in handen, verbeurt syn lyf; oft es hy uut den handen, wart ghebannen L jaer uut Vlaendren. Ende als hy anderen bringt ter doot boven payse eeuwelic; ende est voor de zonne of naer de zonne oft buten weechs, eeuwelic van moorde."

11) „Daar zyn noch andre bannen uut den lande van Aelst van III jaern oft van eenen jare uut den scependomme, ghelyc: omrustelyc te wesene in de ghebuerte, warringhe te makene tuschen man ende wyf, scadelic met beesten in der lieder vruchten bi costumen etc."

12) „Zo wie bedreghen es van dieften x jaer uut Vlaendren, de mans up de galghe ende de wyfs up den putte."

13) „Gillis de Blic was t'Aelst ghewyst te banne III jaer uut den lande van Aelst up beede zine ooghen, omme dat hej Pieteren van Ruteghem als meyer vilainlic toesprac uut causen van zynre offitie."

14) Maniere van den jaerkeure. (S. 110. a. a. O.). „Van andren zaken daer ban ancleeft, eest van warringhen te maken in de ghebuerte, van der lieder hout te halene bi daghe ofte bi nachte, of andre ghelike stucken, dat es den ban van eenen jare uut den sceppendomme van Aelst. Ende die plachmen te banne te wysene up eenen zondach ter kerken, de mans up haere ooghen, ende de wyfs up haare hooren, ende hadden zy ghebannen gheweest van gheliker titele, den ban dobbelerende."

werfung unter eine Strafe nach Ermessen der Schöffen¹⁵⁾ oder durch landesherrliche Begnadigung abgewendet werden. Die Zulässigkeit dieser Milderungen war indess an die Bedingung geknüpft, daß die Verletzten vollständig entschädigt oder versöhnt, und daß von dem Verbannten (ballinc) für künftiges gutes Verhalten Bürgschaft gestellt werde¹⁶⁾.

Die Gewohnheit das Land von verdächtigen Leuten in dieser Art rein zu erhalten, konnte mit der öffentlichen Sicherheit auf die Dauer nicht bestehen¹⁷⁾.

15) Us. v. bann. „Zo wie berucht ende bedregghen es van alrehande quaetheheden L jaer uut Vlaenderen oft X jaer ter discretie van scepenen.“

16) „Alle bannen staen ter discretie van de juge naer de grootte van der mesdaet ende naer de fame van den lieden. Ende al eest zo dat yemend partielic ghebannen es daer omme en laet de prinche oft de heere niet de ghevene remissie of inland van den banne; nemaer al eer de ballinc int land oft in de stede commen mach, zo moet hy alvoren partijen beteren civilic, of soffissanten zekere doen de beteringhe te doene ter ordonnance van der wet, ende dien zekere ende presentatie moet men der ghequester partie te kennen gheven al eer de ballinc incommen mach.“ Die Stadtgemeinden in dem nördlichen Frankreich bedienten sich in gleicher Weise der Verbannung, welche in den meisten Fällen unter den angeführten Bedingungen abgekauft werden konnte, als Zwangs- und Strafmittels zu Aufrechterhaltung des Stadtfriedens. System. u. Gesch. I, 234. In den leichteren Fällen kam mit der Zeit anstatt der Verbannungen auf gewisse Zeit die Auferlegung von Bet- und Pilgerfahrten auf, deren Lösung bestimmte nach der Entfernung abgestufte Taxen hatte. S. u. a. die Preisliste der Pilgerfahrten aus dem Privilegienbuche zu Alost bei Warnkönig a. a. O. S. 121. und die reformirte Chur-Gerichts-Ordnung der Stadt Achen von 1577. c. 36. (in der collect. quorund. stat. von de Ludewig p. 548.) „Bittwege oder Gänge, wie die abgelegt werden sollen. S. Jacob in Hispanien: 20 gulden; Rom 15 g.; Meylan 12 g.; Trent 10 g.; Regensburg 10 g.; Friburg in Brissgav 6 g.; Metz 4 g.; Marburg 3 g.; Münster in Westphalen 2 g.; Trier anderthalb g.; Bonn 1 g.; S. Vith. 3. Ort g.; Lüttich ein halb g.; Düren 1. Ort g.“

17) Um dem Strafmittel der Verbannung Nachdruck zu geben, wurden in den einzelnen Gerichtsbarkeiten jährlich oder in kürzeren Abschnitten von den fürstlichen und herrschaftlichen Castellanen oder Amtleuten mit ihren Dienstleuten berittene Landsuchungen veranstaltet. Diesen folgte ein allgemeines ungebotenes Ding unter dem Namen der duerginga oder der duergaende waerhede, dessen Zweck es war, die verbotwidrig heimgekehrten und diejenigen, welche ihnen Aufenthalt gewährt hatten, zu bestrafen. Keurbrief der Chatellerie von Brugge (gegeben gegen das Jahr 1196; Warnk. II. 1 Urk. S. 83.). „De veritate quae dicitur durginga. §. 7. De bannitis equitandis. Castellanus equitabit bannitos, si vacaverit; sin autem officiales comitis et castellani equitabunt; et hoc semel in anno et si

Man suchte sich daher in anderer Weise die Ueberführung ohne Ankläger und die Anwendung der ordentlichen Strafe möglich zu machen. Niederländische Stadtrechte lassen in leichteren Fällen das Zeugniß eines einzigen angesessenen Bürgers¹⁸⁾ oder das Zeugniß des Verletzten, wenn es von einem oder zwei Eideshelfern unterstützt wird, als vollbeweisend gelten. Für schwerere Verbrechen bildete sich der Grundsatz, daß die Schöffen von Amtswegen den Fall zu untersuchen und die Schuld nach Stimmenmehrheit durch ihren Wahrspruch festzustellen hätten¹⁹⁾.

scabinis visum est bis, et si adhuc opus est ter. Ubicunque inceperint totum perequitabunt, nisi sinnam aut prae comite aut prae aegritudine monstraverint. Sed de altis legibus licet equitare quancunque opus est et infortunium evenerit. — Finita omni equitatione sua comes habere poterit veritatem suam quae dicitur durginga, et hoc semel in anno, et si non perequitatur non habebit. Vergl. Keure für die graefl. Schöffengerichte zu Heidinghe und Deseldone in der Chatellenie von Gent. §. 64. (Warnk. II, 1 Urk. S. 65.). Verord. d. Graef. Johanna vom Mai 1235 (S. 94 a. a. O.) „— intelleximus dictam veritatem debere accipi per scabinos et sicut a scabinis submonitis in iudicio ordinatum fuerit debere jurari super his articulis; videlicet: qui Wastos bannitos sive de minori forefacto sive de majore hospitaverint vel cum eis communicaverint scienter edendo, bibendo, vendendo, emendo, vel auxilium eis palam praestando vel accipiendo.“ In verschiedenen Schöffenthümern verband man diese Gedinge mit einem allgemeinen Rügeverfahren (articlen die men bezoucken zal in de duergaende waerhede; Priv. Buch. v. Alost bei Warnk. III, 2. S. 92.) oder mit den ordentlichen Jahrgedingen. Diese wurden, wie aus rheinischen Weisthümern hervorgeht, nicht eslten mit einem Landritt oder einer Umgehung der Gerichtsbarkeit unter dem Namen des „bereifs“ oder der „bezirkung“ eröffnet. Sie hatte zugleich den Zweck einer Besitzhandlung zu Bewahrung der Gebietsgränzen. In Westphalen war dafür der Name der „Schnadzüge“ üblich.

18) Keure der Stadt Genf von 1192 (Warnk. II, 1 S. 14.). §. 7. „Si quis aliquem aliquo membro mutitaverit — et per unum virum hereditatum convictus fuerit etc.“ Vergl. §. 8—12. Keure von Brugge v. 8281 §. 12. (S. 104 n. a. O.). „Alle mesdaden die syn gheproevet bi allen manieren van goeden lieden, sijt pooters XI. jof andre.“

19) Verord. des Graf. Philipp v. Namur für Gent von 1205 (Warnk. II, 1 S. 30.) n. 6.: „Quicunque treugas aut concordiam infregerit et inde per veritatem scabinorum convictus fuerit.“ Keure für die Schöffengerichte zu Sleidinghe u. s. w. (S. 56. a. a. O.) §. 20. „Vert ooc eenich mesdoen scapene gheopenbaert dat so bedectelike es gedaen dat diet dede bi scepenen niet mach zyn verwonnen, daer of mach de Bailliv IV scepenen nemen van eenre vierscaren ende drie van der andre vierscaren, ende die VII sche penen sullen ondersoeken die waerhede van hem allen die

In Süddeutschland wurde es mit dem Erfordernisse der eignen Wissenschaft bei dem Uebersiebnen nicht strenge genommen, wenn Verdächtige, besonders unbekannte Leute gefänglich eingebracht wurden²⁰⁾. Das Erzeugen selbdritt ging aus Stadtrechten als landrechtlich in den s. g. Schwabenspiegel bei allen Anklagen aufser den Hochgerichtsfällen über²¹⁾. Allein den Städten, welche von dem Reiche die hohe Gerichtsbarkeit mit dem Blutbann erworben hatten, schienen diese Mittel zu Erhaltung der Sicherheit gegen gefährliche Menschen noch unzureichend. Sie suchten daher die Erweiterung ihrer gerichtlichen Befugnisse durch kaiserliche Privilegien nach, und es folgten einzelne Fürsten ihrem Beispiele. Die kaiserlichen Privilegien lassen sich ihrem Inhalte nach auf zwei Hauptklassen zurückführen.

I. Ein Theil derselben bezeichnete besondere Um-

woonen binnen scependomme. Ende alse de waerhede dan es ondersocht, die selve VII scepenen sullen hebben raet metten andren VII scepenen; ende dan sullen zy voortgaan also zy schuldig zyn. Ende dus daen waerhede ne sal maer zyn van VI groeten sticken, die voornoozt zyn [vgl. §. 18. „so wie dat manslacht, ofte brand, ofte diebte boven V. se. doet, of yemene roof, daer help gheroup af wert, boven V., ofte in weghe of buten weghe wyf vercracht —“].

20) In diesem Falle begnügte man sich anstatt des Uebersiebnens durch Zeugen der Betretung auf handhafter That gewöhnlich mit dem Uebersiebnen durch blofse Eideshelfer des Klägers. Tüb. Stadtrecht von 1388. „Auch haben wir einen Acker, der heisset Frohnacker; dessen Recht ist, wie wir es gehört haben von unsern Vordern, dafs er gefreit sey von Königen und von Kaisern also: welcher Einen bringt von den vier Strafsen, welcher das sey, und stellt ihn auf den Acker, mag der sechs zu ihm haben, so dafs er selber der siebente ist, die ihm helfen schwören zu den Heiligen, dafs jener ihm und dem Lande ein schädlicher Mann sey, so soll man jenen tödten. Wäre es aber, dafs der Gefangene dazwischen in die Stadt käme und den Schultheisen und das Gericht anrufen würde, dann soll man ihn berechnen nach dem Stadtrecht“ (Wächter Beitr. S. 204.). Gerichtsb. der Stadt Bamberg v. 1306 — 1333 (Zöepfl das alte Bamberger Recht; Urk. S. 148.). „Ich Friedrich Zolner schultheiz vnd der rat vnd Schepfen gemeinlich ze Babenberch sein des rat worden, vnd haben vns des wider ein ander versprochen bei dem eide, daz vns nutz vnd gut deuchet armen vnd reichen daz alle die, die nicht stat recht noch burgerrecht haben, die gefangen werdent, vnd fur gericht werden bracht, ist es umb deup, vnd mag der den diep gevangen hat, selb sibent berechnen mit dem eide, daz er ein diep sey u. s. w.“

21) Ausg. v. Lafsberg art. 100. §. 3.

stände unter welchen Lebens- und Leibesstrafen ohne Uebersiebnen verhängt werden dürften. Zu diesen gehörten die „wahre Schuld“ oder die Betretung auf handhafter That; der „rechte Schub“ d. h. der ungerechtfertigte Besitz gestohlenen oder geraubten Gutes; der „gichtige Mund,“ d. h. eigene Aeußerungen, durch welche sich Jemand der That berührt, oder sich sonst als Thäter unzweideutig zu erkennen gegeben hatte, und das Selbstbekenntniss, worunter das von einem Bezüchtigten vor der Obrigkeit auf Befragen abgelegte Geständniss, auch wenn es nicht vor gehegtem Gerichte erfolgt war, zu verstehen ist ²²⁾).

22) Priv. Kaiser Maximilians für Limburg v. 1498. „— weil bisher in den Limpurger Halsgerichten eine Gewohnheit und Herkommen gewesen, wenn schädliche Leute in denselben Gerichten betreten, dass diese wegen ihrer Missethat, wiewohl wahrer Schub oder gichtiger Mund vorhanden wäre, mit sieben Mannen, so darum ihren Eid thun mußten, bezeugt, und damit vom Leben zum Tode gebracht werden, und dadurch das Uebel ungestraft bliebe, so haben wir diese Gewohnheit abrogirt, auf dass das Uebel gestraft, der gemeine Nutzen befördert — und den Rechten ihr Lauf gelassen werde, und auf wahren Schub, gichtigen Mund oder Leumund und ihr selbst Bekenntniss richten und strafen und die Uebelthäter ferner zu versiebnen nicht schuldig seyn sollten (Goldast Reichssatz 11,179.). Kaiser Karls IV. Priv. für die Stadt Windsheim von 1365. „— wo oder in welcher Herren Gebiet sie ihre Räuber oder übelthätige Leute finden oder ankommen mögen, dass sie die angreifen, aufhalten, fahen und mit heimführen mögen, und auch über sie richten wie sie verdient haben; und was sie solcher böser Leute in ihre Haft bringen, die da vor zweien ihres Raths die Unthat und Bosheit bekennen, dass sie zu denselben dann richten mögen, und sie nicht übersiebnen dürfen, als vorher gewöhnlich dagewesen ist.“ (Lünig Reichsarch. P. spec. Cont. IV. Th. 2. Abth. 2. S. 671.) Priv. König Wenzels f. die Stadt Dünkelsbühl von 1398. „= dass sie auch die, welch des Zigs selber bekennen ane Urteyl [außergerichtlich] nach Erkenntniss des mehreren Theils des Rats zu Dückelspuhel straffen oder über sie richten und urtheilen, als sie dennen uf ir Eyde sprechent, dass der oder die umb solche Missetat billig liden sollen; welcher aber des Zigs selb nicht bekennet, den oder dieselben mag der Anclager selb dritte mit dem Rechten wol überwinden (Lünig pars spec. Cont. IV. p. 464.).“ Das Priv. König Ruprechts von demselben Jahre (p. 465.) sagt dagegen: „welcher — selber nicht bekennet, den oder dieselbe mag der Anclager selb siebende unversprochener Lüte mit dem Rechte wol überwinden, ez were dann daz die Getat also frische und uffenbar oder küntlich und gegenwärtig were, so mag der Clager die Ueberwindunge dun selb dritte unversprochener Lüte.“ Das vor besetztem Gerichte abgelegte Bekenntniss galt auch landrechtlich als vollbeweisend. Ssp. I, 16. §. 2. „— wil he's bekennen dat is me lif, unde ne bekent he's nicht, ik wille 's ene be-

II. Eine zweite Klasse von Privilegien gestattete im Allgemeinen übel berüchtigte Leute, welche eines Verbrechens wegen gefänglich eingezogen würden, nach Befinden der Mehrheit des Gerichtes mit Strafe zu belegen²³⁾. Einzelne Privilegien erklärten ausdrücklich auch Lebens- und Leibesstrafen für zulässig²⁴⁾. Der wahre Sinn dieser Bestimmungen war, daß ohne Rücksicht auf das Erforderniß des Uebersiebnens auf den Grund der vorhandenen besonderen Anzeigen nach richterlicher Ueberzeugung über Schuld oder Unschuld geurtheilt werden solle. Die ältere Form des Verfah-

reden mit al dem rechte, dat me dat lantvolk irdelt, oder de scepenen of it under koninges ban is."

23) Priv. für die Stadt Biberach von 1401 (Lünig Pars spec. Cont. IV. S. 189.). „Wir Ruprecht v. G. G. — haben in darumb die besunderen Gnaden geton, daß syn alle schädliche Lüte, Mordbrenner, Rauber, Diebe oder wie die genannt sind, die öffentliche oder heimliche schedliche Lite sind. die der Mehrtheil des Rats der Statt zu Bibrach dunkhet nach Linde und uff ire Eyd sprechent, daß sie ihre Statt oder Lande und Lüten schedlich Lüte sint, sollen und mögendt umbe jhr Missetatt über sie richten nach Urtheil und Ufssprechen des Merentheile des Rathes."

24) Priv. für Nürnberg von Kaiser Ludwig aus d. J. 1340. „Wir thuen den Burgern von Nürnberg die gnad und das recht, daß sie einen jeden schedlichen Menschen, der in ir und des reichs fengnüs zu Nürmberg kombt mit bösem leumut überkommen, den leib abgewinnen mögen, also daß der Raht undt Schöpfen oder der mehrere Theil unter ihnen dunckelt auf ihr ayd, daß der leumuth so stark auf ihne gangen, daß man billigen richte über seinen leib, den man es lasse; daß er den leib damit verlohren hab." Priv. für die Stadt Esslingen (von 1401; Lünig a. a. O. p. 503.). „Daß sie — alle solliche Lüte, die in bösen Lymuden oder in Argewon sind, und die in für schedelich Lüte dorgeben werdent, ez sie Frawen oder Manne, wo sie die in dem Begriff, als verre ir Zwinge und Banne gent, haben und begriffen mögen, wol hemmen, fahen und recht vertilgen mögen, als sie dünket, daz notdürfftig sy, nach verjehen [Geständniß] und nach solicher Schulde und Sache als sie an den erfindet; so sollen und mögen sie die in ihrem Rate mit dem mehren Theil ir Erkenntnisse an Leibe und an Leben straffen und bessern, als sie dann je uff ir Eyde duncket und duncken würdet daß solich verschuldet haben, ane Geverde." Priv. für die Stadt Kempten (von 1408; Lünig a. a. O. p. 1510.). „— daß sie alle und jechliche schädliche Lüte und Persohnen, Mordbrenner, Rauber und Diebe oder wie die genannt sind, die dem mereren Theil des Rathes der Stadt zu Kempten — nach lunden duncket, und uff ihre Eyde erkennt und sprechent, daß sin schädelige Lüte sint, und nützer und besser dott sin, dann lebende, sollen und mögen umb ire Missetat solliche Döte anlegen und sie döten nach Urtheil und Ufssprechungen des mereren Teil des Rates —."

rens, welche außer dem Falle der Betretung auf frischer That eine förmliche Anklage forderte, wurde, wenigstens in Hochgerichtsfällen, beibehalten. Indefs man vereinigte mit derselben den Grundsatz des kanonischen Rechtes das Offenkundigkeit oder Bezüchtigung durch gemeinen Ruf die Stelle einer förmlichen Anklage ersetze in der Art: das dem verletzten Theile ein Fürsprecher zugeordnet ²⁵⁾, das ein Ankläger aus den Gerichtspersonen bestellt, oder das jedes Verfahren, wie bei der handhaften That, mit Hülfigeschrei eingeleitet wurde ²⁶⁾; bis man sich daran gewöhnte, die Gerichtsobrigkeit unmittelbar als Ankläger anzusehen und zur Untersuchung von Amtswegen für verpflichtet zu halten ²⁷⁾.

Die unbestimmte Fassung der kaiserlichen Privilegien führte zu großen Mißbräuchen in der Anwendung. Man hielt sich für berechtigt unbekannte Leute, die für gefährlich angesehen wurden, und sich über ihre Verhältnisse nicht genügend ausweisen konnten, auf den bloßen Leumund oder auf allgemeine Verdachtgründe ohne Feststellung des Thatbestandes und ohne besondere auf ihre Thäterschaft hinweisende Ueberführungsmittel zum Tode zu verurtheilen ²⁸⁾,

25) Halthaus Gloss. v. Elendig.

26) Jura opp. Tuitiensis (wahrscheinl. aus dem 14. Jahrh.; Grimm Wsth. III, 1.) „— sie homicidium aliquod actum fuerit infra parochiam, si hoc iudices et scabini persecuti fuerint, ut tenentur, scultetus et advocatus pariter iudices erunt.“ Wsth. von 1385 (III, 3 a. a. O.) „Vort ist sache dat einich doitslach geschuit binnen den Kirspelen van Dütze und die richtere ind schefen dat vervolgen, as si schuldig sint zu doin —.“ Blutrecht von Bacharach (Grimm II, 211.). Wollint sy yn selber beschryen [den mord] so sol yn der schultheisse gerichtes recht helffen; in mochten sy es aber nicht down, so sollen yn die herren beschryen, und sollent yn des landes reicht helffin.“

27) Saarbr. Freiheitsbr. 1521. (Grimm II, 6.) Wurde yemant vmb mord uffgehalten, vmb diebe, vmb eyniche Dinge, die den lip berurden, darabe man muste vnd solte gerichte dun; wer gerichtes mudet, der sol sichern das er sin clage follenfure; dem sol man rechten. Gedorste aber niemannt gerichtes muden von den dingen oder die den gelich sint, wir, vnser erben oder vnser amptlûde sollen mit allem flifs darnach forschen, vnd befunde wir das, wir sollen des rechten, also es sich heischet.“ Vrgl. P. G. O. Art. 6 und 188.

28) Nach der Nürnberger Halsgerichtsordnung von 1481 (Sieben-

oder Geständnisse durch Anwendung der Folter, von ihnen zu erpressen²⁹⁾).

Die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit wurde bei diesen Verirrungen so willkürlich und ordnungslos, daß endlich auf die Vorstellungen des neu errichteten Reichs-Kammergerichtes das Einschreiten der Reichs-Gesetzgebung nothwendig wurde. Diese hat in der peinlichen Gerichtsordnung Kaiser Karls des fünften ein Beweissystem aufgestellt, welches nach dem Siege der Humanität über die Folter und ihre Ersatzmittel zu dem Widerspruche der auf mangelhaften Beweis gegründeten außerordentlichen Strafen führte.

kees Mal. zur Nürnb. Gesch. B. 2. S. 547 ff.) fand, wenn der Rath auf Leumund erkannt hatte, noch ein förmliches Verfahren vor gehetem Gerichte statt, aber der Ankläger erbot sich, wenn der Angeklagte läugnete, nicht zu dem Beweise der That, sondern nur zu dem Beweise „mit zwei geschwornen Schöffen, die dabei und mitgewesen sind, daß der mehrere Theil Schöffen und Raths auf ihren Eid erkannt haben, daß dieser verläumdete Mann besser tod denn lebendig sey.“

29) Einer der frühesten Beweise ihrer Anwendung in Deutschland dürfte wohl der Zusatz III zu dem s. g. Schwabenspiegel (Ausg. von Lafsberg art. 375) aus dem Zürcher Codex sein. „Wirt ein man vmb ein untät gevangen die vntät hat iht nive enir oder zween gesehen, oder sie wizzen es svs wol vnd er wil sie niht verjehen wan sol in witzegen mit slegen an der sraiget vnd mit sterker vancusse vnd mit hunger vnd mit vrost vnd mit anderen vbelen dingen unz er verjehe; das sol man in anlegen einen manot; daz ist also gesprochen ob die zween oder der ein also biderbe lute sint daz man in gelouben sol, so sol man in die wize an legen, vnd sint sie nicht gelouphafte lyte so sol man in keine wize an legen div wider reht si. vnd weiz niemen sin vntet so sol in lazen gen.“

28) Nach der Nürnberger Halsgerichtsordnung von 1481 (Sieben- und 188. Stück) ist die Folter als ein Mittel zur Aufklärung der Wahrheit und zur Bestrafung der Schuldigen bestimmt. Sie soll nur in den Fällen angewendet werden, in denen der Angeklagte seine Schuld nicht eingestehen will, und wenn die Beweismittel nicht ausreichen, um die Schuld zu beweisen. Die Folter soll nicht als ein Mittel zur Gewinnbeschaffung oder zur Verurteilung ohne Beweis angewendet werden. Die Nürnberger Halsgerichtsordnung von 1481 ist eine wichtige Quelle für die Geschichte der Folter in Deutschland.

Schlußwort.

Ich habe in meiner Darstellung die volksgerichtlichen Einrichtungen in den nordischen Reichen, insbesondere die schwedische Näm, die bei Königsfriedensbrüchen (edsoere) den Angeklagten schuldig oder frei zu schwören (zu wehren oder zu fällen) hatte, und die Nävninger des dänischen Rechtes außer Berücksichtigung gelassen, weil die selbstständige Entwicklung des Geschwornengerichtes aus der karolingisch-fränkischen Gesetzgebung durch die gelieferten Beweise außer Zweifel gesetzt wird. Unverkennbar indess bleibt, daß sie wie die Geschwornenanstalt mit dem Abkommen der Gottesurtheile und dem Anerkenntnisse der Unzulänglichkeit der Reinigung durch Eideshülfe für die Zwecke der Strafgerichtsbarkeit in Verbindung stehen. Mit den Geschwornen kommt die Näm darin überein, daß sie aus Männern des Volkes (mit Ausnahme der jütischen Hargesneffen) bestand, welche zu der Entscheidung des einzelnen Falles besonders berufen wurden, um unter Eid ihren Ausspruch über Schuld oder Unschuld abzugeben. Dagegen war ihre Erklärung nicht, wie ursprünglich der Wahrspruch der Geschwornen, ein persönliches Zeugniß, sondern ein durch Stimmenmehrheit gebildetes Urtheil, ähnlich dem deutschen Schöffenspruche bei dem Richten auf Leumund.

Die Grenzen, welche ich meinem Vortrage stellen mußte, und das Versprechen der baldigen Mittheilung

einer näheren Begründung desselben erlauben mir nicht das Eingehen auf die Geschichte der Wiederherstellung der Geschwornenanstalt in Frankreich, auf die mannigfaltigen Veränderungen derselben durch die französische Gesetzgebung seit 1791, auf den Nachweis ihrer weiteren Verbreitung, und auf die Erörterung der Anforderungen, welche an eine auf sie gegründete deutsche Strafprozeßordnung gestellt werden müßten.

Ueber Werth und Bedürfnis der Einrichtung hat sich in Folge der neuesten Zeitbewegungen die Stimme Deutschlands so ungetheilt ausgesprochen, daß ich mich hier darauf beschränken darf, die Worte zu wiederholen, mit denen ich meinen vor dem hiesigen Juristenverein den 11. Februar d. J. gehaltenen Vortrag beschlossen habe. „Gottesurtheile stellt der christliche Glaube dem Weltgerichte anheim. Leitende Beweislehren sind Verirrungen der Wissenschaft. Die neueste Gesetzgebung unseres Staates hat sich von ihnen losgesagt. Damit hört das Urtheil über Schuld oder Unschuld auf ein Vorbehalt der Fachwissenschaft zu seyn. Die Strafe soll das gebeugte Ansehen des Rechtes wieder aufrichten. Diesen ihren Grundzweck kann sie nicht erfüllen, wenn nicht das vergeltende Uebel, welches das Richteramt aussprechen muß, als ein durch die That verwirktes auch von dem ungelehrten Bewußtseyn anerkannt wird. Die Wünsche der Rheinprovinz, denen die Beibehaltung der Geschwornenanstalt allerhöchst zugestanden wurde, waren ebenso Wünsche der Rechtsgelehrten, wie des Volkes. Der Rheinländer ist nicht geblendet von Vorliebe für das Fremde. Deutsch in seiner Gesinnung will er keinen Vorzug, keine Schranke, die ihn von seinen deutschen Brüdern absondert. Er steht auf einem Boden, von welchem in dem karolingischen Weltreiche die Größe und Herrlichkeit des deutschen Volkes; die Rechtsbildung des neueren Europa ausgegangen ist. Er liebt seine Gesetzgebung, nicht weil sie von Frankreich herrührt sondern weil er in ihr eine zeitgemäße Fortbildung seines uralten Heimathrechtes wiedererkennt. Er hat das Gute seiner Gesetzbücher sich mit Bewußtseyn an-

geeignet, und es mit deutscher Gediegenheit durch Wissenschaft und Rechtsprechung fortgebildet. Das Geschwornengericht, für dessen Erhaltung Gelehrte und Ungelehrte der Rheinprovinz ihre Stimmen vereinigt haben, ist eine unerläßliche Folge der auch den übrigen Theilen unseres Staates schon zugestandenen Oeffentlichkeit der Rechtspflege. Möge eine baldige und unverkümmerte Einführung desselben für den ganzen Staat die Grundlage fernerer Fortschritte werden. Möge gegenseitige aufrichtige Anerkennung den Weg zu einem Verständnisse bahnen, welches ein Bindemittel für die Einheit Preussens und unseres großen deutschen Vaterlandes in Recht und Gesinnung werde."

geeignet, und es mit deutscher Gediegenheit durch Wissenschaft und Rechtsprechung fortgebildet. Das Geschworenengericht für dessen Erhaltung Gelernte und Ungelernte der Rheinprovinz ihre Stimmen vereinigt haben, ist eine unerlässliche Folge der auch den übrigen Theilen unseres Staates schon zugestandenen Oeffentlichkeit der Rechtspflege. Möge eine baldige und unverkürzte Einführung desselben für den ganzen Staat die Grundlage weiterer Fortschritte werden. Möge gegenseitige aufrichtige Anerkennung den Weg zu einem Verständnisse bahnen, welches ein Bindemittel für die Einheit Preussens und unseres großen deutschen Vaterlandes in Recht und Gesinnung werde."

Weshalb gütlich vertragen, und nicht durch Streit und Zwang, die Einheit der christlichen Kirche, und die Einheit der Welt, zu bewahren. Die neueste Gesetzgebung unseres Staates hat sich von diesem Grundsatz nicht losgerissen. Das Urtheil über Schuld oder Unschuld ist ein Vorbehalt der Fachwissenschaft zu seyn. Die Strafe soll das gebogene Ansehen des Rechtes wieder aufzurichten. Diesen ihren Grundzweck kann sie nicht erfüllen, wenn nicht das vergeltende Uebel, welches der Richter damit aussprechen muß, als ein durch die That verwirktes auch von dem ungelehrten Bewusstsein anerkannt wird. Die Wünsche der Rheinprovinz, denen die Beibehaltung der Geschworenengerichte allenthalben zugestanden wurde, sind nicht zu verwerfen. Wie das Volk, so auch die Richter, sind sie nicht von Vorurtheil für das Fremde befreit. Jeder Mann, der keinen Vorzug, keine Bevorzugung, nicht von seinen deutschen Brüdern, sondern von allen Menschen, von welchen sie auch sind, will, muß die Größe und Macht der Nation, die die Rechtsbildung der Nationen zu einem hohen Grade gebracht hat, in der Achtung haben. Er sieht seine Gesetzgebung, welche von Frankreich herüber kam, nicht als ein zeitweiliges Fortbildungs- und Fortschrittsmittel, sondern als ein zeitgemäßes Fortbildungs- und Fortschrittsmittel an. Er hat das Gute seiner Gesetzgeber nicht vergessen, und

Anlagen.

Anlagen

I. Auszug aus der somma consuetudinum legis Normanniae Lib. II. c. 2.

§. 13. Sciendum tamen est, quod nullus de multro potest sequi quousque certa et cognita signa de multro fuerint declarata. Si autem de multro facto nullus sit qui sequelam faciat aut clamorem, si publica infamia aliquem super hoc fecerit criminosum per iusticiarium debet arrestari et firmo carcere observari usque ad diem et annum cum penuria victus et potus, nisi interim super hoc inquisitionem patriae se offerat sustinere. Quam si sustinere voluerit, sollicitudo iusticiarii debet procurare, quod omnes illos quos de multro aliquid scire praesumpserit vel ipsius aliquam noticiam habere, de quocunque loco fuerint, coram se certa die et certo loco faciat convenire, et hoc subito et inopinate, et causa propter quam eos faciat submoneri celetur, ne parentes criminosi prece vel precio corrumpant eorum sacramenta. Et ab eis, unoquoque per se vocato, utrum criminosus illud multrum fecerit, inquirat diligenter, et auditis dictis eorum et in scriptis redactis criminosus coram eis debet adduci, et ab eo debet queri, si quem eorum sonare voluerit; et si sufficiens seonium super aliquem miserit, dictum ejus pro nullo debet reputari et a iurea debet removeri. Et si sufficiens non fuerit seonium nihilominus ulterius procedatur.

§. 14. Huiusmodi iurea debet fieri per XXIVor homines ad minus legales, non suspectos, quos nec favor nec odium a iurea debeat amovere. Et per fidelem servientem debet submonitio fieri, qui nec prece nec precio nec amore nec odio nullatenus corrumpatur, qui veriores ac probiores homines submoneat, et quos poterit invenire circa loca et in locis, in quibus factum fuerit maleficio, quo reus accusatur, et eos insuper qui facti creduntur percepisse veritatem.

§. 15. Si vero de furto vel roberia iurea fuerit sustinenda, de locis in quibus reus conversatus fuerit et in quibus dicitur latrocinia perpetrasse, debent submoneri legitimi homines iuratores veritatem factorum et vitae ejus cognoscentes, et ita subito debent coram iusticiario deduci, ne per amicos corrumpi valeant accusati.

§. 16. Iustitiarius autem secreto, assumtis tribus vel IVor militibus, debet sigillatim eos examinare de vita et actibus accusati, [et] quid sciunt et quid credunt inquirere diligenter.

§. 17. Auditis autem singulorum dictis accusatus adducendus est, et inquirendum est, si quem juratorum illorum velit sonare. Omnes juratores eidem monstrandi sunt. Si quem legitime sonaverit, dictum eius non debet eidem nocere, sed a iurea debet removeri.

§. 18. Post haec autem coram ipsis juratoribus et aliis in publico convocatis dictum eorum coram reo debet per iusticiarium recitari, et per iuratores confiteri, quod ita juraverunt. Et super hoc debet fieri iudicium in continenti et iudicium factum sine dilatione adimpleri; et quod XXti eorum juraverint, observetur. Et si aliqui eorum senescentes dixerint, tot debent apponi iuratores, si possunt inveniri, quod per sacramentum XXti eorum veritas rei eluceat inquisitionis.

II. Auszug aus Fleta lib. I. cap. XXXII.

35. Et cum aliquis praedictorum petierit respondere, et venerit in iudicio, defendere debet omnem feloniam et verba per ordinem dedicere, secundum quod in appello fuerint versus eum proposita; et tunc dicat: quod inde non sum culpabilis pono me super Patriam de bono et malo; et tunc remittatur Gaolae, et appellans sequatur breve vicecomitis, quod venire faciat tot et tales de tali visineto, quod sint ad certum diem ad recognoscendum.

36. Ad quem diem appellans et appellatus amovere poterunt iuratores legitime suspectos; nec sufficiet in aliqua jurata calumpniam apponere sine causa; quam si verificare non poterit per non calumniatos, calumniator jurare compellatur.

Calumniare enim poterit multipliciter, ut per capitales inimicitias inter eos habitas, vel quia jurator alias convictus fuit de perjurio; vel quia excommunicatus, quod docere oportebit per litteras diocesani; vel quia iudicium subivit pillorale, vel huiusmodi, vel quia villanus; vel quia infra aetatem, vel ultra.

37. Qui cum juraverint et non fuerint concordēs, ex tunc separari debent ab invicem, et iustitarii quemlibet per se debent examinare, quorum suspecti, qui nequiter propter cupiditatem escaetae terrae defensoris vel huiusmodi inculpatum dampnare intendunt, penitus amoveantur; vel si omnes per unum instruantur qui non fuerit ex juratoribus; vel cum omnes a villatis fuerint instructi, villataeque ab aliquo domino vel ballivo vel alio. Qui innocentem dampnari affectaverit puniatur talis conspirator; et novi eligantur iuratores, qui primis jungantur juratoribus, nisi primi fuerint omnes suspecti, et sic fiat donec veredictum unanimiter proferatur, et non per diaetam vel prisonae exactionem, nisi in casu ubi inculpatus in alios se ponere noluerit.

38. Qui cum in dubio fuerint, nec veritatem sciverint, non ad dampnationem erit recurrendum, immo potius ad salvationem; et ideo quia actor suam non probaverit actionem, per quod considerandum erit quod appellatus quietus recedat, et appellans gaolae commitatur.

39. Cum autem appellans aliquo modo de probatione sua defecerit, dum tamen non per inquisitionem patriae, nihilominus subesse poterit felonia, quae quidem si non convincatur sic remaneret impunita, quod esse non debet; procedat igitur Rex ex suo of-

ficio pro pace sua infracta ad inquisitionem propter praesumptionem appelli (vel indictamenti cum nullus appellaverit). Qui culpabiles inveniantur tales per patriam in quam se posuerint, quamvis appellatores per duellum devicerint, vel appellum declinaverint, vel quamvis appellatores mortui sunt, condempnabuntur tamen, quemadmodum appellum processisset.

III. Auszug aus Britton Chap. IV. nach Houard Traité s. les coutumes Anglonormandes. Paris 1776.

4. vol. 4.; vol. IV. p. 22.

Et come les defendaunts se soient mys en pays et les iorours soient venus en Court si purrout il estre chalenges par ceste generale challenge: „Sire il ne doit estre, car il me endita, et ay presumption de luy et de tous mes enditeurs que ils soient uncore de moy la volonte vers moy come quant ils me enditerent.” Et ceste exception volons nous que soit allowable en peril de mort. Oustre ce eux purrout estres chalenges plusurs maneres, si come dist serra entre les exceptions. Et come ils ne saver ou ne vordront les iurours challenger, et ils y soient de iurors suffisaument deschalenges iesques a xii, si voient ailliurs. Et si il ne eient mie asses, si soient les chalenges tries. Et si les chalenges soient troves verreyes issint que il ny eit mye pleynement xii si soient assys a un auter iour, et face le Visconte vener plus. Et quant ils deyvent iurer, si iurge lun apres lautre que il verite dirrout de ceo que lou les demaunders de par nous, si Dieu lour eyde et les Seints; ne ia soit fait mencion de lour ascient, car en plus haut droit ne purrout il jurer que de vie et de membre. Et puis soient les iurours charges de quel fait il deyvent dire verite. Et puis sen voysent parler tout a par eux, et soient gardes par baillifs que nul ne poge a eux, et si ascun le face, ou si ascun y soit, que ne soit mye iure, soit comaunde a la prison, et tresteus les autres en la mercy pour la sole suffraunce. Et si ils ne se poient accorder a une voluntera, si soient seueres, et examines pour quoy ils ne poient avener, et si la greynure partie se tiendra, et si ils dient sur leur serments que ils ne seuent rien del fait, soient mys autres que le seuent. Et si cely qui se myst en enqueste ne se vodra poynt mettre en autres, si soit commaunde arere a la penaunce iesques a taunt que il se vodra mettre. Et volons que chescun que soit encoupe de vie de membre et se apperceyue que le verdit del enqueste ou il se auera mys deyve passer encontre lui, et voille dire que ascun des iurours le eit procure del dampner par son Seignior de qui il tient sa terre par couetise del eschete ou par autre, que le justices sur ceo examinent les iurours ententivement, si nul les eit fait entendre tiel esclaundre estre verite, et souent ad mester de bon examenement, car en tiel cas purra len enquerrer coment les iurours seient la verite de leur verdit, ou ils dirrout par ascun de la compaynye, cely peraventure dirra que ils le counterrent par verite a la tauerne, ou aillours de ascun ribaud ou autre, a que home ne doit rien crere, ou peraventure cely ou ceux par queux les iurours serrount ensenses, aueront este pries ou procures par les seignours, ou par les enemies al endite pur lui dampner. Et

si len troue ceo, si volons nous que ceux procures soient pris, et punys par prison, et par feyn. Et si les iurours soient en aver (en doute, à avérer la chose) de la choce et nient en certain, si doit len touts iours en tiel cas juger pur le defendaunt. Et si les iurours dient que il nest nient coupable de la felonie, si soit agarde que il voise quites, et que il eit deliuerance de ces terres, et de touts ses bien. Et si ils dient que il est coupable si come il pecha par treson vers nous, si soit treyne et condempne a la mort. En la felonie de fausenerie ne gist nul appel fors que entre le encusour pur Nous, et le encuse, et entre prouour qui auera la felonie reconu, et celui que il auera appelle de sa compagnie, et parentre celui que serra troue seisi, et le garaunt que il auera voche, car nul suyt ny gist, fors que la nostre, en droit de faux brefs, ou brefs de faux jugement troues en ascien seisine; volons nous que ceux soient arestus et detenués en prison iesques a taunt que ils soient garrautes, ou que lour garraunts soient pendus ou utlages, ou que ils eient voche ceux que ne sount mie conus en counte, adonques volons nous que ils se acquitent par pays, ou soient mis a la penaunce. Et si ils soient garrauntez par ceux que ceux brefs ne pourront avouer selonc les leys et les usages de nostre royalme, si coure le iugement enuers les garaunts. Et si le garaunt dedie de garaunte, adunques courge la ley come apres serra dit. En droit de faux deners et deners rotundus et deners countrefaits a nostre monoye, soit fecit solonc les estatuts de nostre monoye, et solonc ceo que dist est de faux brefs troues en ascun seysine.

IV. Auszüge aus Henrici Bracton de legibus et consuetudinibus Angliae libri V. Ed. Lond. 1640. 4^a).

I. Aus liber III.; tractatus I. cap. X.

§. 2. a) Item iustitiariorum quidam sunt capitales, generales, perpetui et maiores a latere regis residentes, qui omnium aliorum corrigere teneantur injurias et errores.

b) Sunt etiam alii perpetui, certo loco residentes, sicut in banco, loquelas omnes de quibus habent warrantum terminantes, qui omnes jurisdictionem habere incipiunt praestito sacramento.

c) Item sunt alii itinerantes de loco in locum, sicut de comitatu in comitatum, quandoque ad omnia placita, quandoque ad quaedam specialia, sicut ad assisas tantum et gaolas, et qui auctoritatem habere incipiant sine sacramento, cum breve domini regis receperint de warranto; sunt etiam iustitarii constituti ad quasdam assisas, duas, tres vel plures, qui quidem perpetui non sunt, quia expleto officio jurisdictionem amittunt.

a) Geschrieben zwischen 1240 und 1255 (Biener Beitr. S. 290.). Der Anlage des Wortes liegen die justinianischen Institutionen zum Grunde. Mit Buch III. beginnt die Darstellung des Aktionenrechtes, von welchem das Obligationsrecht (c. 2.) als Theil behandelt wird. Die Paragraphen der Kapitel habe ich zum Theil ihrer Länge wegen in kleiner alphabetisch bezeichnete Absätze zerlegt.

2. Aus liber III., tractatus I. cap. XI.

§. 1. a) Ut autem de capitalibus justitiariis in banco residenti-
bus ad praesens taceamus, videndum qualiter constituendi sunt ju-
stitiarii ad itinerandum de comitatu in comitatum, ad omnes causas
generaliter vel ad certas, et postea qualiter ad speciales unam, duas
vel plures.

b) Si autem constitui debeant ad omnes causas generaliter tunc
praestito sacramento qualiter se gerere debeant in itinere suo, fiat
cuilibet eorum breve specialiter per se et postea omnibus in com-
muni. Forma autem brevis specialis talis erit, et sacramentum
tale erit.

§. 2. a) Jurabit quilibet post alium, quod rectam justitiam fa-
cient pro posse suo in comitatu, in quibus itineraturi sunt, tam
pauperibus quam divitibus, et quod assisam servabunt secundum
capitula subscripta, et inferius exprimenda^{a)}, et quod facient omnes
rectitudines et justitias spectantes ad coronam domini regis. Et
post sacramentum suum dicatur eis expresse, quod pro posse suo
intendant ad faciendum commodum regis.

§. 3. „Rex dilecto et fideli suo A. salutem. Sciatis quod con-
stituimus vos justitiarium nostrum una cum dilectis et fidelibus no-
stris B. C. D. ad itinerandum per comitatum talem vel comitatus
tales A. de omnibus assisis et placitis tam coronae nostrae quam
aliis, secundum quod in brevi nostro de generali summonitione inde
vobis directo plenius continetur. Et ideo vobis mandamus, rogan-
tesque in fide qua nobis tenemini, una cum praedictis sociis vestris
ad haec expedienda fideliter et diligenter intendatis, ut tam fidem
vestram quam diligentiam ad hoc appositam debeamus merito com-
mendare. Teste etc.” Et haec eadem forma fiat singulis eorum
per se.

§. 4. „Rex dilectis et fidelibus suis A. B. C. D. salutem. Scia-
tis quod constituimus vos justitios nostros ad itinerandum in co-
mitatu tali de omnibus placitis et assisis tam coronae nostrae quam
aliis, quae emergerint postquam justitii nostri ultimo itineraverunt
in comitatu illo, et etiam de illis quae summonita fuerunt et atter-
minata fuerunt et non finita coram justitiariis nostris de banco apud
Westmonasterium vel coram justitiariis nostris itinerantibus qui ul-
timo itineraverunt in eodem comitatu, de omnibus placitis vel tan-
tum de assisis novae dissaysinae, mortis antecessoris capiendis vel
gaolis deliberandis, ita quod omnes assisae illae et omnia placita
illa sint coram vobis in eodem statu quo remanserunt per praecep-
tum nostrum vel per praefatos iustitios nostros de banco. Man-
davimus etiam vicecomiti nostro A quod ad diem et locum quem
ei scire facietis faciat coram vobis summonitiones fieri et attachia-
menter^{b)} venire cum brevibus assisarum et placitorum praedicto-

a) Tract. II. c. I. unter n.

b) Attachiare, aus dem lateinischen attangere oder aus einer germa-
nischen Wurzel, erhalten in dem tanganoder lex Salica und Ribuariorum,
dem schwedischen „taga“, dem dänischen „tage“ und dem englischen
„to take“, nehmen, greifen; dem französischen „attaquer, attacher“ und
dem deutschen „Zange und Zacke“ ist: angreifen, und besonders: verhaf-
ten; „attachiamentum“ die Verhaftung und der Verhaftete (retatus) selbst,
oder der gegen Bürgschaft aus der Haft Entlassene.

rum. Et ideo vobis mandamus rogantes quod in fide qua nobis tenemini ad negotia nostra ibidem exequenda fideliter etc. ut supra."

§. 5. a) „Rex A. B. C. salutem. Sciatis quod constituimus vos justitarios nostros etc. ut supra. Et ideo vobis mandamus, rogantes quod tali die conveniatis apud talem locum, facturi inde quod ad justitiam pertinet et in fide qua nobis tenemini ad negotia nostra ibidem expedienda et fideliter etc. ut supra. Mandavimus etiam vicecomiti nostro tali quod ad praedictum diem et locum faciat coram vobis summonitiones fieri et attachiamenta venire cum brevibus assisarum praedictarum et placitorum praedictorum. In cujus rei testimonium mittimus vobis has literas nostras patentes. Teste etc."

b) Postea fiant brevibus vicecomiti clausa, quod venire faciat coram justitiariis omnia placita, et de generali summonitione omnibus facienda tam majoribus quam minoribus.

§. 6. „Rex vicecomiti vel vicecomitibus talibus salutem. Praecipimus vobis quod ad certos dies et loca quae vobis scire faciant dilecti et fideles nostri tales et socii sui quos justitarios nostros assignavimus ad itinerandum per comitatus vestros ad omnia placita venire faciatis coram eis omnia placita coronae nostrae quae placitata non sunt et quae emergerunt postquam justitarii nostri ultimo itineraverunt in partibus illis, ad omnia placita et similiter omnia attachiamenta ad placita illa pertinentia, et omnes assisas et omnia placita quae posita sunt ad primam assisam coram justitiariis, cum brevibus assisarum et placitorum, sicut plenius continetur in literis nostris clausis quas singulis vestrum alias inde misimus. Teste etc." Scilicet de generali summonitione, quae tales sunt.

§. 7. „Rex vicecomiti salutem. Summoneas per bonos summonitores omnes archiepiscopos, episcopos, abbates, priores, comites, barones, milites et libere tenentes de tota balliva tua, et de qualibet villa quatuor legales homines et praepositum, et de quolibet bugo duodecem legales homines burgenses per totam ballivam tuam et omnes illos qui coram justitiariis itinerantibus venire solent et debent, quod sint apud talem locum, tali die, anno regni nostri tali, coram dilectis et fidelibus nostris A. B. C. D. quos justitarios nostros constituimus, audituri et facturi praeceptum nostrum. Facias etiam venire tunc coram justitiariis nostris omnia placita coronae nostrae quae placitata non sunt, — ita quod assisae illae et placita pro defectu tui vel summonitionis tuae non remaneant. Facias etiam clamari et sciri per totam ballivam tuam quod omnes assisae et omnia placita quae fuerunt attachiata et atterminata et non finita coram justitiariis nostris de banco vel coram justitiariis nostris qui ultimo itineraverunt in comitatu tuo — tunc sint coram praefatis justitiariis apud talem locum in eodem statu quo remanserunt. — Summoneas etiam per bonos summonitores omnes illos qui vicecomites fuerunt post ultimam itinerationem praedictorum justitiariorum nostrorum in partibus illis, quod tunc sint ibidem coram praedictis justitiariis nostris itinerantibus cum brevibus assisarum et placitorum, quae tempore suo receperunt, et ad respondendum de tempore suo, sicut respondere debent coram justitiariis itinerantibus, et habeas ibi summonitores et hoc breve. Teste etc."

3. Aus liber III. tractatus I. cap. I.

§. 1. a) Facta coram justitiariis itinerantibus generali summonitione ad certos diem et locum, quae ad minus continere debet spa-

tium XV dierum, videndum erit in primis qualiter procedere debeant et quo ordine.

b) Et sciendum quod in primis incipere debent de placitis coronae in quibus terminantur actiones criminales tam majores quam minores, nisi ipse forte Dominus Rex in aliqua parte aliter duxerit faciendum.

c) Et in primis legantur brevia quae dant eis auctoritatem et potestatem itinerandi ut sciri poterit de eorum auctoritate. Quibus auditis si justitiariis placuerit quidem major eorum et discretior publice coram omnibus exponat quae sit causa adventus eorum et quae sit utilitas itinerationis et quae commoditas si pax observetur. Et proponi solent verba ista per Mag. de Pateshull; in primis de pace domini regis et justitia ejus violata per murdritores et robbatores et burglatores, qui malitiam suam exercent die ac nocte non solum in homines de loco in locum itinerantes, sed in homines in lectis dormientes, et quod dominus Rex mandat omnibus fidelibus suis, quod in fide qua ei tenentur et sicut sua salvare voluerint efficax et diligens praestent auxilium ad pacem et justitiam suam conservandam et malitiam praedictorum tollendam et reprimendam, et hujusmodi plura.

d) Quibus propositis debent justitii se transferre in aliquem locum secretum, et vocatis ad se quatuor vel sex vel pluribus de majoribus de comitatu, qui dicuntur busones ^{a)} comitatus et ad quorum nutum dependent vota aliorum, et sic inter se tractatum habeant justitii ad invicem, et ostendant qualiter a domino rege et consilio suo sit provisum, quod omnes tam milites quam alii qui sunt quindecim annorum et amplius jurare debent quod utlagatos, murdritores, robbatores et burglatores non receptabunt nec eis consentient, nec eorum receptatoribus, et si quos tales noverint, illos attachiari facient, et hoc vicecomiti et ballivis suis monstrabunt, et si hutesiam vel clamorem de talibus audiverint, statim audito clamore sequantur cum familia et hominibus de terra sua. Ad quod notari possit quod si quis feloniam fecerit et statim captus fuerit levato hutesio cessabit secta; et unde si homo per infortunium oppressus fuerit submersus vel aliquo alio modo interfectus, statim levetur hutesium; sed sequi non oportet de terra in terram, villa in villam, cum malefactor captus sit. — Et postea traceam conducant per terram suam et in fine terrae suae illam monstrabunt dominis terrarum vicinarum, et sic quod fiat secta de terra in terram cum omni diligentia donec malefactores comprehendantur, et quod non remaneat tracea facienda, nisi impedimentum interveniat per noctem supervenientem vel alia rationabili causa, et quod illos quos suspectos habent pro posse suo arrestabunt, non expectato mandato justitii vel vicecomitis, et quod inde fecerint scire faciant justitiis vel vicecomitibus.

e) Jurabunt etiam quod si aliquis venerit in villam vel burgum vel alibi, et emerit panem, cervisiam vel alia victualia, et suspectus sit quod hoc sit ad opus malefactorum, ipsum arrestabunt, et ipsum arrestatum vicecomiti vel ballivis suis liberabunt.

f) Jurabunt etiam quod nullum de nocte recipient in domum suam ad hospitandum nisi bene notus sit, et si forte ignotum aliquem hospitaverint quod non permittent eum in crastino recedere

a) Ein ἀπαξ λεγόμενον. Wahrscheinlich ist zu lesen: „barones.”

ante clarum diem, et hoc sub testimonio trium vel quatuor proximorum vicinorum.

g) Convocentur postmodum servientes et ballivi hundredorum et per ordinem inrotulentur hundredarii sive wapentakia et nomina servientium, quorum quilibet affidabit, quod de quolibet hundredo eliget quatuor milites, qui statim veniant coram justitiariis ad faciendum praeceptum domini regis, et qui statim jurabunt quod eligent duodecim milites vel liberos et legales homines, si milites non inveniantur, qui neminem appellant nec sunt appellati, nec male crediti de pace infracta, de morte hominis vel alio maleficio, et per quos negotia domini regis possint melius et utilius expediri. Et nomina eorum duodecim statim imbrevari faciant in quadam schedula et illam liberent justitiariis; qui etiam cum venerint jurabunt in hac forma. Primus sic:

§. 2. a) „Hoc audite justitiiarii quod ego veritatem dicam de hoc quod a me interrogabitis ex parte domini regis et fideliter faciam id quod mihi praecipietis ex parte domini regis, et pro aliquo non omittam quin ita faciam pro posse meo; sic me deus adjuvet et haec sancta dei evangelia.”

b) Et post eum jurabit quilibet aliorum separatim et per se: „tale sacramentum quale A., primus jurator scilicet, hic juravit ego tenebo ex parte mea, sic me deus adjuvet et haec sancta etc.”

c) Et cum ita juraverint omnes legantur eis capitula per ordinem de quibus coram justitiariis respondebunt. Quibus sic auditis statim dicatur eis quod de quolibet capitulo separatim per se et sufficienter, distincte et aperte respondeant in veredicto suo, et illud habeant ad certum diem, et secrete dicatur eis, quod si sit aliquis in hundredo vel wapentakio suo, qui male creditus sit de maleficio aliquo, illum statim capiant si possint, si autem non, tunc secreto habere faciant justitiariis nomina talium et omnium illorum qui male crediti sunt in quadam schedula, et praecipietur vicecomiti quod illos statim capiat et captos venire faciat coram justitiariis, ut justitiiarii de iis faciant justitiam.

d) Capitula vero quae illis duodecim proponenda sunt quandoque variantur secundum varietatem temporum et locorum et quandoque augentur, quandoque minuuntur. Sed tamen aliquid dicatur de capitulis exempli causa, qualiter per ordinem proponuntur.

§. 3. a) Inprimis de veteribus placitis coronae quae alias fuerunt coram justitiariis et non fuerunt terminata.

b) De novis placitis coronae quae postea emergerunt tempore pacis, per quod notari poterit, per capitula ista quod non erit quaerendum de placitis illis coronae quae emergerunt ante aliud iter justitiariorum et quae coram eis proposita non fuerunt. Et si aliquis eorum de huiusmodi fuerit accusatus inde habebit exceptionem. Et etiam possunt juratores duodecim de alio itinere argui de perjurio, ut de termino S. Michaelis anno regni regis Henrici nono, incipiente decimo, de quodam Henrico Rombaud in comitatu Herfordshire.

c) De illis qui sunt in misericordia regis et non sunt amerciati. Ad quod videndum qualiter quis sit amerciandus. Et sciendum quod miles et liber homo non amerciabitur nisi secundum modum delicti, secundum quod delictum fuit magnum vel parvum, et salvo contentamento suo; mercator non nisi salva merchandisa sua, et villanus

autem non nisi salvo wannagio ^{a)} suo; et hoc per iudicium proborum hominum de visneto qui affidabunt simul cum serviente. Comites vero vel barones non sunt amerciandi nisi per pares suos et secundum modum delicti, et hoc per barones de scaccario vel coram ipso rege. Clericus vero non amerciabitur secundum beneficium suum ecclesiasticum, sed secundum quantitatem laici feodi sui et secundum modum delicti. Et ad hoc fideliter faciendum affidabunt amerciatores quod neminem gravabunt per odium, nec alicui deferent propter amorem et quod celabunt ea quae audiverunt.

d) De valectis ^{b)} et puellis qui sunt et esse debent in custodia regis, qui sunt, et qui illos habent, et per quem, et quantum terrae eorum valent.

e) De dominabus quae sunt et esse debent de donatione domini regis, sive sint maritatae sive non, et si sint maritatae, quibus et per quem et quantum terrae illarum valent per annum ^{c)}.

f) De ecclesiis quae sunt de advocacione domini regis, quae ecclesiae illae sunt, et qui illas habent et per quem, et quantum valent per annum.

g) De eschaetis domini regis, quae sunt et qui illas tenet et per quem servitium tam de terris Normannorum quam de aliis ^{d)}; et si quae teneantur sine warranto capiantur in manum domini regis.

h) De serjantiis domini regis, quae sunt et qui illas tenent et per quem, et cujusmodi serjantiae illae sunt, et quantum valent, et quae servitia reddant ^{e)}.

i) De purpraesturis factis super dominum regem, sive in terra sive in mari sive in aqua dulci, sive infra libertatem sive extra, sive alibi ubicunque.

k) De mensuris factis et juratis per regnum, si servatae sint sicut provisum fuit, et si custodes mensurarum mercedes ceperint ab aliquo, quod possint per alias emere et per alias vendere, quod quidem intelligitur de omnibus mensuris, tam ulnis quam ponderibus; et si assisa de latitudine pannorum servata sit sicut fuit provisum, et si quis denarios ceperit pro pannis contra assisam venditis.

l) De vinis venditis in civitate, burgis et aliis villis mercatoriis, ubi vina vendita sunt contra assisam, et quis ea vendiderit, et quod dolia per annum et per quot annos.

m) De illis qui ceperunt denarios ab illis qui extraneos hospitati sunt contra assisam inde factam anno praeterito.

a) Wannagium, auch gagnagium oder wannagium ist das Genußrecht eines Grundstückes, und auch dasjenige, was dazu gehört; also die Hofwehr oder das Wirthschaftsinventar.

b) Valectus, valetus, ist Verkürzung von vasseletus. Die garde féodale, auf welche sich dieser Theil der capitula bezieht, ist ein alt französisches Gewohnheitsrecht. In Frankreich wurde sie dem nächsten Lehenserben gegen das Relevium unter der Verpflichtung zur Uebernahme der Lehendienste überlassen. Établ. de St. Louis I, 117. Beaumanoir X. ch. XV.; bes. n. 2. und 19. Die garde, wie das unter e vorkommende maritagium beruhen auf dem älteren Herkommen (Cap. Kar. Calv. tit. LII. c. 9.), durch welches die Erblichkeit der Reichsämtler und Beneficien vermittelt wurde. System u. Gesch. I., 153.

c) Vergl. Établ. de St. Louis I., 63.

d) Vergl. oben S. 51.

e) Vergl. die Syst. u. Gesch. I., 115. in der Note nachgewiesenen Stellen der karolingischen capitula legationis.

n) De vicecomitibus et aliis ballivis domini regis qui tenuerunt placita coronae, et quae placita sunt, et qui convenire faciant hundreda sive wapentakia pro inquisitionibus faciendis de morte hominis vel aliis placitis coronae; et si ceperint misericordias pro defaultis vel pro hutesio non levato vel non secuto.

o) De usurariis christianis mortuis^{a)}; qui fuerunt et quae catalla habuerunt et quis ea habuerit.

p) De catallis Judaeorum et vadiis et debitis et chartis eorum et quis ea habeat.

q) De falsonariis et retonsoribus denariorum. De moneta et cambio domini regis; scilicet quis facit monetam et chambium sine domino rege vel justitiariis suis^{b)}.

r) De burglatoribus et malefactoribus et eorum receptatoribus tempore pacis. De fugitivis et quis redierit post fugam sine warranto domini regis. De utlagatis et eorum catallis, quis ea habet et si qui utlagati redierint sine warranto. De his per quorum terram utlagati, raptores vel burglatores transierunt, qui non fecerunt sectam post eos, sicut facere debuerunt.

s) De mercatis remotis ab una die in alium sine licentia domini regis, nisi sit de die dominica; et si quod mercatum de novo levatum fuit sine warranto aut praecepto domini regis^{c)}.

t) De novis consuetudinibus levatis sive in terra sive in aqua; qui eas levavit et ubi^{d)}.

u) De mercede capta pro blado et aliis catallis dimittendis ne caperentur ad castella et hujusmodi, et similiter de prisis factis per vicecomites, constabularium vel alios ballivos contra voluntatem eorum quorum catalla illa fuerunt^{e)}.

v) De defaultis; scil. de iis qui summoniti fuerunt ad esse hic coram justitiariis et non sunt, et qui non venerunt primo die.

w) De gaolis deliberatis sine warranto domini regis, et similiter de illis qui tenuerunt placita de probatoribus sine warranto. De evasione latronum.

x) De wrecko maris.

y) De malefactoribus in parcis et vivariis; qui illi sunt: et eodem modo de columbariis, et qui columbas capiunt revertentes ad columbaria.

z) De rapinis et prisis factis extraneis; per quos hoc factum fuit et quando et ubi et in cujus protestate.

aa) De illis qui non permittunt intrare ballivos domini regis in terras suas ad summonitiones et attachiamenta vel districtiones faciendas pro debitis domini regis vel pro placitis et aliis rebus sine speciali libertate.

bb) De ballivis qui ceperunt dona vel denarios pro recognitoribus amovendis de juratis et assisis, et similiter de vicecomitibus et ballivis qui ceperunt redemptionem de valetis integrum feodum militis tenentibus vel viginti libratas terrae habentibus, ne milites fierent ad mandatum domini regis, cum vicecomites et alii ballivi domini regis inde praeceptum haberent speciale de talibus plenae aetatis militibus faciendis.

a) Vergl. oben S. 66.

b) Vergl. das edictum pistense von 864. Cap. Kar. Calv. tit. XXXVI.

c) Cap. II. 809. c. 8.

d) Cap. V. 819. c. 4.

e) Ueber das droit des prises s. System u. Gesch. I, 144. n. a.

cc) De vicecomitibus et aliis ballivis qui placita coronae et namii vetiti placitant in comitatibus, hundredis per sacramentum vel alio modo, cum nullam inde habeant potestatem sine speciali mandato regis et per breve suum, nisi tantum vicecomes qui est in hoc justitiarius domini regis super injusta captione et detentione.

dd) De excessibus vicecomitum et aliorum ballivorum, si aliquam litem suscitaverint, occasione habendi terras vel custodias vel perquirendi denarios vel alios profectus, vel per quod justitia et veritas occultetur vel dilationem capiat.

ee) De vicecomitibus et aliis ballivis ambidextris qui capiunt ex utraque parte.

ff) De thutingis, hundredis sive wapentakiis et aliis ballivis domini regis positis ad firmam tempore praedictorum vicecomitum, quantum valent et pro quanto posita fuerunt quolibet anno tempore praedictorum vicecomitum, et pro quanto modo posita sunt.

gg) De prisis domini regis in terra sive in aqua dulci vel salva et libertatibus spectantibus ad castella sua sive ad comitatum sive ad burgos suos sive ad alia quaecunque loca; quae sunt et quantum valeant per annum, et quis ea occupaverit vel celaverit vel detinuerit.

hh) De vicecomitibus et aliis ballivis qui ceperunt denarios ab illis qui rectati fuerunt de morte hominis, ut demitterent eos per plevinam cum non essent replegiandi sine speciali praecepto domini regis.

ii) De vicecomitibus et aliis ballivis qui imprisonnaverunt illos qui rectati fuerunt de latrocinio per indictamentum vel appellum probatoris et illos in prisa detinuerunt quousque haberent de illis redemptionem, cum possent et deberent per legem terrae replegiari sine aliqua redemptione; vel si a talibus redemptionem ceperunt ne imprisonarentur.

kk) De vicecomitibus et aliis ballivis qui bis vel pluries denarios ceperunt ab aliquo ac si pluries esset amerciatus, cum amerciatus non esset nisi semel. De vicecomitibus et aliis ballivis qui distrinxerunt plures unum nomen habentes pro pluribus amerciamentis, ubi non fuit amerciatus nisi unus tantum. De vicecomitibus et aliis ballivis qui distrinxerunt aliquem ad pagandum et faciendum plus quam id ad quod fuit amerciatus per summonitionem scaccarii.

ll) De ballivis qui faciunt cervisias suas quas quandoque vocant „Sothale [Cod. Spelm. socdale]” quandoque „Filctale [Cod. Spelm. fildale]”^{a)}, ut pecunias extorqueant ab eis qui sequuntur hundreda sua et ballivas suas, et de illis similiter qui licet cervisiam non faciant blada tamen colligunt in autumno, equos et alia praetentu ballivae suae, per quod pauperes gravant et molestant.

mm) De catallis extraneorum de potestate regis Franciae existentium, dum rex fuit in Vasconia, quo devenerunt etc.

nn) De denariis captis pro defaultis per ballivos de iis qui non venerunt ad summonitionem vicecomitis; qui eos ceperit et quantum.

oo) De iis qui levaverunt warenniam sine sufficienti warranto.

pp) De iis qui manuceperunt habendi aliquem coram justitiariis in adventu ipsorum et non habuerunt eum primo die.

a) Wurzelwort ist das engl. „ale“. Außer der Stelle des Textes fehlt es an Nachrichten über diese Art der Erpressung.

qq) De iis qui retraxerunt brevia et alteri parti vendiderunt, per quod dominus rex amisit id quod ad ipsum pertinebat.

rr) De thesauris inventis etc.

ss) De felonibus damnatis et suspensis alibi quam coram justitiariis ad omnia placita ad quorum manus catalla devenerunt, et qui terras, si quas habent, teneant et a quo tempore et quantum valent per annum.

tt) De iis qui currunt in alienis warennis sine warranto dominorum.

uu) De vicecomitibus et aliis ballivis domini regis qui ceperint mercedem pro vigiliis constitutis et non observatis.

3. Aus lib. III.; tract. 2. c. 18.

§. 3. a) Cum — captus coram justitiariis producendus fuerit produci non debet ligatis manibus, quamvis aliquando compedibus propter periculum evasionis, et hoc ideo ne videatur coactus ad aliquam purgationem suscipiendam.

b) Cum autem productus fuerit et de crimine ei imposito accusatus, si crimen statim confiteatur satis planum erit iudicium. Si autem negaverit et crimen defenderit praecise et sit aliquis qui eum appellat per verba legitimum appellum facientia tunc autem defendit omnia praecise quae ei imponuntur et nihil excipit contra appellan-tem, habebit electionem utrum se ponere velit super patriam utrum culpabilis sit de crimine sibi imposito vel non vel defendendi se per corpus suum.

c) Si autem patriam elegerit ad defensionem per corpus suum per poenitentiam reverti non poterit, sed per patriam negotium terminabitur nec contra.

d) Si autem per corpus suum intret in defensionem nihil excipiendo statim vadietur inter eos duellum; si omnia rite concurrant et principalia maxime, appellum facientia et quae jungunt duellum. Et si appellatus forte hoc omiserit, justitiiarii ex officio suo debent omnia examinare, inprimis factum et causam appelli, et si factum et causa sufficiant; tunc inprimis examinare debent sectam si bene facta fuerit, ita quod nulla sit variatio, ut: si appellans unum dixerit in comitatu et coram coronatoribus, et aliud dixerit coram justitiariis; non enim hic admittitur variatio, secundum quod inferius dicitur plenius.

§. 4. a) Si autem omnia bene concurrant quae jungunt duellum tunc dat appellatus vadium disrationandi, et si appellatus victus fuerit, capitalem subibit sententiam cum exhaeredatione et omnium bonorum suorum amissione et sicut esse debet in omni vel quolibet genere feloniae. Si autem appellans victus fuerit gaolae committatur tanquam calumniator puniendus, sed nec vitam amittit nec membrum licet secundum leges ad talionem teneretur si in probatione deficeret, et appellatus quietus recederet de appello illo, nisi forte justitiiarii pro aliqua alia suspicione vel recto duxerint ulterius retinendum, quod aliquando faciunt ex causa, sicut contingit aliquando de Roberto Brodegh in comitatu Berkshire coram Mag. de Pateshull.

b) Et haec vera sunt quod appellatus per corpus suum se defendere poterit cum appellatus fuerit, nisi aliqua violenta praesumptio faciat contra ipsum, quae probationem non admittit in contra-

rium per quam dedicere vel defendere possit mortem et feloniam; sicut esse potest cum quis captus fuerit super mortuum cum cultello cruentato. Mortem dedicere non poterit.

c) Et haec est constitutio antiqua: in quo casu non est opus alia probatione^{a)}, non est necesse probare per corpus; nec per patriam ubi violenta praesumptio facit contra appellatum.

d) Item si quis jacuerit in domo aliqua de nocte solus cum aliquo, qui fuerit interfectus, vel si duo ibi fuerunt vel plures et hutesium non levaverint, nec plagam a latronibus vel aliis qui interfecerint in defensione facienda non receperint, nec vel quis hominem interfecerit ostenderint, de se vel de aliis: mortem dedicere non poterunt; ut in termino S. Michaelis anno regno regis Henrici nono incipiente decimo in comitatu Kantiae de Adam de Burgh.

e) Eodem fere modo dici poterit ut videtur, si quis in domum suam notum vel ignotum receperit hospitandi causa vel alia huiusmodi, et qui sanus et vivus visus fuit intrare et nunquam postea nisi mortuus, dominus domus si tunc domi fuerit vel alii de familia qui tunc praesentes fuerunt poenam capitalem non evadent, nisi forte per patriam fuerint liberati, si iustitarii perspexerint veritatem per patriam debere inquire.

§. 4. a) Et pro hac suspitione constitutum est ne quis extraneum hospitetur nisi de clara die, nec permittat eum recedere nisi de clara die. Et haec etiam praesumptio maxime esse poterit, ut si dominus et homo suus jacuerint in una domo et dominus inventus fuerit occisus, homo tenebitur qui nec clamorem levavit nec plagam recepit nec in aliquo se opposuit ad defensionem.

b) Et idem dici poterit de extraneo, quia vix evadere poterit periculum per inquisitionem patriae propter tam gravem praesumptionem datam de tam occulto facto.

c) Sed cum patria veritatem scire non possit de tam occulto facto qualiter liberabitur ille qui super patriam se posuerit? Revera satis liberat quia expresse non condemnat, sicut dici poterit de charta, cum satis acquietat ex quo specialiter non onerat.

d) Item poterit factum esse tam occultum quod secta sit nulla vel minus recte facta; tamen calumniari non poterit, quia initium facti sciri non poterit, sicut de veneno dato; et quo casu appellatus non habebit electionem utrum se ponere velit super patriam vel defendere se per corpus suum, sed oportet quod defendat se per corpus suum, quia patria nihil scire poterit de facto nisi per praesumptionem et per auditum vel per mandatum, quod non sufficit ad probationem pro appellante nec pro appellato ad liberationem; nisi sit qui dicat ut supra: quod satis liberatur ex quo non condemnatur.

e) Admittitur tamen ex necessitate quod appellatus habebit electionem propter inconveniens quod sequeretur, quia si semper teneretur se defendere per corpus ita posset quilibet in tali facto alium appellare per campionem conductivum; quod non est sustinendum.

4. Lib. III. tract. II. c. XXII.

§. 1. a) Item dictum est supra ubi apparet accusator et sequitur et appellat, et de secta regis cum ceciderit appellum. Nunc autem dicendum est de indictatis per famam patriae quae praesum-

a) Ed. impr. probatione. In quo casu n. e. n.

ptionem inducit, et cui standum est donec indictatus se a tali suspitione purgaverit.

b) Ex fama quidem oritur suspitio, et ex fama et suspitione gravis praesumptio. Tamen probationem admittet in contrarium sive purgationem.

c) Suspitio quidem multiplex esse poterit; inprimis si fama oriatur apud bonos et graves.

d) Item ex facto praecedente oritur suspitio, cui etiam standum est donec probetur contrarium; ut si quis appellatus fuerit a probatore et fugerit propter appellum et mortuo probatore redierit.

e) Item si quis de morte hominis vel alia feloniam appellatus fuerit et praesens appellum declinaverit nihilominus suspectus habetur, quia feloniam subesse poterit de qua appellatus se nondum purgavit et unde standum est suspitioni donec se purgaverit.

f) Sunt etiam aliae praesumptiones de quibus dictum est supra in parte, quae probationem non admittunt in contrarium nec defensionem; ut si quis cum cultello sanguinolento captus fuerit super mortuum vel a mortuo fugiendo, vel mortem cognoverit coram aliquibus qui recordum habent, et homines tales etiam si accusator non apparuerit mortem dedicere non poterunt.

g) Sed cum fama suspitionem inducat videndum erit quae et qualiter esse debeat talis fama et unde oriatur. Et sciendum quod fama quae suspitionem inducit oriri debet apud bonos et graves, non quidem a malevolis et maledicis, sed providis et fide dignis personis, non semel sed saepius; quod clamor innuit et diffamatio manifestat; tumultus enim fit et clamor populi quandoque de pluribus quae in veritate non fundantur, et ideo vanae voces populi non sunt audiendae.

§. 2. a) Justitiarius igitur si discretus sit, cum propter famam et suspitionem per patriam debet inquiri si indictatus de crimine sibi imposito culpabilis sit vel non, inprimis debet inquirere si forte dubitaverit et jurata suspecta fuerit, a quo et a quibus illi duodecem didicerunt ea quae in veredicto suo proferunt de indictato, et audita super hoc eorum responsione de facili perpendere poterit, si dolus subfuerit vel iniquitas.

b) Dicit forte aliquis vel major pars quod ea quae ipsi proferunt in veredicto suo didicerunt ab uno ex conjuratoribus suis, et qui interrogatus forte dicet, quod ille didicit ab illo tali, et sic descendere poterit interrogatio et responsio de persona in personam usque ad aliquam vilem et abjectam personam et talem cui non erit fides aliquatenus exhibenda. Et ita inquirat justitiarius in huiusmodi, quod gloria sua et laudis suae titulus cumuletur, ne^{a)} mature dicatur: „Jesus crucifigitur et Barnabas liberatur”; per huiusmodi enim inquisitiones non^{b)} diligenter et caute factae fuerint multae inveniri poterunt inconvenientiae. Et venit quidem quandoque quod dominus tenentem suum indictat vel indictari facit et ei crimen imponi per cupiditatem terram suam habendi in dominico, vel vicinus vicino propter odium et huiusmodi.

§. 3. a) Cum igitur procedendum sit de huiusmodi ad inquisitionem, ut ad iudicium securius procedatur et ut periculum et suspitio tollatur, justitiarius dicat indictato quod, si aliquem ex duode-

a) Ed. impr. „et m. dicetur.”

b) Ed. impr. „si”.

cim juratoribus suspectum habeat, illum justa ratione amoveat. Et illud idem dicatur de villatis, ut si capitales inimicitiae fuerint inter aliquos ipsorum et indictatum, vel si ob cupiditatem terrae habendae, ut praedictum est. Qui omnes amovendi sunt ex justa suspicionem, ut inquisitio absque omni suspicionem procedat.

b) Praesentibus igitur duodecim juratoribus et quatuor villatis imprimis jurabit quilibet de villata [jurata?] per se vel omnes simul, erectis sursum manibus singulorum, in haec verba.

§. 4. „Hoc auditis justitiiarii quod veritatem dicemus de iis quae a nobis requiretis ex parte domini regis, et pro nihilo omittemus quin veritatem dicemus; sic nos Deus adjuvet etc.”

§. 5. Et tunc unus ex justitiariis illis hujusmodi verba proponat. „Talis qui hic praesens est, rectatus de morte talis vel alio crimine, venit et defendit mortem et totum, et ponit se super linguas vestras de hoc de bono et malo” (vel forte dicet: „de hoc et de aliis malefactis”, si forte de aliis suspectus habeatur; et multum refert utrum se posuerit super eos taliter vel taliter, quia secundum hoc diversa sequitur condemnatio vel deliberatio), „et ideo vobis dicimus in fide qua deo tenemini et per sacramentum quod fecistis, nobis scire faciatis inde veritatem, nec omittatis timore, amore vel odio, sed solum Deum prae oculis habentes, quin dicatis si culpabilis sit de hoc quod ei imponitur” (vel de aliis maleficiis), „vel non, et non incumberetis eum, si immunis sit vel innocens sit a delicto isto.” Et postea secundum eorum veredictum aut sequitur deliberatio vel condemnatio.

§. 6. a) Istam vero formam inquisitionis per patriam servabunt justitiiarii generaliter in omnibus inquisitionibus quae faciendae sunt pro morte hominis, ubi quis se posuerit super inquisitionem, sive per cautelam inductus sive per necessitatem, in omnibus criminibus majoribus vel minoribus.

b) Possunt tamen justitiiarii si viderint expedire ex causa necessaria, si grave crimen latens sit, et juratores forte amore, odio vel timore celare voluerunt veritatem, separare juratores ab invicem, et quemlibet, per se et separatim examinare ad veritatem sufficienter declarandum.

V. Auszüge aus den Établissements de Saint Louis.

1. Livre I. chap. 83. D'hons qui s'enfuit de prison.

Se aucuns estoit en prison pour soupeon de murtre, ou de larcin, ou d'aucun grand meffet, dont l'en doutast que il deust prendre mort, et se il s'en aloit de prison, il seroit aussi coupable du fet, comme se il l'avoit fet, tout ne l'eust pas fet, si en seroit-il pendus.

2. Livre II. chap. 11. Comment l'en doit appeler de murtre.

Si aucuns accuse un autre de murtre, ou de traison, ou des quas qui sont dessus dit où il a poine de sanc, li encussierres doit ferre sa plainte par devant la justice, et dire en telle maniere; je me plains de Jehan, qu'à tel jour, et à tel lieu, sans tort que je li

feisse, et sans droit que je li veasse devant justice nuit entré et en traison, et en aguet de chemin porpenssé;” si il y a esté fet, il le doit en telle maniere metre avant, en sa plainte. Et se il est certain du prouver, et se il fust attains, il en seroit pugniz, si comme il est dit dessus, et commencement des establissemens le Roi: „Sire, il me feri de ses armes esmoulues, et me donna coups, et colées, dont cuir creva et sanc en issi, et me fit plaie mortieux, qui bien sont apparissans, dont se il se recognoist, je demande et requiers, qu’il en soit pugniz de tel fet, et mes damages me soient rendus jusques à la valüe de 10 l.” Et se il le nie, je li offre à prouver par enquête ou par tesmoins; car tesmoins si ont aussi grand force comme chartres et instrument du plet, selonc droit escrit en Code De fide instrum. en la loy qui commence „in exercendis,” ou il est escrit de cette matere „ou ainsi comme la cour esgardera que fere se doie;” et le doit la justice denoncier la peine qui est dite dessus, se ce est en l’obéissance le Roy, et se ce est hors de l’obéissance le Roy, gage de bataille.

3. Livre II. chap. 16. Comment len doit justicier homme, qui est souspeçonneus.

Se aucuns est mauvairement renommé par cri ou par renommée, la justice le doit prendre, et si doit enquerre de son fet, et de sa vie, et là où il demeure: et se il le treuve par enquête, que il soit coupable de aucun fet, où il ait paine de sanc, il ne le doit mie condamner à mort, quand nus ne l’accuse, ne quand il n’a esté pris en aucun present fet, ne en nul recognoissance. Mès se il ne se soloit mettre en l’enquête, lors peut la justice bien fere, et doit forbannir hors de son pooir, selonc ce que li semblera coupables par le fait, et comme il le trouvera par l’enquête qu’il en aura faite de par son office; car il appartient à l’office du prevost, et à toute loyal justice de nettoyer la province, et sa jurisdiction des mauvés hommes, et des mauvèses femmes, selonc droit escrit en la Digeste de receptatoribus, en la premiere loy qui commence: „Pessimum” en la loy „illicitas”, et la loy „congruit”, en la digeste de off. praesidis, et si comme nous avons dit dessus el titre des souspeçonneus pugnir. Et se puis le forbanni estoit trouvés el pays, il seroit pendable selonc l’usage de la cort laie, et se il se mettoit en l’enquête, et l’enquête trovast qu’il fust coupable, la justice le devroit condamner à mort, se ce estoit de ces quas que nous avons dit dessus. Et toute justice doit tout ceus enquerre et apprendre, comment elle porra, et devra pugnir les maufeteurs, ne ne doit mie remeindre, que il ne soit pugniz, pour ce que li autre n’i pregnant exemple de leur mal fere, et selonc droit escrit en la Digeste ad legem aquiliam, en la loy qui commence „Ita vulneratus”, environ le milieu: car li mauvés lessent à mal fere pour la poor de la paine, et li bon pour avoir l’amour de Dieu, selonc droit escrit en la Digeste de justice de droit, en la premiere loy (el premier respons).

VI. Auszüge aus Beaumanoir (Les Coutumes du Beauvoisis, par Philippe de Beaumanoir —. Par le Comte Beugnot. Paris 1842. 2. vol. 8.).

1. Aus Chap. I. „de l'office as Baillis.”

Il n'est pas mestiers que li baillis, en toutes cozes qui aviennent, face plet ordené, ançois doit courre au devant des meffès et justicier selonc le meffet; et toutes voies bien se gart qu'il ne mete nului à mort sans jugement. Ne il n'est pas mestiers, quant aucuns cas avient dont le justice doit estre hastée, qu'il atende ses assizes, mais prengne trois des jageurs ou quatre ou plus, s'il li plect, li quel soient sans souspeçon, et face fere le jugement sans delai. Car par les justices qui trop delaient sont maint malfeteur escapé et maint mal fet. Aucun malfeteur sont des quix li meffet ne sont pas si provez ne notoire c'on les ose jugier à mort: à ciaux doit demander li baillix s'il voelent atendre local enqueste; et s'il ne voelent tiengne les li baillis en sa prison sans issir, se malvese renommée labore contre eus.

2. Auszug aus Chap. XL. „des enquestes.”

14. Quant aucuns est pris por souspeçon de vilain cas, tel qu'il en porroit perdre le vie s'il en estoit atains, et li fes n'est pas si clers ne si notoires que justice y apartiegne, on doit demander à celi qui est pris, s'il veut atendre l'enqueste du fet, et s'il dist oïl, on li doit fere en tele maniere c'on doit nommer toz les tesmoins à qui on enquier, si que s'il y a nul des tesmoins souspeçonneus, il les puist debouter de lor tesmognage, par les resons qui sunt dites el chapitre des proeves.

15. Se cil qui est pris por souspeçon de vilain cas ne veut atendre l'enquest du fet, adont y appartient il aprise, c'est à dire que li juges, de s'office, doit apenre et encerquier du fet ce qu'il en pot savoir: et s'il trueve par l'aprise le fet notoire par grant plenté de gent, il porroit bien metre l'aprise en jugement. Et porroient li home veoir le fet si cler par l'aprise, que li pris seroit jugiés. Mais à ce qu'il fust condampnés à mort par aprise, il convient bien que li fes fust seus clers, par plus de trois temoins ou de quatre; si que li jugemens ne fust pas fes tant solement por l'aprise, mais por fet notoire.

16. La diference qui est entre aprise et enqueste est tele que enqueste porte fin de querele, et aprise n'en porte point; car aprise ne sert fors de tant, sans plus, que li juges est plus sages de le besogne qu'il a apris; si comme s'il avient que quant li sires quide avoir aucune droiture sor ses sougès, il est bon qu'il face aprise por li enformer se sa droiture y est ou non; si que, quant il a fete l'aprise, s'il voit qu'il n'ait reson en le coze, il se doit souffrir; car c'est peciés de pledier à son souget le coze où il n'a reson. Et s'il voit qu'il y a reson par l'aprise qu'il a fete, adonques porroit il plet commencer de le coze.

3. Auszug aus Chap. XXX. „des meffès.”

90. Noz avons parlé en cest chapitre comment cil doivent estre apelé qui sunt acusé de cas de crieme et ne viennent à cort si

comme il doivent. Or veons de cix qui sunt pris et emprisoné por cas de criemé, contre les quix nus ne se fet partie, ne li fes n'est trouvés notoires par quoi on les doie justicier: combien, selonc nostre coustume, on les doit tenir emprisonnés. Noz disons que de tant de tans comme il ont, quant on les apele par nostre coustume, on les doit tenir emprisonnés. Noz disons que de tant de tans comme il ont, quant on les apele par nostre coustume, avant qu'il doivent estre bani, tant de tans on les doit tenir en prison avant qu'il soient delivré du fet, par jugement; et ce que entendons noz es apiax que li gentil home ont, quar il est dis que li hons de poeste n'est apelés que par trois quinzaines de prevosté, et puis a une assize de quarrante jors au mains. Et s'il ne vient à cele assize, il doit estre banis. Et li gentis hons aveques les trois quinzaines de prevosté, il doit estre apelés à trois assizes, dont çascunne contiengne quarante jors au mains. Or poés donques veir, quant on tient home emprisonné, si comme dit est, soit gentix ou hons de poeste, on doit crier par trois quinzaines en prevosté, et après par trois assizes dont çascunne contiengne quarante jors au mains: „Nos tenos tel home en prison, et por le souspechon te tel cas”, et doit on dire le cas, „s'il est nus qui li sache que demander, noz sommes aparellié de fere droit.” Et quant tout cil cri sunt fet, et nus ne vient avant qui droitement se voille fere partie, et li juges, de s'office, ne pot trouver le fet notoire, li emprisonnés doit estre delivrés par jugement, ne ne l'en pot nus puis la delivrance acuser.

91. Noz tenions un home por soupechon emprisoné por le cause d'une ochision, et le tenisme tant de tans comme il est dit dessus, et feismes crier en le maniere qui est dite; et après ce que tuit li cri furent fet, et les quarantaines passées, partie se traist avant et l'acusa droitement de tel fet; et li emprisonés mist en se deffense, qu'il avoit esté tant tenus en prison et tant de fois l'avoit on crié que coustume l'aportoît, ne en tel cas nus ne s'estoit fes partie contre li: pourquoi il requeroit se delivrance par jugement, comme on venist trop tart à li acuser. A ce respondi li acuseres, qu'il y venoit assés à tans, puisque sa delivrance n'estoit pas encore fete par jugement; et sor ce se mirent en droit. Il fu jugié que li acuseres venoit assés à tans, puisqu'il trouvoit celui qu'il acusoit en main de le justiche, avant que la delivrance li fust fete par jugement. Mes se li jugemens de la delivrance fust fes, li acuseres venist à tart, mais porce qu'il vinrent avant, li gage furent rechut. Et par cel jugement pot on veir le peril qui pot estre en estre tenus en prison plus que coustume ne porte. Et pequié fet li juges qui ne haste le jugement de le delivrance quant il ont tant esté tenus en prison comme il est dit dessus, et il ne trueve le fet notoire, ne nullui qui se face partie dedens le tans dessus dit.

4. Auszug aus Chap. XXX. „des larrechins.”

11. Le vitisme maniere de proeve, si est par presontions. Et ceste maniere de proeve si pot estre en moult de manieres, car les unes poent donner le fet si cler que il est provés par les presontions, et les autres sunt si douteuses que li meffet ne se proevent pas par eles. De ces deus manieres de presontions parlerons noz un petit, porce qu'eles aviennent souvent, et porce c'on voie les

queles sunt cleres si que eles vailent proeves et les queles sunt douteuses.

12. Pierre propoza contre Jehan, par voie de denonciation fete au juge, que li dis Jehans, à le veue et à le seue de bones gens, li avoit ocis un sien parent, et estoit li fet si notoires qu'il se provoit de soi meismes; si comme il disoit, par quoi il requeroit qu'il en feist comme bon juges. A ce respondi Jehans, qu'il nioit moult bien ce fet, et que s'il estoit nus qui droitement le vausist acuser, il s'en deffenderoit. Demandé li fu du juge s'il voloit atendre l'enqueste ou non du fet. Respondi que non. Neporquant li juges en fist une aprise de s'office et trouva, par le serement de bones gens, que li dis Jehans courut sus è celi qui fu tués le coutel tret, et tantost s'assanlla une grant tourbe de gens entor eus, qu'il ne virent pas que li dis Jehans ferist celi du coustel qui fu mors; mais il virent que Jehans si parti de le presse, le coutel nu et ensenglenté, et oïrent que cil qui morut dist: „Il ma mort.” Et en cheste aprise ne pot on veir fet notoire fors par presontion, car nus ne vit le caup donner; neporquant, li dis Jehans fu condampnés et justiciés par cele presontion.

13. Le seconde maniere de clere presontion qui est si clere qu'ele vaut proeve, si est quant manece est fete, et, après le manece, le coze est fete qui en le manece fu pramise. Neporquant, on ne pot le fet prover, mais on preuve le manece sor celi qui manecha: et par le manece provée, li maneceres est provés du fet. Et por fere plus cler entendement en cest cas, et por monstrier le peril qui est en manecier, noz recorderons un jugement que nos en veismes à Clermont.

14. Une femme de le Noeve-Vile-en-Hés dist à un bourgeois, en sanllant d'estre corouchié, en present de bone gent: „Vous me tolés me terre, et metés en vostre grange ce que je deusse avoir, et voz n'en gorrés jà, car je voz envoieai en vostre grange les Rouges Carpentiers.” Ne demora pas demi en que li fus fu boutés en cele grange; et ne sot nus qui l'i bouta, mais par le presontion qui estoit contre le feme par les maneces dessus dites, ele fu prise et li demanda on du fet. Ele nia le fet et les maneces; et quant les maneces furent provées, ele fu jugié à ardoir, e fu arse. Et par cel jugement pot on entendre le peril qui est en manecier.

15. Le tierce presontions, qui est si clere qu'ele vaut proeve du fet, si est quant aucuns est tenu en prison por aucune sou-specon de vilain fet, et il brise le prison; car quant il a le prison brisié, le presontions est si grans qu'il n'oza entendre droit; et porce s'il est repris, il est justiciés du fet por le quel il estoit pris.

16. Le quarte maniere de presontion clere, si est quant aucuns est apelés à droit por souspechon d'aucun vilain cas, par ajornement, et il se met en toutes defautes, et atent tant qu'il soit banis. S'il est pris puis le banissement, il est justiciés selonc le fet por le quel il est apelés.

17. Et par teles cleres presontions que noz avons dites, poés voz entendre les autres cleres qui poent avenir, car toutes celes qui avienent et qui sunt aussi cleres comme l'une des quatre dessus dites, poent bien metre home à mort.

18. Nus ne doit autrui justicier par presontion, se le presontion n'est moult aperte, si comme noz avons dit dessus, tout soit ce qu'il ait moult de presontions douteuses contre celi qui est te-

nus. Si comme il avient souvent que uns hons ne parole pas à un autre par haine, porce que li autres li a meffet, et si ne veut de nule coze amender, et cil est tués, et ne set on qui l'a tué, fors c'on souspechonne que cil qui ne parloit pas à li, l'ait tué ou fet fere: s'il est pris por le souspechon du meffet, et on ne pot trouver le fet notoire, ne on ne pot trouver qu'il le manechst, on ne le pot pas ne ne doit condampner par le presontion de haine. Et par ceste presontion, dont il n'est pas condampnés, pot on entendre moult d'autres presontions qui poent avenir, por les queles on ne doit pas tenir por atains du fet cix sor qui tex presontions sont trouvées.

Inhalt.

	Seite
Einleitung.	
§. 1. Verhältniß der Untersuchung zu den bisherigen Annahmen	4
§. 2. Beweisführung nach den Volksrechten	8
§. 3. Formen der Eidesleistung	17
§. 4. Veränderungen in der Beweisführung durch die Vorschriften der Kapitularien	20
§. 5. Gerichtlicher Zweikampf	23
§. 6. Karolingisches Rügeverfahren	28
§. 7. Aelteste Form des Wahrspruches der Geschwornen	34
§. 8. Anwendung des Zweikampfes in dem Mittelalter	38
§. 9. Veränderungen der karolingischen Gerichtsverfassung	40
§. 10. Normannische Quellen für die Geschichte der Geschworenenanstalt	50
§. 11. Urtheilsgeschworne in Civilsachen.	52
§. 13. Uebertragung des Wahrspruches auf Straffälle	65
§. 14. Verfahren in der Normandie und in England	70
§. 15. Verfahren in Frankreich	72
§. 16. Rügeverfahren	76
§. 17. Heutige Stellung der englischen Urtheilsgeschwornen in Strafsachen	82
§. 18. Heutige große Jury in England	87
§. 19. Niederlande und Deutschland	89
Schlußwort	101

Anlagen.

I. Auszug aus der Somma consuetudinum legis Normanniae	107
II. Auszug aus Fleta	108
III. Auszug aus Britton	109
IV. Auszüge aus Bracton	110
V. Auszüge aus den Établissements de Saint Louis	121
VI. Auszüge aus Beaumanoir	123

Inhalt

Seite

§. 1.	Verhältnisse der Untersuchung zu den bisherigen An-	4
§. 2.	Beweisführung nach den Volksrechten	8
§. 3.	Formen der Eidesleistung	17
§. 4.	Veränderungen in der Beweisführung durch die Vorschrift	20
§. 5.	ten der Kapitularen	23
§. 6.	Gerichtlicher Zweikampf	28
§. 7.	Karolingisches Rügeverfahren	34
§. 8.	Älteste Form des Wahrspruches der Geschwornen	38
§. 9.	Anwendung des Zweikampfes in dem Mittelalter	40
§. 10.	Veränderungen der karolingischen Gerichtsverfassung	50
§. 11.	Normannische Quellen für die Geschichte der Geschwor-	52
§. 12.	nenanstalt	65
§. 13.	Urtheilsgeschworne in Civilsachen	70
§. 14.	Übertragung des Wahrspruches auf Strafsälle	72
§. 15.	Verfahren in der Normandie und in England	76
§. 16.	Verfahren in Frankreich	82
§. 17.	Rügeverfahren	87
§. 18.	Heutige Stellung der englischen Urtheilsgeschwornen in	89
§. 19.	Strafsachen	101
§. 20.	Heutige große Jury in England	
§. 21.	Niederlande und Deutschland	
§. 22.	Schlusswort	

Anlagen

I.	Auszug aus der <i>Somma consuetudinum legis Normannie</i>	107
II.	Auszug aus <i>Fleta</i>	108
III.	Auszug aus <i>Britton</i>	109
IV.	Auszüge aus <i>Bracton</i>	110
V.	Auszüge aus den <i>Établissements de Saint Louis</i>	121
VI.	Auszüge aus <i>Beaumanoir</i>	123



Daniels, Alexander <<von>>,

Ursprung und Werth der Geschworenenanstalt

Berlin 1848

Crim. 68 h

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10394106-4